Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Inseratenpreis: Kostet für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 35 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3541.

Telephon Expedition 1203.

Nr. 199. Mittwoch, den 26. August 1908. 19. Jahrgang.

Englands innere und äußere Politik.

Die verflossene Parlamentssession Englands war, wie der Londoner Korrespondent der „Dresdener Volkszeitung" mitteilt, verhältnismäßig reich an gesetzgeberischen Arbeiten und wichtigen inner- und außerpolitischen Erörterungen, obschon nur zwei Gesetzesvorlagen von großer Bedeutung endgiltig verabschiedet worden sind. Es sind dies die Alterspensionen-Vorlage und die Irische Universitäts-Bill. Mit der ersteren hat die Regierung ein jahrzehntealtes Versprechen mit Ach und Krach eingelöst. Die vielen einschränkenden Bestimmungen machen das Alterspensionen-Gesetz als eine praktische Maßregel nahezu wertlos; der einzige Trost ist, daß dank seiner prinzipiellen Grundlage mit der Zeit etwas Ordentliches daraus gemacht werden kann. Mit der Irischen Universitäts-Bill hat die Regierung eine gefährliche Klippe glücklich umschifft; dadurch, daß sie den Katholiken eine besondere Universität einräumte, hat sie die Home-Ruler einige Zeit zum Schweigen gebracht, ohne doch die Tories herauszufordern. Freilich war dieses Kunststück nur durch ein neues Entgegenkommen an das religiöse Sektierertum im Unterrichtswesen fertigzubringen.

Außerdem ist eine Reihe anderer Vorlagen in der parlamentarischen Verhandlung mehr oder weniger fortgeschritten, ohne aber noch Gesetz geworden zu sein. Die wichtigste darunter ist die Achtstunden-Vorlage für Bergarbeiter, welche glücklich bei der Kommissionsberatung angelangt ist. Diese Bill ist nicht nur von den Kohlenbaronen, sondern von Unternehmern und Unternehmerorganisationen aller Branchen mit einer Heftigkeit und Einmütigkeit angegriffen worden, welche von einer Klassensolidarität im englischen Unternehmertum Zeugnis ablegt, an der sich die Arbeiter ein Muster nehmen könnten. Ihre Agitation hat auch ihren Eindruck auf die Regierung nicht verfehlt, und diese hat sich beeilt, für eine Uebergangszeit von fünf Jahren aus dem Achtstundentag einen Achteinhalbstundentag zu machen. Aber auch so wird die Arbeiterpartei alle ihre Energie aufwenden müssen, soll die Vorlage in der Herbstsession nicht unter den Tisch fallen. Von anderen Vorlagen der Session sind noch die Kinder-Bill, welche besondere Gerichtshöfe für jugendliche Missetäter vorsieht, weiter die Städte-Planungs-Vorlage und die Londoner Hafen-Vorlage zu erwähnen.

Die Frauenwahlrechts-Vorlage ist im Unterhause in zweiter Lesung angenommen worden, jedoch wird die Regierung ihren weiteren Fortschritt verhindern. Dagegen hat der Ministerpräsident eine umfassende Wahlrechtsreform auf demokratischer Grundlage zugesagt. Die Zukunft dieser Frage wird zum großen Teil davon abhängen, ob die Arbeiterpartei und die sozialistischen Organisationen es verstehen werden, das Interesse des Volkes auf das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter zu vereinigen.

Knapp vor Toresschluß haben die Regierung und das Unterhaus einen unverkennbaren Triumph über das Oberhaus errungen. Die Lords wollten die Alterspensionen-Vorlage verstümmeln, mußten aber auf den Protest des Unterhauses schmählich den Rückzug antreten. Der Fall zeigt wieder, was die Regierung und das Unterhaus zu tun haben, wenn sie es mit der Bekämpfung der Lords ernst meinen. Sie haben einfach ehrliche Reformen einzubringen, an deren Verwirklichung die Masse des Volkes ein erhebliches Interesse hat, dann braucht ihnen vor dem Widerstand der Lords nicht bange zu sein. Diese werden bei der ersten Drohung demütig ihren Rücken beugen.

Alles in allem genommen, ist die abgelaufene Session vom Standpunkte der Regierung als ein mäßiger Erfolg zu bezeichnen. Wenn ihr Ansehen im Lande auch nicht gerade gewachsen ist, so ist sie doch ohne besonderen Schaden davongekommen. Dies hat sie aber nicht so sehr dem zu danken, was sie in dieser Session geleistet hat, sondern vielmehr dem, was sie zu leisten unterlassen hat. Die zwei großen, parteipolitisch wichtigsten Vorlagen der Session, die Schulvorlage und die Schankkonzessionen-Vorlage, welche die eigentliche Gefahr für die Regierung darstellen, sind entweder gar nicht oder nur wenige Schritte vorwärts gekommen. Die Schankvorlage soll in der Herbstsession schleunigst das Unterhaus passieren, sie wird aber aller Wahrscheinlichkeit nach vom Oberhause zurückgewiesen werden. Von der Schulvorlage ist seit geraumer Zeit überhaupt nichts mehr zu hören; offenbar wird an irgend einem faulen Kompromiß gebraut. Die Regierung wird es zweifellos ebenfalls für einen Erfolg ansehen, daß sie das Geschrei der Reaktionäre über die „sozialistische" Gesetzgebung zum Schweigen gebracht hat. Waren einige längst fällige soziale Reformen auch nicht länger hinauszuschieben, so hat die Regierung im Laufe der Session genügende Beweise dafür erbracht, daß sie nicht gesonnen ist, die Interessen der besitzenden Klassen zu schädigen, um der Arbeiterpartei politische Triumphe zu sichern. Den Forderungen der Arbeiterpartei hat sie in den meisten Fällen hartnäckig Widerstand geleistet; dies gilt in erster Linie hinsichtlich der Arbeitslosen-Vorlage der Arbeiterpartei, die dasselbe Schicksal erlebte, wie die viele Abänderungsanträge zur Alterspensionen-Vorlage, mit denen die Arbeiterpartei sich bemühte, eine wirklich brauchbare Reform zu schaffen.

In der äußeren Politik und Kolonialpolitik bedeutet die verflossene Session ein weiteres Hinabgleiten auf der Bahn der Reaktion. Die Verbrüderung mit dem Zarentum und die Nicht-Interventions-Politik in Persien wurden vom Minister für äußere Angelegenheiten im Parlamente in einer Weise begründet, welche allen liberalen Prinzipien englischer Außenpolitik vergangener Jahrzehnte ins Gesicht schlug. Diese Politik trägt zum Teil auch die Schuld daran, wenn der Gegensatz zu Deutschland heute schärfer hervortritt als je. Das haben alle friedensfreundlichen Reden des Lord George — der übrigens als Schatzkanzler wegen der bevorstehenden neuen Flottenrüstungen besorgt ist — nicht zu verhindern vermocht, und der hier abgehaltene Friedenskongreß war ein Prediger in der Wüste. Im Gegenteil, die deutsche Invasions-Panik hat sich in den letzten Wochen noch außerordentlich verstärkt, und hat heute sogar schon einzelne der besten englischen Sozialisten, von denen man es am wenigsten erwartet hätte, erfaßt. Freilich müssen die fieberhaften Flottenrüstungen Deutschlands, über deren Zweck ja kein Zweifel möglich ist, zu Unruhe und Haß diesseits der Nordsee Anlaß geben, doch sollte man meinen, daß die Hetze gegen Deutschland ruhig den Reaktionären und Imperialisten überlassen bleiben könnte. Die einzige Hoffnung ist auch hier die Interessen-Solidarität der Arbeiterschaft der beiden Länder, von deren Erkenntnis die englische Arbeiterpartei gerade jetzt ein beredtes Zeugnis abgelegt hat.

Die Tätigkeit der Arbeiterpartei während der Session darf als zufriedenstellend bezeichnet werden. Sie hat zwar wenig oder gar keine unmittelbaren gesetzgeberischen Erfolge zu verzeichnen, aber es wird von Freund und Gegner anerkannt, daß fast alles, was an sozialen Reformen von der Regierung geleistet worden ist, in erster Linie ihrem Einflusse zu verdanken ist. Die Reden Macdonalds und Graysons über die Arbeitslosenvorlage, Snowdens über das Budget und Barnes' über die Alterspensionen waren vorzügliche Leistungen. Die Proteste gegen die Russifizierung Indiens und die gewissenlose Raubwut der südafrikanischen Kolonisten haben einen tiefen Eindruck gemacht. Aber noch mehr als in der inneren Politik hat sich die Arbeiterpartei in der äußeren Politik Lorbeeren erworben. Noch niemals hat die Arbeiterpartei annähernd so regen Anteil an der äußeren Politik genommen, wie in dieser Session. Insbesondere die Reden O'Gradys und Keir Hardies gegen das Zarentum können nicht hoch genug angeschlagen werden, wenn auch zugegeben werden muß, daß sie weniger von einem klaren Verständnis der politischen Interessen des internationalen Proletariats, als von einem allgemeinen Menschlichkeitsempfinden und einem dunklen Solidaritätsgefühl eingegeben gewesen sind. Auch muß beklagt werden, daß die Arbeiterpartei zur Flottenrüstungspolitik und skrupellosen Kriegshetzerei auch diesmal noch keine Stellung im Unterhause genommen hat. Dennoch gehört schon die Tatsache, daß die Arbeiterpartei auch in der äußeren Politik die Interessen der Massen zu vertreten beginnt, zu den hoffnungsvollsten Anzeichen der englischen Politik überhaupt. Dies ist heute, wo die geheime Diplomatie mehr denn je überwuchert und die Machenschaften des unverantwortlichen Königs zu einem Faktor in der Weltpolitik geworden sind, doppelt notwendig. Nur wenn die Arbeiterpartei ihrer Aufgabe gerecht wird, kann auch verhindert werden, daß die Volksvertretung überhaupt jedes Einflusses auf die äußere Politik beraubt werde. In dieser Beziehung muß der Schluß der Session jeden Freund der Demokratie mit banger Sorge erfüllen. Es ist

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki

Einzig autorisierte Uebersetzung von Adolf Heß.

86 (Nachdruck verboten.)

„Was denn sonst?" rief Ignaz erstaunt. „Nehmen doch die Bauern selbst allen Herren das Land weg, reinigen es mit ihrem Blut ... Das heißt, sie werden es auch selbst teilen, und zwar so, daß es weder Herren noch Arbeiter mehr gibt ... natürlich! Weshalb soll man denn überhaupt streiten, wenn nicht deswegen!"

Er schien geradezu beleidigt und blickte Nikolai mißtrauisch und fragend an. Der aber lächelte schweigend.

„Wenn heute bei allen Bauern die Schlägerei losgeht und sie siegen, morgen aber schon wieder der eine reich und der andere arm ist — dann danke ich ergebenst! Soll denn das Hauen immer wieder beginnen? .... Wir wissen wohl: der Reichtum ist wie der Streusand, er liegt nie ruhig, sondern fliegt wieder nach allen Seiten und reißt das Land wieder an sich ... Nein, wozu dient das alles!"

„Sei nur nicht böse!" sagte die Mutter scherzend.

Nikolai rief nachdenklich:

„Wenn wir nur schnell die Flugschriften mit der Nachricht von Rybins Verhaftung hinschicken könnten!"

Ignaz spitzte die Ohren.

„Ich spreche ihn heute!" sagte die Mutter.

„Ist denn schon eine fertig?" fragte Ignaz.

„Ja."

„Gebt her, ich bringe sie hin!" schlug der Bursche mit blitzenden Augen vor, indem er sich die Hände rieb. „Ich kenne mich aus und ein, gebt her!"

Die Mutter lachte leise, ohne ihn anzusehen.

„Aber Du bist doch müde und ängstlich und hast gesagt, Du würdest nie wieder hingehen ..."

Ignaz glättete mit seiner breiten Hand sein Lockenhaar und sagte ruhig:

„Ich ruhe schon aus ... Angst habe ich natürlich! .... Die hauen einen bis aufs Blut, sagt Ihr ja selbst .... Wer hat denn Lust, zum Krüppel geschlagen zu werden? O, ich komme Nachts schon hin! Laßt mich nur ... Heute Abend mache ich mich auf den Weg ..."

Er schwieg einen Augenblick und überlegte mit gerunzelter Stirn.

„Ich gehe bis zum Walde und verstecke mich dort, dann gebe ich unseren Leuten Nachricht. Kommt her und nehmt das, sage ich! Das ist besser ... Wenn man es selbst hinbringt und dabei reinfällt — so ist es schade um die Blätter ..... Hier muß man vorsichtig handeln, sie haben nicht gerade viel von solchen Blättern ..."

„Aber wie ist es denn mit Deiner Angst?" meinte die Mutter wieder lächelnd. Die Aufrichtigkeit dieses lockigen, stämmigen Burschen, die aus jedem seiner Worte und seinem runden, energischen Gesicht sprach, machte ihr Vergnügen.

„Die Angst ist eine Sache und die Arbeit wieder eine andere!" erwiderte er. „Was lacht Ihr über mich? Seid Ihr denn anders? Habt Ihr denn keine Furcht? Wenn es nötig ist, muß man selbst durchs Feuer gehen ... Das ist nun einmal so."

„Ach Du ... Kind!" rief die Mutter unwillkürlich.

Er lächelte verwirrt.

„Nun bin ich sogar ein Kind!"

Nikolai, der die ganze Zeit mit seinen gutmütig blinzelnden Augen den Burschen betrachtet hatte, begann jetzt:

„Sie gehen dahin nicht!"

„Aber was soll ich denn? Wohin soll ich denn?" fragte Ignaz unruhig.

„Statt Ihrer geht ein anderer und Sie erzählen ihm ausführlich, was er tun muß und wie. Ist's so gut?"

„Meinetwegen!" sagte Ignaz nicht sofort und mißvergnügt. „Ihnen verschossen wir einen guten Paß und einen Posten als Waldhüter ..."

Der Bursche warf schnell den Kopf hoch und fragte unruhig:

„Wenn aber die Bauern Holz holen wollen, oder ähnliches ... Was soll ich dann machen? Sie binden? Das steht mir doch nicht ..."

Die Mutter lachte und Nikolai ebenfalls, das machte den Burschen verwirrt und wieder traurig.

„Machen Sie sich keine Sorge!" tröstete Nikolai ihn. „Sie brauchen die Bauern nicht zu binden ... Glauben Sie mir!"

„Nun, dann ist es etwas anderes!" sagte Ignaz beruhigt und lächelte Nikolai vertraulich und fröhlich zu. „Ich hätt' auch wohl Lust in die Fabrik, da sollen ganz vernünftige Leute sein ..."

In seiner breiten Brust brannte die ganze Zeit über ein ungleichmäßiges Feuer, das seiner eigenen Kraft noch nicht vertraute. Es blitzte hell in seinen Augen, spiegelte sich wider, erlosch plötzlich und bedeckte sie mit dem Rauch unverständlicher Unruhe und Zerfahrenheit.

Die Mutter erhob sich, blickte nachdenklich zum Fenster hinaus und meinte:

„Ach, dieses Leben ... fünfmal am Tage lacht man, fünfmal weint man ... Schön! Nun, bist Du fertig, Ignaz? Geh schlafen ..."

„Aber ich mag nicht ..."

„Geh, geh ..."

„Seid Ihr aber strenge! Also, ich gehe ... Danke für die Bewirtung ... für die Freundlichkeit."

Als er sich in das Bett der Mutter legte, murmelte er, den Kopf krauend:

„Jetzt wird alles bei ihnen nach Teer riechen ..... Hat alles gar keinen Zweck ... ist das eine Verzärtelung ... Ich will gar nicht schlafen ... Aber nette Leute ... sogar etwas fremdartig ... als wenn man hunderttausend Werst von seinem Dorfe fort ist ... Wie er da eingriff, als von der „Mitte" die Rede war ... In der Mitte ... stehen die Leute, die den Prügelmeistern die Hand küssen und ihren Opfern das Blut aussaugen ... die Teufel ..."

Und dann schlief er plötzlich laut schnarchend, mit hochgeschobenen Brauen und halb offenem Munde ein ...

II.

Spät Abends saß er im kleinen Zimmer des Kellergeschosses auf einem Stuhl Wjessowtschikow gegenüber und sagte in gedämpftem Ton:

„Gegen das mittlere Fenster, viermal ...."

„Vier?" wiederholte Nikolai besorgt.

„Zuerst — drei, sieh so" ... und er klopfte mit gekrümmtem Finger auf den Tisch und zählte:

„Eins, zwei, drei. Dann, nach kurzer Pause, noch einmal."

„Ich verstehe."

„Dann öffnet ein rothaariger Bauer und fragt: „Wegen der Hebamme?" Sie sagen ihm: „Ja, vom Fabrikbesitzer!" Weiter nichts, er begreift schon."

Sie saßen mit zusammengesteckten Köpfen, beide kräftig und fest, da und unterhielten sich leise; die Mutter aber hatte die Hände auf der Brust zusammengelegt, stand am Tisch und betrachtete sie. All dies geheimnisvolle Klopfen, die verabredeten Fragen und Antworten machten sie innerlich lachen und sie dachte:

„Noch die reinen Kinder ..."

An der Wand brannte eine Lampe, die dunkle Flecke von der Feuchtigkeit und Bilder aus Journalen beleuchtete; auf dem Fußboden lagen zerdrückte Eimer, Reste von Dachesenblech, in das Fenster blickte aus der dunklen Höhe ein großer, heller Stern. Ein Geruch von Rost, Oelfarbe und Feuchtigkeit erfüllte das Zimmer.

Ignaz trug einen dicken Herbstrock aus rauhem Stoff; der gefiel ihm; die Mutter sah, wie er Knöpfe mit der Hand über den Aermel strich, wie er sich musterte, den festen Hals schwerfällig hin und her drehte. Und in ihrer Brust regte sich ein weiches Gefühl. (Fortsetzung folgt.)

antragte sechs Wochen Gefängnis. Das Gericht ging aber über die Strafe hinaus und verurteilte Arlt zu drei Monaten Gefängnis, da seine Tat doch eine „überaus rohe" sei. Wäre Arlt organisiert, würde das gute Beispiel seiner Kameraden bald erziehrisch auf ihn einwirken. In Kleichkan wird er natürlich nicht zu einem Musterarbeiter und guten Ehemann erzogen!

Aus Schlesien und Posen.

Vorsicht beim Genuß von Pilzen.

Kaum ist die eigentliche Pilzzeit herangekommen, als auch tagtäglich alle Blätter von mehr oder minder schweren Pilzvergiftungen zu melden wissen. In Groß-Wieran im Kreise Schweidnitz benutzten dort beschäftigte galizische Arbeiter die Beispause, um in einem nahe gelegenen Busche Pilze zu sammeln. Ohne jede Prüfung bereiteten die Arbeiter die gesammelten Pilze Abends zu und aßen davon in bedeutender Menge. Bald darauf zeigten sich bei sämtlichen Personen, welche davon gegessen hatten, schwere Vergiftungserscheinungen. Aerztliche Hilfe war bald zur Stelle und es erfolgte die sofortige Ueberführung der am schwersten erkrankten Personen in das Krankenhaus „Bethanien" in Schweidnitz. Dort verstarb bald nach der Einlieferung der Arbeiter Gwikdala unter entsetzlichen Qualen. Ihm folgte kurze Zeit später der Arbeiter Richter im Tode und am folgenden Tage verstarb als drittes Opfer die Arbeiterin Anna Ryba. Sämtliche Opfer dieser folgenschweren Katastrophe standen im Alter von 21 Jahren und wurden gemeinsam beerdigt. — Ebenso haben auf dem Rittergute Daulowitz bei Deutschen russische Arbeiter Pilze gesucht und nach erfolgter Zubereitung gegessen. Von drei Erkrankten sind zwei bereits gestorben, während der Zustand des dritten Arbeiters hoffnungslos ist. — In Slomowo bei Wreschen sind die Wirtsfrau Jalolzynski, deren Schwester Frau Kratik und noch zwei Arbeiterfrauen ebenfalls nach Genuß von Pilzen schwer erkrankt. Hier besteht Hoffnung, die Frauen am Leben zu erhalten. — In Ostrowo erkrankte die ganze Familie des Bahnarbeiters Jakubek infolge Genusses giftiger Pilze. Zwei Kinder und die Ehefrau sind bereits gestorben und drei weitere Kinder liegen noch bedenklich krank darnieder.

Nach alledem kann nur jedem geraten werden, des Genusses von Pilzen zu entsagen, die er nicht ganz genau als unschädlich kennt. Sind doch sogar schon Fälle vorgekommen, wo Familien sich an Pilzen vergiftet haben, die auf dem Markt gekauft waren.

Brieg, 21. August. **Der Bock als Gärtner.** Der Nachtwächter und Stellenbesitzer Hermann Stiller auf Dominium Halbendorf (Grottkau) wurde dabei betroffen, als er in aller Frühe einen Sack Siede aus einer Scheune brachte und sich damit empfehlen wollte. Der Kutscher, der ihn nicht kannte, hielt ihn fest. Stiller gab auf Befragen den Namen des zweiten Wächters an, war aber insofern unglücklich damit, als dieser schon seit ein paar Tagen eingesperrt ist und es also nicht gewesen sein konnte. Da seine Stellung ein Vertrauensposten ist, wurde auf 4 Monate Gefängnis und die Kosten erkannt.

Friedland, Bez. Breslau, 21. August. **Flüchtiger Kassierer.** Der bei einem Bankhause im nahen Braunau angestellt gewesene Kassierer Ernst Brast ist nach Unterschlagung von 75.000 Mark flüchtig geworden und hat sich ins deutsches Gebiet begeben. Auf die Wiedererlangung des veruntreuten Geldes ist von dem betreffenden Bankhause eine Belohnung von 2000 Mk. ausgesetzt worden.

Neisse, 22. August. **Beim Spielen den Tod gefunden** hat in Giersdorf hiesigen Kreises, das Töchterchen des Gutsbesitzers Otte. Das Kind geriet auf dem elterlichen Hofe mit dem Kopfe in einen Wasserbehälter und konnte sich nicht mehr befreien. Als Leute hinzukamen, war das Kind bereits ertrunken.

Neisse, 23. August. **Billig davongekommen.** Wegen schwerer Körperverletzung und Bedrohung mit einem Verbrechen hatte sich der Tischlerei-Werkführer Brettschneider aus Rachus vor der hiesigen Strafkammer als Berufungsinstanz zu verantworten. Der Angeklagte war mit der Arbeiterfrau Erlekamp wegen einer geringfügigen Sache in Streit geraten. (Die Kinder der beiden Eheleute hatten sich nicht vertragen.) Brettschneider hatte die schwächliche Frau, die sich in anderen Umständen befand, mit den Worten: „Du Aß, jetzt erwürg ich Dich", am Halse gewürgt, zu Boden geworfen, an den Haaren gezogen, mit den Füßen in den Leib getreten, und mit dem Kopf auf die Steinfliesen aufgehauen. Durch diese rohe Behandlung war Frau Erlekamp längere Zeit in ärztlicher Behandlung. Der Angeklagte wollte leugnen. Durch die Zeugen wurden die Angaben vollinhaltlich bestätigt. Der Staatsanwalt beantragte für diese bodenlose Roheit drei Wochen und drei Tage Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf nur 160 Mark Geldstrafe, mit der Begründung, daß die Handlungsweise eine recht rohe sei. Die Unbescholtenheit des Angeklagten komme jedoch in Betracht und deshalb sei nicht auf Gefängnis, sondern auf Geldstrafe erkannt worden. — Brettschneider ist derselbe Herr, welcher seiner Zeit erst durch mehrere Artikel der „Volkswacht" gezwungen wurde, in dem ihm unterstehenden Betriebe nach den Vorschriften der Unfall-Versicherung zu handeln, nachdem mehrere Arbeiter und Tischler an den Maschinen schwer verunglückt waren.

—e **Schweidnitz**, 24. August. **Risiko der Arbeit.** Ein schwerer Unglücksfall, bei dem sehr leicht ein Menschenleben hätte vernichtet werden können, ereignete sich am Sonnabend Nachmittag in der Goedike'schen Ziegelei hierselbst. Der Schachtarbeiter Thomas Bodanorzek war mit dem Ausschachten einer Grube beschäftigt, als die oberen Erdmassen sich plötzlich lösten und den Untenstehenden vollständig verschütteten. Mitarbeiter hatten indeß das Unglück bemerkt und eilten zu sofortiger Hilfeleistung herbei. Ihren angestrengten Bemühungen gelang es, den Verschütteten rechtzeitig aus seiner gefährlichen Lage zu befreien. Der Verunglückte erlitt schwere Verletzungen am rechten Bein, so daß seine Ueberführung ins Krankenhaus erfolgen mußte.

Görlitz, 22. August. **Preßsünder.** Wegen Beleidigung eines preußischen Richterkollegiums und der Schutzmannschaft durch einen Artikel in der „Görl. Volkszeitung" mit der Spitzmarke „Uniformierte Bestien" wurde Genosse Fleißner aus Dresden in der heutigen zweiten Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das erstinstanzliche frühere Urteil, welches das Reichsgericht aufgehoben hatte, lautete auf 6 Monate Gefängnis.

Görlitz, 22. August. **Von einem Hunde angepackt** zu Boden geworfen und schwer verletzt wurde das Dienstmädchen des Buchhalters Max Elbel von der Heilige Grabstraße. Passanten eilten dem Mädchen zu Hilfe und befreiten es aus der entsetzlichen Lage dadurch, daß sie den Hund erschlugen, dessen Kadaver untersucht werden soll, da Tollwutverdacht vorliegt.

— **Eine heftige Gasexplosion** fand Sonnabend früh 5 Uhr in der Schwerinstraße bei Oberlehrer Hoefert von der Baugewerkschule statt, welche großen Schaden an Fenstern, Türen und Wohnräumen anrichtete. Glücklicherweise sind Menschen nicht verletzt.

Görlitz, 24. August. **Vier Wochen gelinden Arrest für 189 Fälle vorschriftswidriger Behandlung Untergebener.** Wegen vorschriftswidriger Behandlung von Untergebenen hatte sich am letzten Montag vor dem Kriegsgericht in Glogau der Dirigent der Kapelle des hiesigen 19. Infanterieregiments, der Stabshoboist Otto Wachlin, zu verantworten. Das Gericht hielt 189 Fälle vorschriftswidriger Behandlung von Untergebenen für erwiesen. Der Angeklagte wurde mit vier Wochen gelinden Arrest bestraft. Im Vergleich zu den brakonischen Strafen, die oft über gemeine Soldaten verhängt werden, muß dieses Urteil als äußerst milde bezeichnet werden.

Striegau, 23. August. **Die beiden Pferdejungen**, die vor einigen Wochen das auf einer Pappel bei der Zollmühle befindliche Storchnest ausgenommen und die Jungen erschlagen haben, kamen vorige Woche vor dem hiesigen Schöffengericht mit der verhältnismäßig geringen Geldstrafe von 10 Mark davon.

— **Der Arbeiter-Radfahrerverein** hatte anläßlich seines 9. Stiftungsfestes, was niemand erwartet hatte, die polizeiliche Genehmigung erhalten, eine Korsofahrt mit Musik durch die Straßen zu veranstalten. An derselben nahmen auch auswärtige Vereine teil, insgesamt etwas über 200 Radfahrer. Und Striegau steht noch auf demselben Fleck!

Glogau, 24. August. **Ein Raubzug auf die Taschen der Milchkonsumenten.** In einer Anfang voriger Woche abgehaltenen Versammlung der Milchlieferanten waren nicht nur die Vertreter der Molkereigenossenschaften, sondern auch private Lieferanten teilnahmen, wurde in Anbetracht der gestiegenen Lohnsätze und Preise für Futtermittel (?), für Kühe (?) usw. mit großer Majorität beschlossen, den bisherigen Milchpreis für Vollmilch, d. h. aute, von 14 auf 16 Pfennig pro Liter zu erhöhen. Diese Erhöhung des Milchpreises tritt bereits Montag, den 24. d. M. in Kraft.

Dieser neueste Raubzug auf die Taschen der Aermsten ist um so verwerflicher, als es dieses Jahr an Futter nicht gemangelt hat. Ebenso wenig haben die Junker die Löhne ihrer Arbeiter erhöht. Hoffentlich setzen sich Arbeiter und Bürgertum gegen diesen neuesten Beutezug der Junker und Genossen ebenso kräftig zur Wehr, wie dies in Waldenburg und Hirschberg geschehen ist.

Greiffenberg, 25. August. **Mühlenbrand.** Sonnabend früh nach 7 Uhr ist das am Wege von hier nach dem Greiffenstein gelegene Schulzesche Mühlenetablissement durch Feuer vollständig vernichtet worden. Dringend in dem Verdachte, die Mühle angezündet zu haben, wurde Frau Schulze, als sie noch im Bette lag, verhaftet. Schon am letzten Mittwoch brach in dem Mühlenhause Feuer aus, das aber noch im Keime erstickt werden konnte. Diesen Donnerstag sollte die Mühle hier zur Zwangsversteigerung kommen. Schon vor einem halben Jahre brannte eine Scheune weg, ohne daß es gelang, den Brandstifter zu ermitteln.

Liegnitz, 23. August. **Unglücksfälle.** Aus dem Fenster des 3. Stockwerks stürzte Sonnabend Morgen das 2½ Jahre alte Söhnchen des Landschafts-Kontrolleurs Surke, Jochmannstraße Nr. 6. Als Militär vorüberkam, kletterte das Kind auf einen Stuhl, beugte sich zum Fenster hinaus und verlor das Gleichgewicht, sodaß es auf die Straße stürzte. Nur dem Umstand, daß es zuerst auf einen Balkon aufschlug, ist es zu verdanken, daß es nicht sofort verschmettert wurde. Trotz ziemlicher äußerer Verletzungen hofft es der Arzt am Leben zu erhalten.

Myslowitz, 23. August. **Die gerettete Banknote.** Freitag Nachmittag ging ein Weinkaufmann in Begleitung eines jungen Mannes die Modrzejower Brücke entlang nach Polen, um dortselbst Wein zu verzollen. Inmitten der Brücke gab der Kaufmann seinem Begleiter zum Zwecke der Weinverzollung eine Hundert-Rubelnote. Da gab es plötzlich einen heftigen Windstoß und ehe der junge Mann die Hundert-Rubelnote erfassen konnte, lag dieselbe in der Przemsa. Guter Rat war teuer. Der Begleiter entledigte sich aber schnell eines Teiles seiner Sachen, sprang in den Fluß und mit großer Mühe und Not gelang es ihm, die Banknote zu retten. — Ganz besonders glücklich kann der Mann aber sein, daß er bei dieser Gelegenheit nicht von russischen Grenzkosaken erschossen wurde.

— **In den Schacht gestürzt.** Auf der Bleischarleygrube stürzte Freitag früh der 31 Jahre alte ledige Oberhäuer Roeh in den 15 Meter tiefen Wetterschacht, brach das Genick und war sofort tot.

Bei den sächsischen Landtagswahlen, die am 28. September v. J. stattfanden, konnte die sozialdemokratische Partei kein Mandat erobern, trotzdem sie bei den Urwahlen mehr Stimmen auf sich vereinigte, als irgendeine bürgerliche Partei. Das sächsische Dreiklassenwahlrecht ist trotz der geheimen Stimmabgabe in seinen Wirkungen der sozialdemokratischen Partei noch ungünstiger als das preußische. Die Konservativen, die 1896 das Geldsackwahlrecht in Sachsen durchsetzten, um ihre Macht zu verewigen, erlitten eine schwere Niederlage. Sie verloren 8 Mandate an die Nationalliberalen, womit die konservative Mehrheit der Kammer von 13 auf 5 sank. Im sächsischen Landtag sitzen jetzt 1 sozialdemokratischer, 3 freisinnige, 31 nationalliberale, 1 antisemitischer und 46 konservative Abgeordnete.

Im Wahlkreis Nürtingen in Württemberg legte der 1906 mit 15 Stimmen Mehrheit gewählte sozialdemokratische Abgeordnete das Mandat nieder. Bei der Nachwahl standen sich 1552 sozialdemokratische, 1389 demokratische und 1710 bauernbündlerische Wähler gegenüber. An dem bedauerlichen Stimmenrückgang von 489 Stimmen gegen 1906 war die Mandatsniederlegung hauptsächlich schuld. Auch die Liberalen hatten einen Rückgang von 200 Stimmen. Vor der Stichwahl trat der liberale Kandidat zurück. Die Liberalen gaben für den Bauernbund Parole aus, während die süddeutsche Volkspartei Wahlfreiheit proklamierte, mit der Einschränkung, daß der Bauernbündler nicht unterstützt werden dürfe. Es gelang unseren Genossen, das Mandat mit 37 Stimmen Mehrheit (2755 gegen 2718) in der Stichwahl zu behaupten. Für den verstorbenen Genossen Kloß fand eine Nachwahl nicht statt. Auf Grund der für die Stuttgarter Wahlen gültigen Listen- und Verhältniswahl rückte Genosse Reichel ohne weiteres an die Stelle von Kloß.

In Baden stiegen bei einer Nachwahl in Schopfheim-Schönau die Stimmen der Sozialdemokratie von 777 (1905) auf 1679. Für die Stichwahl wurde der sozialdemokratische Kandidat zurückgezogen, was in Baden möglich ist, zugunsten des Liberalen, der infolgedessen über den Zentrumskandidaten mit 2014 gegen 2228 Stimmen siegte.

Im Dezember v. J. fanden in Braunschweig Landtagswahlen statt, bei denen das geltende plutokratische Klassenwahlrecht einen sozialdemokratischen Mandatserfolg unmöglich machte. In Braunschweig 3 kam unser Kandidat infolge der Zersplitterung der Gegner in die Stichwahl, in der er mit 42 gegen 50 Stimmen seinem großkapitalistischen Gegner unterlag. In der Stichwahl hatten acht verärgerte mittelständlerische Wahlmänner sich den 34 sozialdemokratischen Wahlmännern zugesellt. Bei den Wahlmännerwahlen schnitt die Sozialdemokratie in den Orten gut ab, in denen die Organisation eine gute ist.

Im Herzogtum Gotha stiegen die sozialdemokratischen Stimmen gegen 1904 um 1381 von 10 434 auf 12 430. Dabei erhielten wir in 57 Orten keine Stimmen, weil wir keine Wahlmänner aufstellen konnten. In zwei Bezirken fehlten uns nur 1 bezw. 2 Stimmen an der Mehrheit. Ein von Wolkenbrüchen begleiteter Orkan, der stundenlange Zugverspätungen infolge Dammzerreißungen mit sich brachte, hatte eine große Anzahl im Erfurter Gebiet arbeitende Genossen an der rechtzeitigen Ausübung ihres Wahlrechts verhindert. Der Reichsverband gab sich vergebliche Mühe, der Sozialdemokratie durch seine gehässige Kampfesweise zu schaden. An Stelle der 6 Sozialdemokraten des vergangenen Landtags ziehen 7 in den neuen Landtag ein. Auch im Koburgischen stiegen die sozialdemokratischen Stimmen, in einzelnen Bezirken auf das doppelte. Im 1. Koburger Bezirk siegte der sozialdemokratische Kandidat, so daß im gemeinschaftlichen Landtag der Herzogtümer jetzt 8 Genossen sitzen.

Eine Ersatzwahl fand in Sachsen-Altenburg im Wahlkreise im Dezember v. J. statt. Unsere Stimmenzahl stieg gegen das Vorjahr von 992 auf 1087, das Mandat wurde behauptet.

In Reuß jüngere Linie behaupteten wir bei den Landtagswahlen am 30. September v. J. den 3. und 4. Kreis. Unsere Stimmenzahl stieg im 3. Kreise von 1087 auf 1223, im 4. von 1419 auf 1788. Der 5. Kreis ging uns verloren, trotzdem die Stimmen von 454 auf 643 stiegen. Außerdem verloren wir den 2. Kreis in der Stichwahl, da es die vereinigten bürgerlichen Parteien auf 817 gegen 689 sozialdemokratische Stimmen brachten. Hingegen gelang es uns, den 6. Kreis zu erobern. Mit Recht wird in Reuß darüber geklagt, daß es viele Arbeiter nicht für notwendig halten, sich naturalisieren zu lassen.

In Reuß ältere Linie beteiligten sich unsere Genossen im Juni d. J. im 6. Wahlkreise an den Landtagswahlen. Trotz Steigerung der Stimmenzahl konnten sie kein Mandat erobern.

In Hamburg besaß unsere Partei nach der vorjährigen halbschichtigen Erneuerung der Bürgerschaft 19 Mandate. Am 9. November v. J. eroberte die Sozialdemokratie bei einer Ersatzwahl den 50. Bezirk mit 235 Stimmen, während die liberalen Gegner 149 und 85, also zusammen 234 Stimmen erhielten. Am 21. Februar d. J. siegten wir in der Stichwahl im 45. Bezirk bei 98 Proz. Wahlbeteiligung mit 220 Stimmen über den Kandidaten der wahlrechtsräuberischen Linken, der es auf 178 Stimmen brachte. 9 Stimmen waren ungültig. In der Hauptwahl waren unsere Stimmen gegen 1904 um 40 auf 184 gestiegen. Unsere Stimmen hatten gegen die Hauptwahl um 45 zugenommen. Der linke Flügel der Liberalen hatte gegen den bürgerlichen Stichwahlgegner, einen ausgeprägten Gegner des Wahlrechtsumsturzes, entschieden Stellung genommen. Die sozialdemokratische Fraktion der Hamburger Bürgerschaft zählt also jetzt 21 Mitglieder.

Wenig erfreulich war der Ausfall der Wahlen in Schwarzburg-Sondershausen. Hier wären Erfolge der Sozialdemokratie möglich, wenn unter der Arbeiterschaft nicht eine unglaubliche Lauheit herrschte. Da die Wahl öffentlich ist, bleiben die kleinen Geschäftsleute zu Hause. Würden die Arbeiter geschlossen antreten, so müßte ihren Kandidaten der Sieg zufallen. Es sind aber selbst organisierte Genossen, z. B. in Groß-Breitenbach, in größerer Anzahl der Wahl ferngeblieben. Ein solches Verhalten kann nicht scharf genug gebrandmarkt werden.

In Bremen behaupteten wir bei einer Ersatzwahl den 6. Bezirk mit 282 gegen 242 Stimmen. Gegen die Wahl im Jahre 1905 waren sowohl die sozialdemokratischen als auch die gegnerischen Stimmen zurückgegangen.

Bei den Wahlen zur Lübecker Bürgerschaft ist in der 1. Klasse auf einen sozialdemokratischen Sieg nicht zu rechnen, dank der 1906 durchgeführten schmachvollen Wahlrechtsverkürzung. In der 2. Klasse siegten unsere Genossen mit 714, 1018, 728 und 546 Stimmen über die vom Reichsverband geführten Gegner, die es nur auf 310 bis 395 Stimmen brachten. Damit hat unsere Partei in Lübeck vier weitere Bürgerschaftsmandate erobert.

Im elsaß-lothringischen Landesausschuß wird die Sozialdemokratie weiter unvertreten sein, da sie bei den Gemeindewahlen in den Städten unterlag und nur auf diesem Umweg ein Sozialdemokrat in das Straßburger Notabelnparlament gelangen kann. Bei der Metzer Bezirkswahl kam Genosse Schleicher im August vorigen Jahres in Stichwahl, in der er mit 581 Stimmen seinem Gegner unterlag. Bei der Hauptwahl waren unsere Stimmen gegen die vorige Wahl von 230 auf 461, also um das Doppelte gestiegen.

Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 50 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Ort, Mk. 3.84.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inseratenpreis: beträgt für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeiger 15 Pfennige, auswärtige Inserate 35 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 199. Mittwoch, den 26. August 1908. 19. Jahrgang.

Englands innere und äußere Politik.

Die verflossene Parlamentssession Englands war, wie der Londoner Korrespondent der „Dresdener Volkszeitung" mitteilt, verhältnismäßig reich an gesetzgeberischen Arbeiten und wichtigen inner- und außerpolitischen Erörterungen, obschon nur zwei Gesetzesvorlagen von großer Bedeutung endgiltig verabschiedet worden sind. Es sind dies die Alterspensionen-Vorlage und die Irische Universitäts-Bill. Mit der ersteren hat die Regierung ein jahrzehntelates Versprechen mit Ach und Krach eingelöst. Die vielen einschränkenden Bestimmungen machen das Alterspensionen-Gesetz als eine praktische Maßregel nahezu wertlos; der einzige Trost ist, daß dank seiner prinzipiellen Grundlage mit der Zeit etwas Ordentliches daraus gemacht werden kann. Mit der Irischen Universitäts-Bill hat die Regierung eine gefährliche Klippe glücklich umschifft; dadurch, daß sie den Katholiken eine besondere Universität einräumte, hat sie die Home-Ruler einige Zeit zum Schweigen gebracht, ohne doch die Tories herauszufordern. Freilich war dieses Kunststück nur durch ein neues Entgegenkommen an das religiöse Sektierertum im Unterrichtswesen fertigzubringen.

Außerdem ist eine Reihe anderer Vorlagen in der parlamentarischen Verhandlung mehr oder weniger fortgeschritten, ohne aber noch Gesetz geworden zu sein. Die wichtigste darunter ist die Achtstunden-Vorlage für Bergarbeiter, welche glücklich bei der Kommissionsberatung angelangt ist. Diese Bill ist nicht nur von den Kohlenbaronen, sondern von Unternehmern und Unternehmerorganisationen aller Branchen mit einer Heftigkeit und Einmütigkeit angegriffen worden, welche von einer Klassensolidarität im englischen Unternehmertum Zeugnis ablegt, an der sich die Arbeiter ein Muster nehmen könnten. Ihre Agitation hat auch ihren Eindruck auf die Regierung nicht verfehlt, und diese hat sich beeilt, für eine Uebergangszeit von fünf Jahren aus dem Achtstundentag einen Achteinhalbstundentag zu machen. Aber auch so wird die Arbeiterpartei alle ihre Energie aufwenden müssen, soll die Vorlage in der Herbstsession nicht unter den Tisch fallen. Von anderen Vorlagen der Session sind noch die Kinder-Bill, welche besondere Gerichtshöfe für jugendliche Missetäter vorsieht, weiter die Städte-Planungs-Vorlage und die Londoner Hafen-Vorlage zu erwähnen.

Die Frauenwahlrechts-Vorlage ist im Unterhause in zweiter Lesung angenommen worden, jedoch wird die Regierung ihren weiteren Fortschritt verhindern. Dagegen hat der Ministerpräsident eine umfassende Wahlrechtsreform auf demokratischer Grundlage zugesagt. Die Zukunft dieser Frage wird zum großen Teil davon abhängen, ob die Arbeiterpartei und die sozialistischen Organisationen es verstehen werden, das Interesse des Volkes auf das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter zu vereinigen.

Knapp vor Toresschluß haben die Regierung und das Unterhaus einen unverkennbaren Triumph über das Oberhaus errungen. Die Lords wollten die Alterspensionen-Vorlage verstümmeln, mußten aber auf den Protest des Unterhauses schmählich den Rückzug antreten. Der Fall zeigt wieder, was die Regierung und das Unterhaus zu tun haben, wenn sie es mit der Bekämpfung der Lords ernst meinen. Sie haben einfach ehrliche Reformen einzubringen, an deren Verwirklichung die Masse des Volkes ein erhebliches Interesse hat, dann braucht ihnen vor dem Widerstand der Lords nicht bange zu sein. Diese werden bei der ersten Drohung demütig ihren Rücken beugen.

Alles in allem genommen, ist die abgelaufene Session vom Standpunkte der Regierung als ein mäßiger Erfolg zu bezeichnen. Wenn ihr Ansehen im Lande auch nicht gerade gewachsen ist, so ist sie doch ohne besonderen Schaden davongekommen. Dies hat sie aber nicht so sehr dem zu danken, was sie in dieser Session geleistet hat, sondern vielmehr dem, was sie zu leisten unterlassen hat. Die zwei großen, parteipolitisch wichtigsten Vorlagen der Session, die Schulvorlage und die Schankkonzessionen-Vorlage, welche die eigentliche Gefahr für die Regierung darstellen, sind entweder gar nicht oder nur wenige Schritte vorwärts gekommen. Die Schankvorlage soll in der Herbstsession schleunigst das Unterhaus passieren, sie wird aber aller Wahrscheinlichkeit nach vom Oberhause zurückgewiesen werden. Von der Schulvorlage ist seit geraumer Zeit überhaupt nichts mehr zu hören; offenbar wird an irgend einem faulen Kompromiß gebraut. Die Regierung wird es zweifellos ebenfalls für einen Erfolg ansehen, daß sie das Geschrei der Reaktionäre über die „sozialistische" Gesetzgebung zum Schweigen gebracht hat. Waren einige längst fällige soziale Reformen auch nicht länger hinauszuschieben, so hat die Regierung im Laufe der Session genügende Beweise dafür erbracht, daß sie nicht gesonnen ist, die Interessen der besitzenden Klassen zu schädigen, um der Arbeiterpartei politische Triumphe zu sichern. Den Forderungen der Arbeiterpartei hat sie in den meisten Fällen hartnäckig Widerstand geleistet; dies gilt in erster Linie hinsichtlich der Arbeitslosen-Vorlage der Arbeiterpartei, die dasselbe Schicksal erlebte, wie die viele Abänderungsanträge zur Alterspensionen-Vorlage, mit denen die Arbeiterpartei sich bemühte, eine wirklich brauchbare Reform zu schaffen.

In der äußeren Politik und Kolonialpolitik bedeutet die verflossene Session ein weiteres Hinabgleiten auf der Bahn der Reaktion. Die Verbrüderung mit dem Zarentum und die Nicht-Interventions-Politik in Persien wurden vom Minister für äußere Angelegenheiten im Parlamente in einer Weise begründet, welche allen liberalen Prinzipien englischer Außenpolitik vergangener Jahrzehnte ins Gesicht schlug. Diese Politik trägt zum Teil auch die Schuld daran, wenn der Gegensatz zu Deutschland heute schärfer hervortritt als je. Das haben alle friedensfreundlichen Reden des Lord George — der übrigens als Schatzkanzler wegen der bevorstehenden neuen Flottenrüstungen besorgt ist — nicht zu verhindern vermocht, und der hier abgehaltene Friedenskongreß war ein Prediger in der Wüste. Im Gegenteil, die deutsche Invasions-Panik hat sich in den letzten Wochen noch außerordentlich verstärkt, und hat heute sogar schon einzelne der besten englischen Sozialisten, von denen man es am wenigsten erwartet hätte, erfaßt. Freilich müssen die fieberhaften Flottenrüstungen Deutschlands, über deren Zweck ja kein Zweifel möglich ist, zu Unruhe und Haß diesseits der Nordsee Anlaß geben, doch sollte man meinen, daß die Hetze gegen Deutschland ruhig den Reaktionären und Imperialisten überlassen bleiben könnte. Die einzige Hoffnung ist auch hier die Interessen-Solidarität der Arbeiterschaft der beiden Länder, von deren Erkenntnis die englische Arbeiterpartei gerade jetzt ein beredtes Zeugnis abgelegt hat.

Die Tätigkeit der Arbeiterpartei während der Session darf als zufriedenstellend bezeichnet werden. Sie hat zwar wenig oder gar keine unmittelbaren gesetzgeberischen Erfolge zu verzeichnen, aber es wird von Freund und Gegner anerkannt, daß fast alles, was an sozialen Reformen von der Regierung geleistet worden ist, in erster Linie ihrem Einflusse zu verdanken ist. Die Reden Macdonalds und Graysons über die Arbeitslosenvorlage, Snowdens über das Budget und Barnes' über die Alterspensionen waren vorzügliche Leistungen. Die Proteste gegen die Russifizierung Indiens und die gewissenlose Raubwut der südafrikanischen Kolonisten haben einen tiefen Eindruck gemacht. Aber noch mehr als in der inneren Politik hat sich die Arbeiterpartei in der äußeren Politik Lorbeeren erworben. Noch niemals hat die Arbeiterpartei annähernd so regen Anteil an der äußeren Politik genommen, wie in dieser Session. Insbesondere die Reden O'Gradys und Keir Hardies gegen das Zarentum können nicht hoch genug angeschlagen werden, wenn auch zugegeben werden muß, daß sie weniger von einem klaren Verständnis der politischen Interessen des internationalen Proletariats, als von einem allgemeinen Menschlichkeitsempfinden und einem dunklen Solidaritätsgefühl eingegeben gewesen sind. Auch muß beklagt werden, daß die Arbeiterpartei zur Flottenrüstungspolitik und skrupellosen Kriegshetzerei auch diesmal noch keine Stellung im Unterhause genommen hat. Dennoch gehört schon die Tatsache, daß die Arbeiterpartei auch in der äußeren Politik die Interessen der Massen zu vertreten beginnt, zu den hoffnungsvollsten Anzeichen der englischen Politik überhaupt. Dies ist heute, wo die geheime Diplomatie mehr denn je überwuchert und die Machenschaften des unverantwortlichen Königs zu einem Faktor in der Weltpolitik geworden sind, doppelt notwendig. Nur wenn die Arbeiterpartei ihrer Aufgabe gerecht wird, kann auch verhindert werden, daß die Volksvertretung überhaupt jedes Einflusses auf die äußere Politik beraubt werde. In dieser Beziehung muß der Schluß der Session jeden Freund der Demokratie mit banger Sorge erfüllen. Es ist

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki

Einzig autorisierte Uebersetzung von Adolf Heß.

86. (Nachdruck verboten.)

„Was denn sonst?" rief Ignaz erstaunt. „Nehmen doch die Bauern selbst allen Herren das Land weg, reinigen es mit ihrem Blut ... Das heißt, sie werden es auch selbst teilen, und zwar so, daß es weder Herren noch Arbeiter mehr gibt ... natürlich! Weshalb soll man denn überhaupt streiken, wenn nicht deswegen!"

Er schien geradezu beleidigt und blickte Nikolai mißtrauisch und fragend an. Der aber lächelte schweigend.

„Wenn heute bei allen Bauern die Schlägerei losgeht und sie siegen, morgen aber schon wieder der eine reich und der andere arm ist — dann danke ich ergebenst! Soll denn das Hauen immer wieder beginnen? .... Wir wissen wohl: der Reichtum ist wie der Streusand, er liegt nie ruhig, sondern fliegt wieder nach allen Seiten und reißt das Land wieder an sich ... Nein, wozu dient das alles!"

„Sei nur nicht böse!" sagte die Mutter scherzend.

Nikolai rief nachdenklich:

„Wenn wir nur schnell die Flugschriften mit der Nachricht von Rybins Verhaftung hinschicken könnten!"

Ignaz spitzte die Ohren.

„Ich spreche ihn heute!" sagte die Mutter.

„Ist denn schon eine fertig?" fragte Ignaz.

„Ja."

„Gebt her, ich bringe sie hin!" schlug der Bursche mit blitzenden Augen vor, indem er sich die Hände rieb. „Ich kenne mich aus und ein, gebt her!"

Die Mutter lachte leise, ohne ihn anzusehen.

„Aber Du bist doch müde und ängstlich und hast gesagt, Du würdest nie wieder hingehen ..."

Ignaz glättete mit seiner breiten Hand sein Lockenhaar und sagte ruhig:

„Ich ruhe schon aus ... Angst habe ich natürlich! .... Die hauen einen bis aufs Blut, sagt Ihr ja selbst .... Wer hat denn Lust, zum Krüppel geschlagen zu werden? O, ich komme Nachts schon hin! Laßt mich nur ... Heute Abend mache ich mich auf den Weg ..."

Er schwieg einen Augenblick und überlegte mit gerunzelter Stirn.

„Ich gehe bis zum Walde und verstecke mich dort, dann gebe ich unseren Leuten Nachricht. Kommt her und nehmt das, lege ich! Das ist besser ... Wenn man es selbst hinbringt und dabei reinfällt — so ist es schade um die Blätter ..... Hier muß man vorsichtig handeln, sie haben nicht gerade viel von solchen Blättern ..."

„Aber wie ist es denn mit Deiner Angst?" meinte die Mutter wieder lächelnd. Die Aufrichtigkeit dieses lockigen, stämmigen Burschen, die aus jedem seiner Worte und seinem runden, energischen Gesicht sprach, machte ihr Vergnügen.

„Die Angst ist eine Sache und die Arbeit wieder eine andere!" erwiderte er. „Was lacht Ihr über mich? Seid Ihr denn anders? Habt Ihr denn keine Furcht? Wenn es nötig ist, muß man selbst durchs Feuer gehen ... Das ist nun einmal so."

„Ach Du ... Kind!" rief die Mutter unwillkürlich.

Er lächelte verwirrt.

„Nun bin ich sogar ein Kind!"

Nikolai, der die ganze Zeit mit seinen gutmütig blinzelnden Augen den Burschen betrachtet hatte, begann jetzt:

„Sie gehen dahin nicht!"

„Aber was soll ich denn? Wohin soll ich denn?" fragte Ignaz unruhig.

„Statt Ihrer geht ein anderer und Sie erzählen ihm ausführlich, was er tun muß und wie. Ist's so gut?"

„Meinetwegen!" sagte Ignaz nicht sofort und mißvergnügt.

„Ihnen verschaffen wir einen guten Paß und einen Posten als Waldhüter ..."

Der Bursche warf schnell den Kopf hoch und fragte unruhig:

„Wenn aber die Bauern Holz holen wollen, oder ähnliches ... Was soll ich dann machen? Sie binden? Das steht mir doch nicht. .."

Die Mutter lachte und Nikolai ebenfalls, das machte den Burschen verwirrt und wieder traurig.

„Machen Sie sich keine Sorge!" tröstete Nikolai ihn. „Sie brauchen die Bauern nicht zu binden ... Glauben Sie mir!"

„Nun, dann ist es etwas anderes!" sagte Ignaz beruhigt und lächelte Nikolai vertraulich und fröhlich zu. „Ich hätte auch wohl Lust in die Fabrik, da sollen ganz vernünftige Leute sein. .."

In seiner breiten Brust brannte die ganze Zeit über ein ungleichmäßiges Feuer, das seiner eigenen Kraft noch nicht vertraute. Es blitzte hell in seinen Augen, spiegelte sich wider, erlosch plötzlich und bedeckte sie mit dem Rauch unverständlicher Unruhe und Verfahrenheit.

Die Mutter erhob sich, blickte nachdenklich zum Fenster hinaus und meinte:

„Ach, dieses Leben ... fünfmal am Tage lacht man, fünfmal weint man ... Schön! Nun, bist Du fertig, Ignaz? Geh schlafen."

„Aber ich mag nicht ..."

„Geh, geh ..."

„Seid Ihr aber strenge! Also, ich gehe ... Danke für die Bewirtung ... für die Freundlichkeit."

Als er sich in das Bett der Mutter legte, murmelte er, den Kopf krauend:

„Jetzt wird alles bei ihnen nach Teer riechen ..... Hat alles gar keinen Zweck ... ist das eine Verzärtelung ... Ich will gar nicht schlafen .... Aber nette Leute ... sogar etwas fremdartig ... als wenn man hunderttausend Werst von seinem Dorfe fort ist... Wie er da eingriff, als von der „Mitte" die Rede war ... In der Mitte ... stehen die Leute, die den Prügelmeistern die Hand küssen und ihren Opfern das Blut aussaugen ... die Teufel ..."

Und dann schlief er plötzlich laut schnarchend, mit hochgeschobenen Brauen und halb offenem Munde ein. ...

II.

Spät Abends saß er im kleinen Zimmer des Kellergeschosses auf einem Stuhl Wjessowtschikow gegenüber und sagte in gedämpftem Ton:

„Gegen das mittlere Fenster, viermal ...."

„Vier?" wiederholte Nikolai besorgt.

„Zuerst — drei, sieh so" ... und er klopfte mit gekrümmtem Finger auf den Tisch und zählte:

„Eins, zwei, drei. Dann, nach kurzer Pause, noch einmal."

„Ich verstehe."

„Dann öffnet ein rothaariger Bauer und fragt: „Wegen der Hebamme?" Sie sagen ihm: „Ja, vom Fabrikbesitzer!" Weiter nichts, er begreift schon."

Sie saßen mit zusammengesteckten Köpfen, beide stämmig und fest, da und unterhielten sich leise; die Mutter aber hatte die Hände auf der Brust zusammengelegt, stand am Tisch und betrachtete sie. All dies geheimnisvolle Klopfen, die verabredeten Fragen und Antworten machten sie innerlich lachen und sie dachte:

„Noch die reinen Kinder ..."

An der Wand brannte eine Lampe, die dunkle Flecke von der Feuchtigkeit und Bilder aus Journalen beleuchtete; auf dem Fußboden lagen zerbrückte Eimer, Reste von Dacheisenblech; in das Fenster blickte aus der dunklen Höhe ein großer, heller Stern. Ein Geruch von Rost, Oelfarbe und Feuchtigkeit erfüllte das Zimmer.

Ignaz trug einen grauen Herbstrock aus rauhem Stoff; der gefiel ihm; die Mutter sah, wie er liebkosend mit der Hand über den Aermel strich, wie er sich musterte, den festen Hals schwerfällig hin und her drehte. Und in ihrer Brust regte sich ein weiches Gefühl.

(Fortsetzung folgt.)

erinnerung, daß das folgenschwere englisch-russische Abkommen über Vorder-Asien während der letzten Parlamentsferien abgeschlossen wurde. Die diplomatischen Giftmischer lieben es nicht, bei ihrem Werke vom Parlamente gestört zu sein. In Mazedonien hat ihnen der Sieg der Jungtürken vorläufig das Spiel verdorben, aber in Persien und namentlich im Kongo kann es sehr leicht geschehen, daß das englische Volk und die Welt wieder vor vollendete Tatsachen gestellt werden, ehe das Parlament im Oktober wieder zusammentritt.

Politische Uebersicht.

Der neue Herr von Gottes Gnaden.

Mulay Hafid ist seit dem 22. d. Mts. der einzige Sultan von Marokko. Es ist ihm gelungen, seinen Bruder, den bisherigen rechtmäßigen Sultan Abdul Asis, den Unterzeichner der Algeciras-Akte, so entscheidend aufs Haupt zu schlagen, daß dieser jeden Gedanken an einen etwaigen Wiederantritt seiner Herrschaft aufgeben mußte. Abdul Asis geht nach Damaskus, um über die Vergänglichkeit aller irdischen Größe nachzudenken; den brüderlichen Bruder aber, der dem schwachen Manne das Zepter entriß, grüßt die offizielle Welt Europas nunmehr mit tiefem Neigen des Hauptes als Seine Scherifische Majestät Mulay Hafid, von Gottes Gnaden Sultan von Marokko.

In keinem Lande der Welt hat diese wilde Majestät und ihre abenteuerliche Laufbahn mehr Beifall gefunden, als in Deutschland, und gegen die Popularität, die ihm die alldeutsche Hetzpresse verschaffte, kann selbst der Hauptmann von Köpenick schwer aufkommen. Vielleicht verkauft auch der Sultan Mulay Hafid in ein paar Jahren Ansichtskarten im Panoptikum; denn man kann nie wissen, was in der Welt passiert, und in Marokko erst recht nicht. Mulay Hafid aber ist jetzt schon ein von der Geschichte Gezeichneter; denn er ist mit deutscher Freundschaft belastet, wie der arme Paul Krüger, der sein Vertrauen zu Deutschland mit dem Verlust seiner Herrschaft bezahlte, wie der General Stößel, der den pour le merite erhielt und beinahe gehängt wurde, wie der Graf Golucho wski, der sofort, nachdem er einige auffallende Berliner Auszeichnungen erfahren hatte, in die Versenkung verschwand, wie der türkische Großwesir, der seinen eben angekommenen Schwarzen Adler gerade noch hastig in den Koffer werfen konnte, bevor er vor den jungtürkischen Revolution davonlief, und wie der unselige Abdul Asis selber, der jetzt die Fehler, die ihn einst sein Vertrauen zu Deutschland begehen ließ, mit dem Verluste seines Thrones bezahlt.

Die offiziöse und alldeutsche Presse — leider läßt sich nie recht unterscheiden, wo die eine anfängt und die andere aufhört, jubelt über den Sieg Mulays und die Niederlage Abduls, gleich als ob der erste ein preußischer General, der zweite aber ein Feldherr der erbfeindlichen Republik wäre. Vor drei Jahren aber, als die Kunde kam, daß die Souveränität Abduls durch die bösen Franzosen bedroht sei, fuhr der deutsche Kaiser auf seinem schnellsten Schiffe nach Tanger und tauschte mit dem Sultan Freundschaftsbezeugungen aus. Abdul Asis schenkte damals Wilhelm II., der Sitte des Landes gemäß, eine Menge Rinder und Schafe, Wilhelm II. aber erklärte, er besuche den Sultan als unabhängigen Herrscher, er teile dessen Gefühle und hege die aufrichtigsten Wünsche für ihn und sein Land. Wer illustrierte bürgerliche Journale liest, kennt noch aus jenen glücklichen Tagen das Porträt des „korpulenten und intelligenten jungen Herrschers". Heute aber deklamiert irgend ein Kasperle höhnisch in der „Täglichen Rundschau":

Besiegt und geschlagen das tapfere Heer
Und der Kaiser, der Kaiser gefangen.

Mulay Hafid ist also im Lande des „Sultan el Bruz" der Held des Tages. Warum, weiß freilich keiner recht zu sagen. Man erwartet von Mulay Hafid, daß er seine Selbstständigkeit gegen Frankreich verteidigen und sich dabei auf Deutschland stützen werde, weiß aber vorläufig nicht, worauf die Erwartung dieses höchst zweifelhaften Glückes beruht. Auch Abdul Asis hat einst die Rolle gespielt, die man jetzt seinem siegreichen Bruder zuweist, als er aber so naiv war, von Deutschland ein Einschreiten zu seinen Gunsten zu verlangen, da war die deutsche Regierung klug und korrekt genug, sich auf die Algeciras-Akte zurückzuziehen und zu erklären, daß es allein, ohne Zuziehung der anderen Signatarmächte, nichts mehr in marokkanischen Angelegenheiten zu tun vermöchte. Nun verschwindet Abdul Asis, der sich damals von Deutschland endgiltig lossagte, und zu spät sein Heil bei den Franzosen suchte, von der Bildfläche, aber die Akte von Algeciras bleibt. Diese Akte, die tatsächlich mit einigen Einschränkungen Marokko unter die Vormundschaft der europäischen Mächte stellt und Frankreich unter spanischer Assistenz mit der Führung dieser Vormundschaft beauftragt, macht es einer einzelnen Macht ein für allemal unmöglich, zu Gunsten des Sultans selbständige diplomatische Schritte zu unternehmen. Deutschland hat also, wenn es sich an die Akte von Algeciras hält, dem neuen Herrn von Marokko nichts zu bieten. Man wirft Frankreich vor, daß seine Marokkopolitik mit jener Akte nicht in Uebereinstimmung zu bringen sei. Ueber Recht oder Unrecht dieser Beschuldigung haben aber nur zwei Instanzen zu urteilen, nämlich die französische Kammer und die Gesamtheit der Mächte, welche die Akte von Algeciras unterzeichnet haben. Sollte sich die Spannung, die zwischen dem neuen Sultan und der französischen Republik besteht, verschärfen und komplizieren, so kann Deutschland zu Gunsten des Sultans weiter nichts tun, als etwa die Einberufung einer neuen Konferenz fordern, die den Streitfall zu sachlicher Entscheidung zu bringen hätte. Es ist also nicht recht einzusehen, wozu die alldeutsche Presse, einschließlich der freisinnig-offiziösen „Vossischen Zeitung", plötzlich angesichts der Vertreibung ihres ehemaligen besten Freundes ein arabisches Siegesgeheul anstimmt und über die Marokkopolitik der französischen Regierung mit den tollsten Schimpfereien herfällt. Auch auf diese Weise wird es nicht gelingen, den furor teutonicus im deutschen Volke zu entfesseln, das die marokkanischen Streitigkeiten nun wirklich satt bis über die Ohren hat.

Wenn man die Sozialdemokraten beseitigt. Jedermann erinnert sich noch der Hetze gegen die Sozialdemokratie bei den reichsländischen Gemeindewahlen. Der landläufige Vorwurf, der besonders auch in Straßburg erhoben und von der „Schles. Ztg." brühwarm weiter verbreitet wurde, ging dahin, die — nirgends über die absolute Mehrheit verfügenden! — sozialdemokratischen Gemeindevertreter hätten das Gemeindevermögen verschleudert. Der Schwindel hatte in Straßburg den Erfolg, daß eine rein bürgerliche Liste gewählt ward. Nach der Wahl gaben verschiedene angesehene bürgerliche Blätter, darunter die „Frankfurter Zeitung", „Züricher Zeitung" u. a. unumwunden zu, daß die sozialdemokratischen Gemeinderäte einen sehr heilsamen Einfluß auf die Gemeindeverwaltungen der elsäßischen Städte, namentlich in puncto öffentliche Wohlfahrtspflege ausgeübt haben und wurde den neuen sozialistenreinen Gemeindeverwaltungen ein Fortschreiten in diesen sozialistischen Fußtapfen empfohlen.

Wie nun der neue Gemeinderat Straßburgs diese Mahnung beherzigt, zeigt folgendes Beispiel: Die zuständige Gemeinderatskommission hat die Kredite für verschiedene dringliche Arbeiten verweigert oder gestrichen. Dadurch mußte das Stadtbauamt neun ständigen Arbeitern kündigen. Von der Straßenreinigung sollen ebenfalls 20—25 Mann entlassen werden. Ebenso sollen in anderen Betrieben Entlassungen bevorstehen. Der Nachtdienst der Straßenreinigung, d. h. die Zahl der Asphaltwascher, wird von 18 auf 12 Mann reduziert. Das Straßensprengen in den Vororten wird werktags erheblich eingeschränkt, teilweise ganz aufgehoben. Der Sonntagssprengdienst in den Vororten kommt ebenfalls in Wegfall. Dabei werden jetzt schon einzelne Straßen und Bezirke in den Vororten nur alle Woche oder alle zwei, drei, auch vier und fünf Wochen gereinigt. Sogar in der inneren Stadt gibt es Straßen und Gäßchen, die nur alle zwei, drei, vier Tage wöchentlich einmal gründlich gereinigt werden. Und nun sollen diese Betriebe der öffentlichen Gesundheits- und Wohlfahrtspflege noch mehr eingeschränkt werden. So wahrt der Straßburger neue bürgerliche Gemeinderat den Ruf der „wunderschönen" Stadt. Geht es in dem Tempo weiter, so ist Straßburg nach sechs Jahren rein bürgerlicher Herrschaft wieder ebenso schmutzig, wie es vor den sechs Jahren sozialistischer Mitarbeit auf dem Rathaus war. Aber noch eine weitere, ernste Seite hat die Geschichte. Sie zeigt, wie eine durch einen kolossalen Wahlschwindel gewählte, bürgerliche Gemeindeverwaltung genötigt ist, sich an der Volksgesundheit und der öffentlichen Wohlfahrt zu vergreifen, nur um scheinbar die Wahrheit eben dieses Wahlschwindels, daß nämlich Ersparnisse zu machen möglich gewesen seien, beweisen zu können. Daß Männer der Wissenschaft wie Professor von Calker, Professor Spahn (der Sohn des Zentrumsführers Spahn), der Schriftsteller Georg Wolf u. a. an diesem Schwindel beteiligt sind, macht denselben nicht weniger gefährlich.

Wie sich die Reichen „Opfer auferlegen."

„Die Selbstbesteuerung der Besitzenden." Unter dieser Ueberschrift legt ein Artikelschreiber im „Tag" dar, daß die Besitzenden sich schon längst ganz eine erhebliche Selbstbesteuerung auferlegen und zwar durch die — Mode. Der Mann meint:

„Die Mode ist es, die dem Volksganzen jährlich Luxussteuern von unabsehbarer Höhe einbringt, ohne daß es dazu einer staatlich geregelten Luxussteuer bedürfte. In früheren Zeiten griff der alles regierende und reglementierende Staat mit seinen „Kleiderordnungen" beispielsweise ein, die durchaus nicht nur einen sozialen, sondern ganz wesentlich einen volkswirtschaftlichen Zweck verfolgten. Sie sollten die minder bemittelten Kreise vor übertriebenen Ausgaben für die Kleidung bewahren, im großen und ganzen aber doch den Konsum an Textilfabrikaten heben und speziell den oberen Schichten einen starken Konsum dieser Artikel vorschreiben.

Der Schneider, der Schreiner, der Schuster, die Wäscherin, der Porzellan- und Glasarbeiter, der Möbelpolier, nicht minder der Schlächter und Gemüsehändler — kurz, sie alle, alle, die produzieren und handeln, was ihr über das unbedingt Notwendige hinaus in irgendeiner Weise konsumiert, werden unterhalten durch die Luxussteuern aller erdenklichen Art, die euch die Mode, die gesellschaftliche Konvention und der verfeinerte Geschmack auferlegen.

Das ist die Selbstbesteuerung der Besitzenden, durch die den breiten Massen unendlich vielmehr zugute kommt, als sie ihrerseits an direkten und indirekten Steuern aufzubringen haben. Wenn die Vertreter des Proletariats durch die Rechnung Stimmung zu machen suchen, daß der einzelne Proletarier durch die vom Reich erhobenen indirekten Abgaben relativ und absolut stärker belastet sei als der Besitzende, so wird man ihm getrost entgegenhalten dürfen, daß die Königin Mode auf allen Gebieten der Lebensführung dem Besitzenden gewaltige Luxussteuern zugunsten gesteigerter Produktion und entsprechend verbesserter Lebenshaltung und vermehrter Beschäftigung der gesamten Arbeiterschaft auferlegt.

Soviel Unsinn auf einen engen Raum zusammengedrängt, ist selten dagewesen. Die Arbeiter sollen schließlich den Besitzenden dankbar sein, daß diese elegante Pelze tragen, fein wohnen und gut essen und trinken. Diesem Blödsinn gegenüber kann man sich wirklich jede weitere Bemerkung sparen. Aber die Arbeiter sollten sich ihn gut merken!

Frivole pfäffische Unduldsamkeit. Unter der Ueberschrift: „Eine unwürdige Komödie" berichtet die „Tägl. Rundschau". Bei der Aufnahme eines Knaben in die Mittelschule im elsässischen Mülhausen ergaben die Personalfragen, daß der Junge keine Religion hatte. Er war nicht getauft worden. Als der Rektor die Aufnahme des Knaben von der Vorschrift abhängig machte, daß er eine der anerkannten Religionen (katholische, protestantische oder jüdische) haben müsse, überließ der Vater es dem Rektor, eine auszusuchen, um dann, als der Rektor davon natürlich nichts wissen wollte, den Jungen für einen der erforderlichen, und zwar den jüdischen Religionsunterricht zu bestimmen. Die Angelegenheit begegnete erneuten Schwierigkeiten, als der Rektor die Frage stellte, ob der Junge „beschnitten" worden sei! Das war nicht der Fall. Da nun der Rabbiner unbeschnittene Jungen nicht in den Unterricht aufnimmt, satielte der Vater zur katholischen Religion um. Der betreffende Religionslehrer wurde gebeten, den Jungen in die hinterste Bank zu setzen und ihn sich selbst zu überlassen. Das geschah. Auf der hintersten Bank faulenzt sich nun der Junge durch den Unterricht durch. — Daß das eine unwürdige Komödie ist, und daß es in diesem Fall besser wäre, den Jungen vom Religionsunterricht zu dispensieren, gibt wohl jedermann zu." Gewiß. Aber noch besser wäre, durch Gesetz zu bestimmen, daß man den Kindern von Dissidenten keine Religion aufzwingen darf.

Sie wollen also doch den Skandal. Aus Straßburg wird jetzt plötzlich gemeldet:

Im Widerspruch zu der offiziösen Behauptung der „Straßburger Korrespondenz" ist gestern den beiden Straßburger Parteizeitungen die Eröffnung der Voruntersuchung in der Strafsache wegen Beleidigung der Prüfungskommission des Prinzen August Wilhelm angezeigt und die Vorladung zur Vernehmung zugestellt worden.

Der Offiziosus hatte also frech gelogen. Die Frage: Wie Prinz August Wilhelm sein Doktor-Examen machte wird also doch vor Gericht aufgerollt werden, obwohl der Prinz selbst sich dagegen erklärt hat.

Eine ausgezeichnete Satyre auf das liberal reformierte Vereinsgesetz enthält die Nummer 197 des liberalen „Hofer Anzeiger", der dem Herrn Dr. Müller-Meiningen-München-Hof sehr nahe steht und jede Rede dieses liberalen Helden im Wortlaut abdruckt. Es ist da zu lesen unter „Letzte Nachrichten":

„Magdeburg, 21. August. Eine sozialdemokratische Mitglieder-Versammlung wurde aufgelöst, weil ein Redner politisch sprach."

Eine Demonstration für einen „Majestätsbeleidiger". Die Gemeinde Ars bei Metz hat dem wegen angeblicher Beleidigung des Kaisers bestraften und vom Amte enthobenen katholischen Pfarrer Mansuy als Ehrengabe eine lebenslängliche Pension von 2500 Mk. jährlich ausgesetzt.

Konservative Hetzer. Seit einigen Tagen bereits ist die Nachricht dementiert, daß im Landtagswahlkreis Kaiserslautern von unseren Genossen der Volksschullehrer Hofmann als Kandidat aufgestellt sei. Das hindert aber die konservative Kreuzzeitung nicht daran, mit dieser gar nicht bestehenden Kandidatur als mit einer Tatsache zu rechnen und die niedliche hetzerische Bemerkung daran zu knüpfen:

„Daß ein Sozialdemokrat nicht zum Volksschullehrer geeignet ist, bedarf keiner Frage. Im Interesse der Volkserziehung ist es wünschenswert, daß die bayerische Regierung die notwendigen Folgerungen aus der Aufstellung des Lehrers Hofmann als sozialdemokratischen Kandidaten zieht."

Diesmal hat sich das edle Hammersteinblatt umsonst bemüht.

Meineide zum Schutz der Borussia-Schufte. Die Bergarbeiterzeitung brachte kürzlich Enthüllungen über den Borussia-Prozeß. Drei Zeugen sollen dort Meineide geleistet haben, um die Zechenverwaltungen zu schützen. Borussiabeamte sollen mit Enthüllungen gedroht haben über den wahren Zustand des Schachtes vor dem Grubenunglück, und es wurde ferner behauptet, daß die Frau eines höheren Bergbeamten Anzeige bei der Bergbehörde erstattet hat. Die den Zechenverwaltungen nahestehenden Zeitungen im Ruhrrevier erklären nun diese Enthüllungen für Klatschgeschichten. Die Bergbehörde und die Zechenverwaltung würden mit amtlichen Erklärungen an die Oeffentlichkeit treten, wenn die Untersuchung in der Angelegenheit erledigt sei.

Man wird lange auf solche Erklärungen warten können.

Speck von Sternburg. Der frühere Botschafter des Deutschen Reiches bei den Vereinigten Staaten, Speck von Sternburg, ist in Heidelberg, wo er Heilung von einer bösartigen Krebskrankheit suchte, gestorben. Mit ihm ist ein Mann dahingegangen, den man ruhig als einen Typ der deutschen Diplomatie bezeichnen darf. Das Hauptgewicht legte er in seiner diplomatischen Tätigkeit auf Aeußerlichkeiten, seine stärkste Seite war die Repräsentation. Er ging mit Roosevelt auf die Jagd, hielt da und dort in den Vereinigten Staaten Reden, die in Amerika von der staatsrechtlichen Stellung des deutschen Kaisers falsche Vorstellungen erwecken mußten. Seine Glanzleistung war die Befürwortung der Schenkung einer Statue des „Alten Fritz" an die Vereinigten Staaten, worüber seinerzeit ganz Europa — lachte. Die Amerikaner kamen durch dieses Geschenk in nicht geringe Verlegenheit, lange hat die Statue, angeblich „mangels eines geeigneten Platzes" (in dem riesengroßen Amerika!), irgendwo gelagert, bis sie endlich im — Hofe der Militärakademie in Washington eine Stätte fand. Der deutsche Handel und die deutsche Industrie verdanken dem diplomatischen Geschick des Verstorbenen blutwenig. — In diplomatischen Zirkeln hat man seit längerer Zeit die Nachfolge Speck von Sternburgs schon erörtert. Als einen Kandidaten, der die beste Aussicht hat, betrachtet man den früheren Gouverneur von Ostafrika, Graf Adolf von Götzen, der vor einem Monat Gesandter bei den Hansastädten in Hamburg wurde.

Ausland.

„Unstimmigkeiten" im Lager der „Christen".

Aus Amsterdam wird der „Frankf. Volksstimme geschrieben: Die internationale christliche Gewerkschaftskonferenz, die vor einigen Wochen in Zürich tagte, hat in Holland gewirkt wie der Stein im Ententeiche. In der Konferenz haben einige katholische deutsche Arbeiterführer, so die Herren Schiffer, Giesberts und Stegerwald, in schärfster Weise das Vorgehen der holländischen Bischöfe gerügt, die ein Verbot der gemischt-christlichen gewerkschaftlichen Organisationen ausgegeben haben und den katholischen Arbeitern nur rein katholische Gewerkschaften, obendrein nach Diözesen zersplittert, erlauben wollen. Die stärkste christliche Gewerkschaft, der Textilarbeiterverband „Unitas", ist durch diese bischöfliche Aussprache auseinandergefallen. In der Züricher Konferenz ist nun mit aller Deutlichkeit festgestellt worden, daß die holländischen Bischöfe den Arbeitern verbieten, was sie den Arbeitgebern ruhig gewähren lassen. Diesen wird sogar das Verbleiben in nicht nur interkonfessionellen, sondern ganz „neutralen" Organisationen gestattet. Herr Schiffer sagte den holländischen Bischöfen:

„In diesem Saale sind viele katholische Männer — ich bin auch einer —, aber aet aller Hochachtung für unsere geistlichen Obrigkeiten, namentlich für unsere Bischöfe, sage ich doch: Hochwürdige Bischöfe, bis hierher und nicht weiter! Sie haben das Recht und die Pflicht, in religiösen Sachen uns den Weg zu weisen, doch wo es sich um rein ökonomische Sachen handelt, hat der Bischof kein Recht, eine Losung auszugeben."

Diese Sprache hat in Holland selbstverständlich einen starken Widerhall gefunden unter den katholischen Arbeitern, und sie hat die katholischen Führer, die, zum Teil gegen ihre bessere Ueberzeugung, das bischöfliche Verbot verteidigt haben, in die größte Wut gebracht. Einer dieser Leute, Herr Dr. Aalberse, ein Mitglied der zweiten Kammer, der sich viel auf seine „soziale Fortschrittlichkeit" zugute zu tun pflegt, aber jeden reaktionären Streich der hohen Geistlichkeit mitmacht, tobt in seinem katholisch-sozialen Wochenblatt folgendermaßen:

„Hier haben wir nun einige richtige Proben der Art und Weise, in welcher die Deutschen sich in der ganzen Welt beliebt zu machen wissen. Sie allein wissen alles und alle anderen Länder haben einfach zu tun, was den Herren Deutschen zu dekreditieren beliebt, auch wenn sie von den Zuständen in diesen Ländern kein Jota wissen. Aber die Herren Deutschen kennen uns Holländer sehr schlecht, wenn sie meinen, daß wir Lust verspüren, uns aus Preußen maßregeln zu lassen! Wir werden bei uns die Dinge regeln, so wie wir es am besten erachten, und wir denken nicht daran, die Herren Deutschen zu fragen, wie in unserem Lande unser Verhältnis zu den Bischöfen zu sein hat."

Herr Noblem ergänzt diese Liebenswürdigkeiten mit der Annahme, die deutschen katholischen Arbeiterführer seien wohl über die holländischen katholischen Gewerkschaftsverhältnisse nur aus der sozialistischen Presse informiert. Dies nun ist in der Tat nicht unmöglich. Pflegt doch die holländische katholische Presse die wirklichen Verhältnisse in ihrem eigenen Lager immer vorsichtig zu verheimlichen. So ist es auch in diesem Falle wiederum die sozialistische Presse Hollands gewesen, die die Vorfälle der Züricher Konferenz zuerst mitgeteilt hat. Die katholische Presse hatte sie sorgsam verschwiegen, war dann aber nach der aufsehenerregenden sozialistischen Veröffentlichung genötigt, sich damit zu beschäftigen.

* * *

Eine Arbeiterdemonstration in Petersburg. Eine unabsehbare Menge von Arbeitern versammelte sich am 19. August, 5 Uhr Nachmittags auf dem Preobrajenskij-Friedhof vor den Massengräbern der Opfer des Blutsonntages. Es wurden einige Reden gehalten und hierauf revolutionäre Lieder gesungen. Inzwischen rückten starke Trupps von Polizisten zu Fuß und zu Pferde an, die die Menge zerstreuten. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 25. August.

Die Wählerlisten

für die Stadtverordnetenwahlen liegen noch bis zum 30. August aus und zwar im Feuerwehr-Turnsaal, Zwingerstraße 14. Damit die Genossen wissen, in welchen Bezirken der 3. Abteilung diesmal gewählt wird, veröffentlichen wir nachstehend das Straßenverzeichnis mit allen den Aenderungen und Nachträgen, die sich durch neue Straßenzüge rc. nötig machten:

21. Wahlbezirk,

umfassend: Albrechtsstraße, Altbüßerohle 16, 18, 20, Altbüßerstraße 1—61, Annengasse, Basteigasse, Bernhardinkirche, an der, Bischofstraße, Breitestraße, Burgstraße, hinter 7 bis Ritterplatz, Christophoriplatz, Dominikanerplatz, Dominikanerstraße, Einhorngasse, Fleischbänke, kleine, Graben, Heiligegeiststraße, Hinterbleiche, Hintermarkt, Kaiserin Augustaplatz, Katharinenstraße, Kätzelohle, Ketzerberg, Kirchstraße, Kupferschmiedestraße 1—16 und 42 bis Ende, Langeholzgasse, Magdalenenkirche, an der Mäntlergasse, Matthiaskunst, an der, Messergasse 1—8, 36 bis Ende, Mühlgasse, Münzstraße, Neuegasse, ungerade 23 bis Ende, grade 28 bis Ende, Neumarkt, Oberschleuse, an der, Ohlauerstraße, Poststraße, Predigergasse, Ring 29—41, Ritterplatz, Sandkirche, an der, Sandstraße, Sandstraße, neue, Schleusengasse, Schmiedebrücke 1, Schuhbrücke 7—78, Schweidnitzerstraße Nr. 55, Seminargasse, Tannengasse, Taschenstraße 1 2 Universitätsplatz 15 bis Ende, Ursulinerstraße 1—6, 29, Vorderbleiche, Weintraubengasse, Weiße Ohle, Ziegelgasse, Ziegengasse.

23. Wahlbezirk,

umfassend: Alsenstraße 102, Bärenstraße, Berliner Chaussee, Berlinerstraße, Boberstraße, Bunzlauerstraße, Dammstraße, westl. der Posener Eisenbahn, einschl. Kohlenkippe u. Hafen der F. G.-E.-G., Dessauerstraße, Eichenparkstraße, Fischergasse 25, 26, Friedrich-Wilhelmstraße, ungrade 11 bis Ende, ausschließlich 53, 85, 87, grade 16/18 bis Ende, Glogauerstraße 1, 2, 4, Grenzstraße, Karuthstraße, Katzbachstraße, Kniestraße, Kritschkestraße, Mariannenstraße, Mochberner Bahnhof, am, Neukircherweg, Pöpelwitzstraße, Posenerstraße 2, Promnitzstraße, Sandbergäßchen 1, 2, Schwerinstraße 1, Striegauer Chaussee, Striegauerplatz, Wildestraße, Zillmannstraße 1/3, 17.

27. Wahlbezirk,

umfassend: Agathstraße, Augustastraße, ungr. 33—83, gr. 38—98, Charlottenstraße, ausschließlich 2, Friedestraße, Friedrichstraße, ungr. 43—57, grade 50a—66, Gabitzstraße, ungr. 1—163, grade 2 bis 152, Goethestraße, ungr. 1—23, grade 2—18, Goetzenstraße 13 bis Ende, Hardenbergstraße, Herderstraße, Höfchenplatz, Höfchenstraße, ungrade 27 bis Ende, grade 34 bis Ende, ausschließlich 42, Hohenzollernstraße, ungr. 37—91, grade 20—72, Kaiser Wilhelmstraße 31, 121, Kronprinzenstraße, Kürassierstraße, ungrade, Lothringerstraße, ausschließlich 1, 2, Luisenplatz 2, Menzelstraße, zwischen Yorkstraße und Kaiser Wilhelmstraße, Moritzstraße, ausschließlich 1, 2, Opitzstraße 1—23, 2—88, Sadowastraße, ungr. 71 bis Ende, grade 72 bis Ende, Schillerstraße, ausschließlich 1, Schwerinstraße, grade, Viktoriastraße, ungr. 53 bis 97, grade 56—100.

29. Wahlbezirk,

umfassend: Arletiusstraße, Augustastraße, ungr. 133 bis Ende, grade 148 bis Ende, Bahnhofstraße, ungr. 19 bis Ende, grade 22 bis Ende, Bernhardinstraße, Bohrauerstraße, Brüderstraße 33 und 48—54, Brunnenstraße, ungr. 1—11, gr. 2/4—10, Buddestraße, Crelinsstraße, Dürrgoystraße, Fichtestraße, Flurstraße, Fränkelplatz, Georgenstraße, Goethestraße, ungr. 77 bis Ende, gr. 66 bis Ende, Gottschallstraße, Grünstraße, ungr. 29 bis Ende, grade 34 bis Ende, Gustav Freytagstraße, Hellmuthstraße, Herdainstraße, Hippelstraße, Hubenstraße einschließlich Blockhaus und Werkstätten der Oberschlesischen Bahn, Kantstraße, Lehmgrubenstraße, Lohestraße, ausschließlich 1, 15, 17 und südlich der Kirschenallee, Malteserstraße, Menzelstraße von Lohe- bis Steinstraße, Merkelstraße, Nachodstraße 2, 2a, 2b, Neudorfstraße 14, Ostendstraße, Rotsürbenstraße, Sadowastraße 1 bis 1d, Schönstraße, Sedanstraße 1, 2, Steinstraße 71—159, 44—156, Streblenerstraße, Tauentzienstraße 77, Teichäckerpark, Yffelsteinstraße, Zobtenstraße.

30. Wahlbezirk,

umfassend: Bahnhofstraße, ungr. 1—13, grade 2—20, Briegerstraße, Brockauerstraße, einschließlich Nitschke-, Mandel-, Schenkelhaus, Brüderstraße 33—59, 12—46, Forckenbeckstraße, Grünstraße, ungr. 1-27, grade 2—32, Königgrätzerstraße, ausschließlich 1, 2, Löschstraße, ausschließlich 1, 2, 16, Lützowstraße, ausschließlich 1, 2, Marthastraße, Mollwitzerstraße, Ohlauer Stadtgraben 1—3, Palmstraße, Tauentzienstraße, ungr. 79 bis Ende, grade 70 bis Ende, Tauentzienstraße, neue, ausschließlich grade 48/58 und 68 bis Ende, Vorwerksstraße, ausschließlich grade 48—60.

31. Wahlbezirk,

umfassend: Alexanderstraße, Brüderstraße 1—31, 2—10, Feldstraße, Gabelsbergerstraße, Garbestraße, Klosterstraße, Königgrätzerstraße 1, 2, Lessingplatz, Lessingstraße, Löschstraße 1, 2, 16, Lützowstraße 1, 2, Margarethenstraße, Mauritiusplatz, Mauritiusstraße, Morgenaustraße, Ohlauer Chaussee, Ohlauer Stadtgraben, ausschließlich 1—3, Ohlauufer, Paradiesstraße, Stolzestraße, Tauentzienstraße, neue, grade 48—58 und 68 bis Ende, Vorwerksstraße, grade 48—60, Webskystraße, Weidendamm am, Wiesenstraße, Wolfswinkel.

33. Wahlbezirk,

umfassend: Adalbertstraße, ausschließlich 15, 33, Adalbertstraße, neue, ungr. 49—75, grade 50—76, Bauschulstraße, Bockstraße, ungr. 1—5, Brigittenthal, am, ausschließlich 1, Domplatz, Domstraße, Domstraße, kl. Fiedlerstraße, Friedensburgstraße, Friesenstraße 19 bis Ende, 16 bis Ende, Gneisenauplatz, Gneisenaustraße, Göppertstraße, Hedwigstraße ungr. 7 bis Ende, gr. 14 bis Ende, Herzogstraße, ungr. 1—17, grade 2—16, Hirschstraße, ungr. 43—83, grade 42a—86, Josephstraße, Kapitelweg, Kletkestraße, Kreuzkirche, an der, Kreuzstraße, Lehmdamm 1c und 1d, Martinistraße, Michaelisstraße, ungr. 61 bis Ende, grade 82 bis Ende, Monhauptstraße, ausschließlich 27, 28, Paulstraße 1, 2, Piastenstraße, ungr. 21 bis Ende, grade 22 bis Ende, Rothen Graben, am, Scheitnigerstraße, ungr. 1—9, grade 2—10, Scheitnigerstraße, kleine, 1—5 und 63 bis Ende, Sternstraße, Uferstraße 1—7.

34. Wahlbezirk,

umfassend: Adlerstraße 9, Bismarckstraße, Elbingstraße, Enderstraße, ausschließlich 2, Heinrichstraße, ungr. 15 bis Ende, grade 14 bis Ende, Herzogstraße 18a, 36, Humboldtstraße, Jägerstraße, Matthiasplatz, Matthiasstraße, ungr. 1—49, grade 18—70, Matthiasstraße, neue, Mehlgasse 1, 65, Moltkestraße, Niedergasse, einschließlich verlängerte, ausschließlich ungr. 1 bis 17, Ottostraße, ausschließlich 1, 2, Paulinenstraße, ungr. 5 bis Ende, grade 10 bis Ende, Rosenstraße 1—23, Roßplatz 2, Trebnitzerplatz 2, 3, Trebnitzerstraße, Vincenzstraße, ungr. 9 bis Ende, grade ganz, Waterloostraße 27, 30, Weißenburgerplatz 6, 7, Weißenburgerstraße, Wörtherstraße, Zerstreut liegende Grundstücke zwischen Trebnitzer Chaussee und Hundsfelder Chaussee Schiffahrtskanalstrecke von Hundsfelder bis Rosenthaler Brücke.

35. Wahlbezirk,

umfassend: Adolfstraße, Bergmannstraße, Burghardtstraße, Drabizinsstraße, Dreilindengasse, gr. Dreilindengasse, kl., Einbaumstraße, Heinrichstraße, ungr. 1—13, grade 2—12, Hermannstraße, Kletschkaustraße, einschließlich Hafen und Pumpstation, Kohlenstraße, Liebigstraße, Linnestraße, Magazinstraße, Matthiasstraße, grade 2—16, Mehlgasse, ausschl. 1, 65, Mochnerstraße, Oswitzerstraße, einschließlich Polinkeäcker, Ottostraße 1, 2, Paulinenstraße, ungr. 1—3, grade 2—8, Rosenthalerstraße, Roßgasse, Roßplatz, ausschließlich 2, Salzstraße, Scheibenweg, Schießwerderplatz, Schießwerderstraße, Schrotgasse, Schützenstraße, Trebnitzer Chaussee, Trebnitzerplatz, ausschließlich 2, 3, Vincenzstraße, ungr. 1—7, Wälchen, am, Wehr, am großen, Wilhelmsbrücke, an der, ungrade 1—5, grade 2—8, Wilhelmsufer, Schiffahrtskanalstrecke von Rosenthaler Brücke bis Ende.

---

* **„Mein Kampf gegen die Königl. preußische Staatsanwaltschaft in Breslau"** betitelt sich eine Broschüre, die soeben der frühere Offizier Ernst Hielmann in Breslau erscheinen und den Zeitungen zusenden läßt. Dem Verfasser scheint tatsächlich von dem Staatsanwalt Randolf böse mitgespielt worden zu sein, wenigstens lassen die mit abgedruckten Eingaben Hielmanns an die Oberstaatsanwaltschaft lebhaft darauf schließen. Tatsächlich hat auch H. den Staatsanwalt Randolf wegen Beleidigung und Amtsverbrechen angezeigt, eine Sache, die zurzeit noch schwebt. Ferner hat H. eine Anklage gegen sich provoziert, um die Taten des Staatsanwalts R. in öffentlicher Gerichtsverhandlung als ungesetzlich nachweisen zu können. Wiederholt stand in dieser Sache Termin vor der Strafkammer an und wird sie jetzt voraussichtlich in kurzer Zeit verhandelt werden, so bald feststeht, ob die oberen Instanzen gegen den Staatsanwalt Randolf einschreiten oder nicht. Wir werden dann über das Resultat berichten. — Die in kräftigen Tönen gehaltene Broschüre ist im Auslande gedruckt worden.

* **Die nächste Sitzung der Stadtverordneten** nach den Sommerferien wird voraussichtlich am Donnerstag, den 10. September abgehalten werden.

† **Die städtische Getreidemarkthalle auf dem Christophoriplatz** sollte bekanntlich dem Durchbruch der Junkernstraße zum Opfer fallen, und man hatte schon verschiedene Pläne erwogen, wo künftig der Getreidemarkt untergebracht werden sollte. Nachdem nun alle Baulichkeiten, die sonst zum Zwecke der Durchlegung der Junkernstraße fallen mußten, zum Abbruch gelangt sind, zeigt es sich, daß man sich ohne Preisgabe der städtischen Getreidemarkthalle behelfen kann. Ist doch nach der Hinwegräumung der Häuser, welche an der nordwestlichen Ecke der Markthalle das Ende der dortigen Sackgasse umschlossen, zwischen der Markthalle und den ihr nördlich gegenüberliegenden Grundstücken, Christophoriplatz Nr. 7—9, ein so weiter Zwischenraum, daß eine hier durchgelegte Straße bedeutend breiter wird, als die alte Junkernstraße sonst an verschiedenen Stellen, so z. B. zwischen den Grundstücken Nr. 20 auf der südlichen und Nr. 22—24 auf der nördlichen Seite ist. Sogar die Ohlauer Straße und verschiedene andere hiesige Straßen mit lebhaftem Verkehr weisen teilweise eine geringe Breite auf, als die an der städtischen Getreidemarkthalle durchgelegte neue Straße haben wird. Man ist daher zu dem Entschlusse gelangt, die städtische Markthalle in ihrem jetzigen Zustande dort weiter bestehen zu lassen. Nur die Treppenstufen zu beiden Eingängen auf der nördlichen Seite der Halle sollen ganz nach innen verlegt werden, sodaß sie die neue Straße nicht mehr beengen. Gegenwärtig ruht nämlich die unterste Steinstufe auf dem Bürgersteig, durch ihre Entfernung wird also ein nicht unwesentliches Verkehrshindernis beseitigt werden.

* **Eine Versammlung der in der Breslauer Goldindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen**, welche am Sonntag Vormittag im Gewerkschaftshause stattfand, wählte nach einem Referat des Zahlstellenbeamten Schneidewind-Breslau eine mehrgliedrige Branchen-Kommission innerhalb der hiesigen Mitgliedschaft des deutschen Metallarbeiterverbandes. Vortragender schilderte in seinen Ausführungen recht eingehend die noch überaus verbesserungsbedürftige wirtschaftliche Lage dieser Arbeiterkategorie in diesem Industriezweige und hob dabei u. a. hervor, daß bei Goldarbeitergehilfen noch Wochenlöhne von 12 Mk. existierten, Ueberstunden werden nicht bezahlt; ebenso sei noch nahezu durchgängig Sonntagsarbeit anzutreffen.

* **Achtung, Modelltischler!** Anschließend an den 29. August stattfindenden Zahlabend im Gewerkschaftshause Zimmer Nr. 7 findet eine wichtige Delegiertensitzung der Modelltischler statt. Es gilt ein klares Bild zu bekommen über die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

* **Philo vom Walde** (Johann Reinelt), unser heimatlicher Dialektdichter, Lyriker und bekannter Feuilletonist, welcher bekanntlich vor wenigen Jahren in der Vollkraft seines Schaffens durch den allzufrühen Tod von uns abgerufen wurde, hätte am 5. August d. Js. (geboren 1858 zu Kreuzendorf) seinen fünfzigsten Geburtstag begehen können, infolge dessen war dieser Tag für Viele, die sich u. a. nur näher mit seiner Poesie und des schlesischen Dialekts überhaupt befasser, ein solcher stiller und ernster Erinnerung geweiht. Sonntag sollen auch die Besucher des Rezitationsabends, welcher bekanntlich vom Bildungsausschuß veranstaltet wird, Gelegenheit haben, sich mit der schlesischen Muse näher „bekannt zu machen", und mit dem Dialekt, in dem einst der verstorbene darbende Schulmeister aus dem schlesischen Rom zu seinem Volke sprach, bis daß ihn später die hiesige Schuldeputation nach hier berief.

* **Aus dem Kunstgewerbemuseum.** Der Lichthof enthält gegenwärtig für die Dauer von vier Wochen eine Wander-Ausstellung von Nadelarbeiten, die vom Kgl. Kunstgewerbemuseum in Berlin als Anregung für den Handarbeitsunterricht in Mädchenschulen zusammengebracht worden ist. Sie bietet eine Auswahl heutiger Nadelarbeiten, die von Künstlerinnen und Künstlern oder unter ihrer Leitung und Mitwirkung in verschiedenen Städten Deutschlands ausgeführt sind.

* **Blumenausstellung.** Am 5. September, Vormittags, soll in der Lessingturnhalle von den Volksschülern der ersten und zweiten Klasse eine allgemeine Ausstellung aller der Blumen stattfinden, die die Kinder im Frühjahre zur Pflege den Sommer über erhalten haben.

* **Eine originelle Berichtigung** erläßt in einem hiesigen Blatte einer namens Paul Kramer. Er teilt der aufhorchenden Oeffentlichkeit mit, daß er mit dem im Oswitzer Walde sich erhängten Wilhelm Kramer nicht identisch ist. Das erinnert an eine niedliche Humoreske von Mark Twain, worin er erzählt, daß er noch einen Zwillingsbruder gehabt habe, mit dem er in der Jugend zusammen in eine Badewanne gesteckt worden sei. Plötzlich sei einer von ihnen ertrunken, nur habe man nicht herauskriegen können, wer von ihnen, ob er oder sein Bruder, ertrunken sei. Aber es scheine doch der Bruder gewesen zu sein . . . Paul Kramer hat jedenfalls geglaubt, die blöde Oeffentlichkeit könne einen Wilhelm nicht von einem Paul, einen Dudelsack nicht von einem Luftballon unterscheiden.

* **Der Zirkus Blumenfeld**, der im Jahre 1904 hier Vorstellungen gegeben hat, wird am 14. September in Breslau wieder seine Zelte aufschlagen. Die Vorstellungen finden auf dem Platze an der Sadowastraße südlich vom Hauptbahnhofe statt.

* **Im Riesengebirge abgestürzt** ist Sonnabend in der Kleinen Schneegrube ein Kaufmann aus Breslau, der laut „V. Z." mit mehreren Bekannten, von Agnetendorf kommend, den Kamm zu erreichen suchte. Der Kaufmann, der als letzter die bekannte Rinne passierte, glitt, vermutlich infolge eines Fehltrittes, von einer Felsplatte ab, und fiel etwa neun Meter tief bis zur Sohle der Grube hinab. Dem Verunglückten, der anscheinend Knochenbrüche und innere Verletzungen erlitt, wurde von der Schneegrubenbaude aus die erste Hilfe geleistet. Später wurde er nach Hirschberg überführt.

† **Wieder zwei arme Teufel weniger.** Erhängt fand man am 24. d. M. einen Rentenempfänger auf der Hubenstraße in seiner Wohnung vor; der schwerkranke Mann litt schon seit längerer Zeit an Schwermut. — Ferner hat sich erhängt ein Kutscher von der Adalbertstraße auf einem Grundstück in der Breitenstraße. Der 57jährige Mann hatte seine Stellung verloren und ist deshalb in den Tod gegangen. Das Leben war es, das beide getötet hat.

† **Feuer.** In der Strauß'schen Badeanstalt an der Wiesenstraße waren am 25 d. M., gegen 1 Uhr, Bretter in Brand geraten, die die herbeigerufene Feuerwehr in einer Viertelstunde ablöschte.

† **Gefunden wurden:** mehrere Portemonnaies mit Inhalt, ein Fünfmarkstück, eine silberne Herrenuhr mit gelben Zifferblatt und Kette, ein goldener Trauring mit Etui, eine Herrenpelerine, ein Fahrrad „Komet", ein Maulkorb, ein Schlüsselbund und ein Pfandschein ... laufen sind bei dem Apotheker Dilbrich, Bahlschstraße 13, ein schwarzer Pudel ohne Maulkorb und Marke; bei Frau Helene Hanisch, Neue Antonienstraße 19, ein schottischer Schäferhund, und bei Frau Schreiber, Ohlauerufer 7, ein schwarzer Pudel.

Neueste Nachrichten.

Die Polizei gegen das Vereinsgesetz.

Magdeburg, 24. August. Endlich, am Sonntag, ist aus dem Reiche Moltkes eine Antwort auf die telegraphische Beschwerde eingegangen, die am Dienstag — 18. August! — wegen des unberechtigten Eindringens der Polizei in die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins abgesandt worden war. Wer nun aber annimmt, daß der Minister sofort eine klare Anweisung habe ergehen lassen, der befindet sich gewaltig im Irrtum. Das vom 21. August datierte Antwortschreiben besagt nämlich weiter nichts, als daß das Telegramm „heute an den Herrn Regierungspräsidenten in Magdeburg zur ressortmäßigen Entscheidung gesandt worden" sei!

Recht pünktlich hat dagegen der Polizeipräsident auf Antrag die schriftliche Begründung für die Auflösung erteilt. Diese Begründung hat folgenden Wortlaut:

> Die Auflösung der Versammlung am 20. d. M. erfolgte auf Grund des § 14 3 des Reichsgesetzes vom 19. April 1908 (RGBl. S. 151), weil die Zulassung der Beauftragten der Polizeibehörde durch Ihre ausdrückliche Erklärung verweigert wurde. Graf Lamsdorff.

Also kein Wort von dem Verhandeln in fremder Sprache! Nun werden, so schreibt die „Volksstimme" dazu, alle die Genossen, die in der Versammlung anwesend waren, diese schriftliche Begründung für ein Unikum halten. Denn sie werden sich erinnern, daß der Kommissar Dittmann, auf die Anfrage des Vorsitzenden, ob er wegen der Nichtzulassung oder wegen des Nichtvorhandenseins einer Anmeldebescheinigung die Versammlung auflösen wolle, ausdrücklich erklärte: Ich werde die Versammlung aus diesen Gründen nicht auflösen. Erst als ein Redner einige Sätze polnisch sprach, erfolgte die Auflösung, und da der Beamte nach dem neuen Gesetz verpflichtet ist, für die Auflösungsmaßregel Gründe anzugeben, so erklärte er, daß die Auflösung wegen „Verweigerung des Zutritts und wegen Verhandelns in einer fremden Sprache" erfolge.

Inzwischen ist also der letztere Grund vom Polizeipräsidenten annulliert worden. Warum wohl? Hält er das Reden in fremder Sprache in der Versammlung für erlaubt? Dann müßte er doch zugeben, daß es sich nicht um eine öffentliche politische Versammlung gehandelt habe. Und damit wäre doch das Entsenden der Polizeibeamten auch subjektiv eine Gesetzesverletzung. Leider hat Graf Lambsdorff vergessen, die Gründe für den Wegfall des wichtigsten Grundes mitzuteilen.

Aber wir können uns denken, weshalb man plötzlich über diesen Punkt zur Tagesordnung übergehen will: Der Kommissarius hatte nämlich in seiner begreiflichen Erregung vergessen, erst vom Versammlungsleiter zu fordern, daß dem polnischen Redner das Wort entzogen würde. Da er ohne dieses vorherige Verlangen die Versammlung auflöste, so war dieses Vorgehen doppelt ungesetzlich. Und das kann doch der Polizeipräsident nicht gut zugeben. In dem Klageverfahren aber wird auf den wahren Grund der Auflösung hingewiesen werden, den die Polizei heute scheinbar nicht mehr kennen will.

* * *

Ueber das gesetzwidrige Vorgehen der Polizei, von dem die bürgerliche Presse Magdeburgs ihren Lesern so gut wie gar nichts mitzuteilen weiß, wurde die Bürgerschaft am Sonntage durch ein Flugblatt unterrichtet, das in einer Auflage von 62,000 Exemplaren verbreitet wurde. Wie sehr das Vorgehen der Polizei unsere Genossen anspornte, zeigte die Tatsache, daß sich zur Verbreitung so viele Genossen einfanden, wie es selten der Fall gewesen. In kaum einer Stunde war die ganze Arbeit bewältigt.

Eine große Reihe von Neuanmeldungen zum Sozialdemokratischen Verein liegt bereits vor. Es ist zu erwarten, daß der polizeiliche Uebereifer noch weit bessere Resultate nach dieser Richtung zeitigen wird.

Schücking und kein Ende.

Frankfurt a. M., 25. August. In Sachen Schücking ist, der „Vossischen Zeitung" zufolge, die wegen Zeugnisverweigerung gegen den verantwortlichen Redakteur der „Frankfurter Zeitung" verhängte Geldstrafe von 50 Mark durch Beschluß der Ferienstrafkammer aufgehoben und damit das gesamte Zeugniszwangsverfahren beseitigt worden. Die konservative „Deutsche Tageszeitung", die das Verfahren gegen Schücking als einen schweren politischen Fehler bezeichnet, tadelt insbesondere, daß zum Untersuchungskommissar ein Herr bestimmt worden sei, der mit dem Bürgermeister Schücking verfeindet war. Die Untersuchung scheine sich auf Dinge erstreckt zu haben, die mit der Schriftstellerei des Bürgermeisters wenig zu tun hatten.

Das „Berliner Tageblatt" meldet: Wie aus Husum verlautet, hat Regierungsrat Dünkelberg dort Akten mit mehreren Privatbriefen Schückings persönlich beim Bureauvorsteher beschlagnahmt.

Die Wendung der Dinge in Marokko.

Paris, 25. August. (H. T.-B.) Der „Eclaire" meldet aus Tanger: In der Stadt herrscht noch immer große Erregung. Viele Kheids der Umgebung sind eingetroffen, begleitet von einer zahlreichen bewaffneten Mannschaft. Sie beabsichtigten, auf dem großen Marktplatze Versammlungen und Umzüge abzuhalten. Ferner war geplant, sich außerhalb der Stadt zu begeben und dort Versammlungen abzuhalten. El Denebbi, der sich den Mächten gegenüber für Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlich gemacht hat, untersagte die beabsichtigten Kundgebungen und traf Vorkehrungen, daß die Ruhe nicht gestört wird. (Näheres im politischen Teil der heutigen Nummer.)

Metz, 25. August. (H. T.-B.) Auf Fort Gentringen wurden Nachts drei Revolverschüsse aus dem Hinterhalt auf einen Posten abgefeuert, der daraufhin ebenfalls drei Schüsse auf den unbekannten Angreifer abgab.

Marienbad, 25. August. (H. T.-B.) Bei der Rückkehr von einer Spazierfahrt scheuten gestern die Pferde der Equipage, in welcher sich König Eduard befand. Dem Kutscher gelang es jedoch mit dem Aufgebot aller Kräfte, die Pferde schließlich zu beruhigen, so daß kein weiteres Unglück geschehen ist.

Brüssel, 25. August. (H. T.-B.) Die Zahl der belgischen Parlamentarier, welche an dem internationalen Friedenskongreß in Berlin teilnehmen wollen, beläuft sich auf 90.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags

D., Striegau. Die Rentenansprüche sind bei der Sektion I der Schlesisch-Posenschen Baugewerks-Berufsgenossenschaft in Breslau, Charlottenstraße 24, anzumelden; ein Arztattest brauchen Sie nicht einsenden, aber der behandelnde Arzt ist anzugeben. Verjährung ist noch nicht eingetreten.

K. Z. 3. Sie dürfen Sonntags mit anderen Personen zusammen in einer Werkstatt nicht arbeiten. In dem angegebenen Falle würden Sie sich strafbar machen.

K. L. 148. Der Landwirt hat kein Recht, die Rückkehr Ihres Sohnes in den Dienst zu fordern.

M. W., Oppeln. Das Vereinsvergnügen ist der Polizeibehörde anzuzeigen. Die Tanzsteuer wird etwa 4—5 Mk. betragen.

Literatur.

Soeben erschien im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts", Berlin SW. 68. Heft 17 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek: **„Bau und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers"** von Dr. Christeller. Mit zahlreichen Illustrationen.

Breslauer Marktbericht.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission.

Breslau, 24. August 1908. Pro 100 Kilogramm

	gute höchste	gute niedr.	mittlere höchste	mittlere niedr.	geringe höchste	geringe niedr.
Weizen, weißer, alt	22,10	21,50	21,40	20,50	20,40	19,—
Weizen, weißer, neu	20,40	19,70	19,60	18,70	18,60	17,20
Weizen, gelber, alt	22,—	21,40	21,50	20,40	20,80	18,60
Weizen, gelber, neu	20,30	19,60	19,50	18,60	18,50	17,10
Roggen	16,90	16,30	16,20	15,80	15,70	14,80
Gerste	15,—	14,80	14,70	14,40	14,30	14,—
Hafer, alt	15,60	15,10	15,—	14,50	14,40	13,60
Hafer, neu	15,20	14,70	14,60	14,10	14,—	13,20
Futter-Erbsen	24,—	23,—	22,—	21,—	20,—	19,—
Erbsen	20,50	20,—	18,80	17,80	17,—	16,50
Winterraps	26,20	—,—	24,20	—,—	20,—	—,—

Heu, pro 50 Kilogr. 3,— bis 3,30 Mk.
Stroh pro Schock 37,— bis 39,— Mk.

Breslauer Wochenmarkt. Mehl, matt pro 100 Kilogr. inkl. Sack Brutto Weizenmehl 00, matt 27,50 bis 28,— Mk. Roggenmehl 00, matt, 23,50 bis 24,— Mk. Roggen-Hausbacken, matt, 23,— bis 23,50 Mk. Roggen-Futtermehl, ruhig, 11,50 bis 12,— Mk. Weizenkleie, ruhig, 11,— bis 11,50 Mk.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 25. August:

Verband der Maurer. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr im großen Saale.

Böttcher. Abends 7½ Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zimmer Nr. 1.

Zentralverband der Schuhmacher. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zimmer Nr. 9.

Mittwoch, den 26. August:

Breslauer Buchdrucker-Gehilfen-Verein. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr im großen Saale.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Donnerstag, den 27. August:

Tapezierer. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr.

Sonnabend, den 29. August:

Buchbinder. Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Neumarkt.

Land-Distrikt 8 (Herdain und Dürrgoy).

Donnerstag, den 27. August, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft bei Klugner, Kretiusstraße 39. Abrechnung vom Sommernachts-Kränzchen. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Der Distriktsführer.

Gottesberg. Das Arbeitersekretariat befindet sich Fürstensteinerstraße 19, eine Treppe. Sprechstunden: Jeden Donnerstag von 10 Uhr Vorm. bis 4 Uhr Nachm.

Liegnitz. Gewerkschafts-Kartell. Donnerstag, den 27. August, Abends 8½ Uhr: Sitzung. Tagesordnung: Beschlußfassung über Vergebung der Arbeiten zum Saalbau. Vorstandsmitglieder sind eingeladen.

Hahnau. Oeffentliche Volksversammlung Montag, den 31. August, Abends 8 Uhr, im Gasthof zur Hoffnung. Tagesordnung: Ferdinand Lassalle und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse. Referent: Parteisekretär Neukirch-Bunzlau.

Neustadt. Das Rechtsschutzbureau befindet sich Bramsenerstraße 9, 1 Treppe. Sprechstunden täglich von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Mittags und 4 Uhr Nachmittags bis 8 Uhr Abends, mit Ausnahme Mittwochs und Freitags Nachmittags. Sonntags von 11 Uhr Vormittags bis 2 Uhr Nachmittags.

Königshütte. Die Sprechstunden des Arbeiter-Sekretariats finden jeden Mittwoch von 8 bis 12 Uhr und von 5 bis 7½ Uhr im Gewerkschaftslokal, Ringstraße 3, statt.

Aus der Geschäftswelt.

Eine große Ehre legt die Hausfrau mit den Schätzen ihres Leinenschrankes ein — wenn sich dieselben schneeweiß und unverdorben dem Auge präsentieren; hierzu verhilft **Dr. Thompsons Seifenpulver, Marke Schwan.** — Ueberall zu haben.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Am 23. d. Mts. verstarb plötzlich die Frau unseres Freundes und Verbandskollegen, Tischler Seidel

Marie Seidel

im Alter von 35 Jahren. 4079

Ehre ihrem Andenken!

Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, nach Gräbschen. Trauerhaus: Herderstrasse 19.

Am Sonntag morgen verschied nach kurzem Leiden die Frau unseres Genossen H. Deckert 4075

Marie Deckert

im Alter von 35 Jahren. Ihr Andenken werden in Ehren halten

Die Genossen des Distrikts 2 (Sauerbrunnen).

Beerdigung: Mittwoch, nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause Herderstr. 19, nach Gräbschen.

Trauer-Kleider

Massanfertigung in 12 Stunden 3929

Hüte :: Blusen :: Röcke

Auswahl u. gewünschter Besuch meines Vertreters ohne Kaufzwang

M. Schneider.

Fellhammer.

Achtung! Genossen!

Merkur?? 4073

Grösste Schonung der Wäsche

beim Gebrauch von

Dr. Thompson's SEIFENPULVER

½ ℔ Paket **15** Pfg.

Schauspielhaus

Dir. Erich Ziegel.

Dienstag, 8 Uhr:

2. Doppel-Gastspiel!

Frank Wedekind und Tilly Wedekind.

„Der Marquis von Keith".

Schauspiel von Frank Wedekind.

Mittwoch, 8 Uhr:

Letztes Gastspiel!

Wedekind.

„Der Marquis von Keith".

Breslauer Sommer-Theater.

(Liebich's Etablissement.)

Dienstag, abends 8 Uhr:

Einakter-Abend.

Abschied vom Regiment.

Der Brandstifter.

Lore.

Im Garten: **Reidock.**

Victoria-Theater

Kurzes Gastspiel von Speyer's Budapester gemischten Theater.

2 Allabendlich Schlager. 2

Anfang 8 Uhr.

Bons Wochentags gültig.

„SCALA"

Nikolaistrasse No. 27

Täglich abends 8½ Uhr:

Das Pfarrhausdrama

„Verbotene Frucht"

oder

Die Sünde des Priesters.

Zeltgarten.

Dir. H. Krainsik.

Mstr. Belik

Gabbins Nachfolger

mit dem

Todessprung

aus der 6. Etage.

Größte Attraktion der Gegenwart und 10 Attraktionen.

Palmengarten

Dir. H. Krainsik.

Musikgesellschaft Reinert.

13 Personen.

Entree frei.

8 Pf. Reformbier 8 Pf.

Für 1463

Zigarrenmacher!!

Alle Rohtabake zur Zigarrenfabrikation empfehlen in größter Auswahl und zu billigsten Preisen

Carl Rother & Rode

Breslau I, Hummerei 26.

Knaben-Anzüge

Stoffreste aller Art empfiehlt bei billigsten Preisen

Martha Scholz

Friedrich-Wilhelmstr. 66.

Seiner Scheine zur Selbstanfertigung.

Kaufe Schreibmaschinen. 3984

Zurückgekehrt

Zahnarzt 4002

Georg Lewy

Tauentzienplatz 4.

Zurückgekehrt 4068

Dr. J. Schlesinger

prakt. Arzt und Augenarzt.

Zurückgekehrt 4069

Dr. Nathan Cohn.

Piertarmstraße Nr. 7

sind billige Wohnungen und Läden bald zu vermieten. 4010

Jede kluge Mutter 4070

gebraucht stets nur Spritzen, die aus dem Allein-Verkauf Werner Schlegel, Breslau I, Nikolaistr. 21 geführten D. R.-G.-M., 4, 6, 8, 10, 12 Mk.

Verletzung ausgeschlossen.

Für Damen separat 1. Etg., Hauseingang.

Auswärts diskret Nachnahme.

Zahlreiche Anerkennungen.

Bettfedern und fertige Betten.

Reell! Billig! 3478

Spez.: Brautausstattung.

Preisliste gratis und franko.

Julius Immergrück

Bresl., Reuschest. 16/17.

Salzheringe 5 und 4 Stück für 10 Pfg.

Die Mandel zu 30, 40, 50 u. s. w.

Tiroke, Gräbschenerstr. 6. 4072

Saison-Ausverkauf!

Wegen vorgerückter Saison verkaufen wir ca. 800 Stück unserer beliebten erstklassigen 4071

Presto- u. Wratislavia-Fahrräder

weit unter regulärem Preis. Billiger wie jede Konkurrenz, liefern wir

Spezial-Fahrräder.

Gute Laufdecken Stück 2.40,
gute Luftschläuche Stück 2.00,
Acetylen-Laternen 1.55 u. s. w.

Gebr. Fahrräder v. 18 M. an.

Alle Reparaturen billigst.

Wratislavia-Fahrrad-Industrie

Thorwarth & Hielscher

Breslau 11, Nikolaistr. 69.

Friedrich Engels

Sein Leben
sein Wirken
seine Schriften

von **Karl Kautsky**

Mit Engels Porträt.

Preis **40** Pfg.

Buchhandlung „Volkswacht".

Reform-Zigaretten, 10 Stück 10 Pfg.

Vielliebchen, 10 Stück 20 Pfg.

Beliebt, gut, preiswert

und überall erhältlich, sind die Zigaretten der

Compagnie Laferme

in Dresden: [2309

Vielliebchen Nr. 82 10 Stück **20 Pfg.**

Reform Nr. 1 10 Stück **10 Pfg.**

Vielliebchen, 10 Stück 20 Pfg.

Reform-Zigaretten, 10 Stück 10 Pfg.

Arbeiter-Gesundheitsbibliothek.

Die Gesundheit ist des Arbeiters einziges Gut. Erhaltung der Gesundheit ist gleichbedeutend mit **Erhaltung der Arbeitskraft.** Darum ist der Arbeiter an der **Hygiene,** derjenigen Wissenschaft, welche von der Erhaltung der Gesundheit und Krankheitsverhütung handelt, in noch höherem Grade interessiert als der Besitzende.

In gemeinverständlicher Darstellung, unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterverhältnisse sollen in loser Aufeinanderfolge die für den Arbeiter wichtigsten Abschnitte aus dem weiten Gebiet der Gesundheitspflege von erfahrenen Aerzten bearbeitet werden, so zwar, daß **jedes Heft für sich ein abgerundetes Ganzes** bildet.

Bisher erschienen:

Heft 1. **Die erste Hülfe bei Unglücksfällen.**
„ 2. **Das erste Lebensjahr,** von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
„ 3. **Gesundheitspflege des Nervensystems.** Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
„ 4. **Der Achtstundentag,** von Dr. Zadek. Eine ärztliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
„ 5. **Alkoholfrage und Arbeiterklasse,** von Dr. Fröhlich. Eine empfehlenswerte Agitationsbroschüre.
„ 6. **Das Schulkind,** von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck dieses Büchleins.
„ 7. **Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten,** von Dr. Gebert. Belehrend über diese, für jeden Menschen wichtige Frage
„ 8. **Nahrung und Ernährung,** von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
„ 9. **Wie sollen wir uns kleiden?** von Dr. Paul Bernstein.
„ 10. **Der Arbeiterschutz** mit besonderer Berücksichtigung der Werkstatthygiene von Dr. M. Epstein-München.
„ 11. **Frauenleiden und deren Verhütung.**
„ 12. **Vom medizinischen Aberglauben,** von Dr. E. Thesing-Magdeburg.
„ 13. **Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters,** von Dr. S. Munter.

Neu erschienen:

„ 14. **Verhütung und Heilung des Stotterns,** von L. Jordan, mit einer Einleitung über Sprech- und Sprachstörungen.
„ 15. **Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie,** von Dr. Julian Markuse.
„ 16. **Zähne und Zahnpflege,** von Gertrud Rewald-Berlin.
„ 17. **Bau und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers,** von Dr. Christeller-Berlin.

Jedes Heft 20 Pfg.

Diese **Abhandlungen** sind **für jedermann verständlich** geschrieben und sollten in **keiner Familie fehlen.**

Zu haben in der **Expedition der Volkswacht** und durch unsere **Kolporteure.**

Beilage zu Nr. 199 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 26. August 1908.

10. Verbandstag der Schneider und Schneiderinnen Deutschlands.

Frankfurt a. M., 20. August.

Vierter Verhandlungstag.

Die Generaldiskussion über die zum Statut gestellten Anträge wird fortgesetzt. Es sind noch 45 Redner eingezeichnet. Die Debatte eröffnet

Schuhmacher-Stuttgart, der gegen die Uebernahme der Lokalbeamten auf die Hauptkasse spricht. Die Kollegen am Orte müßten vor allen Dingen das Recht behalten, ihre Beamten selbst zu wählen. Er warnt davor, dies Recht aus der Hand zu geben. Der Beirat soll bezirksweise gewählt werden.

Kunze-Berlin begründet einen Antrag von Berlin, der Verschmelzung der Filialen in Berlin zu einer Zahlstelle wünscht. In einer Stadt soll auch nur eine Filiale bestehen. — Die Berliner Kollegen wollten die Beiträge nicht nennenswert erhöht haben. Sie würden für eine Erhöhung um nur 5 Pfennig stimmen. (Bewegung.) Viele Mitglieder könnten höhere Beiträge nicht bezahlen.

Stahl-Stuttgart schlägt eine Erhöhung der Beiträge um 5 und 10 Pfennig vor (der Hauptvorstand 15 Pfennig. D. V.), es sollten zwei Klassen mit 40 und 45 Pfennig Wochenbeitrag für männliche und eine Klasse mit 20 Pfennig für weibliche Mitglieder eingeführt werden.

Josephs-Frankfurt a. M. plädiert für den Münchener Antrag bezüglich der Konfektionsbranche. In den nächsten Jahren hätte man voraussichtlich mit großen Kämpfen in der Konfektionsbranche zu rechnen und deshalb müßte diese Branche in der Agitation berücksichtigt werden. Die Frankfurter Kollegen ständen der Einberufung einer Konfektionsschneider-Konferenz sympathisch gegenüber. Das Prinzip der Selbsteinschätzung bei Staffelbeiträgen könnte sehr wohl durchgeführt werden. Es sei nicht richtig, daß die Mehrzahl der Kollegen sich in die niedrigste Klasse einschätzen würden. Wie stehe es denn bei den Schuhmachern, die dieses System haben? Diese hätten damit gute Erfahrungen gemacht. Drei Viertel ihrer Kollegen seien in der höchsten Beitragsklasse. Die Unterstützungssätze müßten bei Einführung von Staffelbeiträgen ebenfalls nach verschiedenen Stufen geregelt werden. Redner befürwortet noch einen Antrag Breslau, der wünscht, daß der Uebertritt von Mitgliedern gegnerischer Organisationen unter Anrechnung der geleisteten Beiträge erfolgen kann.

Göppner-Nürnberg meint, die Streikunterstützung müsse an kleineren Orten heruntergesetzt werden, denn dort sei diese oft höher als der Lohn. — Halfpap-Stettin ist gegen die Erhöhung der Beiträge. Die Lohnverhältnisse im Berufe seien zu schlecht, um höhere Beiträge bezahlen zu können. — Mirus-Berlin behandelt sehr ausführlich die Beitragsfrage und präzisiert die Stellung des Vorstandes, der die Festsetzung eines Einheitsbeitrages vorschlägt. Die Verhältnisse bei den Schuhmachern würden doch ganz anders liegen als bei den Schneidern. Man solle doch nicht immer sagen, die Schneider können keine höheren Beiträge bezahlen. Eine große Anzahl Arbeiter, die niedrigere Löhne wie die Schneider hätten, bezahlten doch auch höhere Gewerkschaftsbeiträge. — Altendorfer-Mannheim befürwortet einen Antrag, daß im Gau Südwestdeutschland noch ein weiterer Beamter angestellt wird, dem lediglich die Agitation unter den Konfektionsarbeitern zugewiesen werden soll. — Clemens-Karlsruhe wünscht, daß der Hauptvorstand statistische Erhebungen veranstaltet, inwieweit die Krankenversicherung der Heimarbeiter durch Ortsstatut in den einzelnen Städten eingeführt ist.

Die weitere, sehr ausgedehnte Debatte dreht sich in der Hauptsache nur um die Beitragsfrage. Fulfs-Köln weist besonders darauf hin, daß es nicht die schlechter gestellten Kollegen sind, die einen höheren Beitrag nicht bezahlen wollen, sondern die besser situierten Mitglieder. Einig sind sich die meisten Redner darin, daß die Unterstützungssätze auf keinen Fall erhöht werden dürfen. — Frau Luckow-Berlin bittet, Rücksicht auf die weiblichen Mitglieder zu nehmen und Staffelbeiträge einzuführen. Bei Arbeitslosigkeit solle den Mitgliedern die Bezahlung der Beiträge erlassen werden. Nachdem noch eine Anzahl Delegierte Anträge ihrer Filialen befürwortet haben, wird die Diskussion durch Schlußantrag geschlossen. Der Verbandstag spricht sich dann mit 52 gegen 37 Stimmen für die Beibehaltung des Einheitsbeitrages aus.

Ueber

die Einführung der Arbeitslosenunterstützung,

die den Verband schon ein Jahrzehnt beschäftigt, referiert Kämming-Berlin. Redner begründet nach einem historischen Rückblick die vom Vorstand eingebrachte Vorlage, zu der verschiedene Berechnungstabellen vorliegen. Eine genaue statistische Grundlage über die Arbeitslosigkeit im Berufe zu gewinnen, sei sehr schwer. An der vom Vorstand im Jahre 1900 aufgenommenen Statistik hätten sich nur 15 Prozent der Mitglieder beteiligt. Das jetzige Unterstützungswesen kranke daran, daß verheiratete arbeitslose Mitglieder, die nicht auf die Reise gehen können, leer ausgehen. Der Vorstand schlage vor, bei Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung die Beiträge auf 60 Pfg. für männliche und 20 Pfg. für weibliche Mitglieder zu erhöhen. Dann sei der Vorstand in der Lage, in absehbarer Zeit (vorgeschlagen wird für die Einführung der 1. Januar 1910) wöchentliche Unterstützungssätze von 6 bis 10 Mark für männliche und 3 bis 5 Mark für weibliche Mitglieder, je nach der Dauer der Mitgliedschaft, zu gewähren. An der gegenwärtigen Krise dürfe man die Vorlage nicht scheitern lassen. Die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes müßten so ausgebaut werden, daß sie denen einer modernen Gewerkschaft entsprechen.

Ein Antrag, in Anbetracht der Stellungnahme der Mehrzahl der Kollegen zur Beitragsfrage, von einer Diskussion abzusehen, wird abgelehnt.

Prasek-Wien berichtet dann zunächst über die Erfahrungen der österreichischen Kollegen über die Arbeitslosenunterstützung. Der österreichische Schneiderverband habe diese im Jahre 1901 eingeführt und zwar zunächst fakultativ. Es sei dem österreichischen Verbande wohl jetzt nicht mehr möglich, die Arbeitslosenunterstützung zu beseitigen, aber sie würde immer mehr eingeschränkt.

Kohn-Budapest kann von besseren Erfahrungen mit der Arbeitslosenunterstützung in Ungarn berichten, als wie der Vorredner.

Von den englischen Delegierten wird erklärt, daß ihr Verband sich ebenfalls mit der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung beschäftigt und seinen Vorstand beauftragt habe, eine Vorlage auszuarbeiten.

Fulfs-Köln spricht für die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung. Es gebe fast keine Gewerkschaft mehr, die diese Unterstützung nicht habe und könnte die Einführung für den Verband nur von Vorteil sein. Die Konkurrenz unter den Kollegen würde dadurch beseitigt. Freilich müßten bei der Einführung auch Arbeitsnachweise gegründet werden. — Kunze-Berlin ist der Ueberzeugung, daß der Verband die Arbeitslosen-Unterstützung heute noch nicht einführen kann. Die Kontrolle der Arbeitslosen in großen Städten sei unmöglich. — Tauscheck-München ist Gegner jeder Erweiterung der Unterstützungs-Einrichtungen. Man müsse zuerst die Kasse stärken, um Lohnkämpfe durchführen zu können. Mit 60 Pfg. Wochenbeitrag würde man bei der Arbeitslosenunterstützung nicht auskommen.

Dann wird ein Schlußantrag angenommen und nach dem Schlußwort des Referenten der Vorstandsantrag auf Einführung der Erwerbslosenunterstützung mit 54 gegen 37 Stimmen abgelehnt. Gegen 1 Stimme angenommen wird folgender Antrag: „Das gesamte Material und die Vorlage des Vorstandes, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung betreffend, wird den Mitgliedern zur Beratung und Urabstimmung unterbreitet. Den Mitgliedschaften wird zur Pflicht gemacht, in der Zeit vom 1. Januar bis 1. April 1909 zu dieser Frage Stellung zu nehmen, damit die Urabstimmung am 1. April 1909 ihren Abschluß finden kann. Das Resultat derselben ist dem Vorstande mitzuteilen.“

Ueber „Die Agitation in der Wäscheindustrie“ referiert Trinks-Berlin. Er bespricht ausführlich die Verhältnisse in der Wäscheindustrie, die hauptsächlich in Berlin, Bielefeld und im Erzgebirge domiziliert. In diesen Bezirken sind 76.800 weibliche und 3150 männliche Personen beschäftigt. Der Charakter der Wäscheindustrie ist Heimarbeit. Sind doch von den weiblichen Arbeitern 48.000 und von den männlichen 1150 in der Heimarbeit tätig. Von den beschäftigten Personen sind nur ungefähr 3800 organisiert und ist hier ein sehr großes Agitationsfeld noch vorhanden. Der Referent unterbreitet dem Verbandstag folgende Resolution:

„Der 10. ordentliche Verbandstag der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter macht es allen Filialverwaltungen, in deren Orten oder Bezirken Wäsche-, Schürzen-, Trikotagen-, Korsett- usw. Industrie, sowie Dampfwäschereien, chemische Reinigungs-, Wasch- und Plättanstalten vorhanden sind, zur Pflicht, die Agitation unter dieser Arbeiterschaft, soweit dieselbe laut Verbandsstatut für unsere Organisation in Frage kommt, nachdrücklich zu betreiben. Als Vorbedingung zur Betreibung einer planmäßigen Agitation unter den Arbeitern und Arbeiterinnen ist die Feststellung der Zahl, sowie der Adressen der in den Fabriken und der Heimindustrie beschäftigten Personen erforderlich. Des weiteren ist die branchenweise Feststellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erledigen. In der Wäschebranche z. B. für Zuschneider, Zuschneiderinnen, Steppterinnen, Vorrichterinnen, Stepper, Stepperinnen, Hand- und Maschinenknopflöcherinnen, Waschmeister, Wäscher, Wäscherinnen, Stärkerinnen, Hand- und Maschinenplätterinnen usw. Sämtliche in Betracht kommenden Filialverwaltungen sind verpflichtet, unverzüglich eine Anzahl Kollegen und — soweit die Möglichkeit vorhanden — Kolleginnen mit diesen Arbeiten zu betrauen und das so gewonnene Material dem Hauptvorstande zuzustellen.“

Partei-Angelegenheiten.

Wenn nicht so — dann so, aber auf alle Fälle verurteilt! Zu der Görlitzer Verurteilung ihres Redakteurs Fleißner zu drei Monaten Gefängnis teilt die Dresdener Volkszeitung mit: Zu der neuen Verhandlung am 22. August waren die Redakteure Dr. Gradnauer und Riem sowie der Metteur Nitzsche von der „Dresdener Volkszeitung“ als Zeugen geladen. Durch die eidlichen Aussagen dieser Zeugen wurde folgendes festgestellt: Redakteur Fleißner ist an der Zusammenstellung der für die „Görlitzer Volkszeitung“ zu bestimmenden Artikel und Notizen, die aus dem Dresdener Blatte entnommen werden, ganz unbeteiligt. Mit der Anordnung dieses Stoffes war in der betreffenden Zeit Redakteur Riem vom Verlag beauftragt. Er hatte in diesem Falle wie üblich durch Anstrich ausdrücklich angeordnet, daß der kritische Teil des Artikels nicht in das Görlitzer Blatt übernommen werden solle. Infolge eines Versehens des Metteurs ist dies aber trotzdem geschehen. Auf den Einwand des Gerichts, daß Fleißner sich vor Drucklegung habe vergewissern müssen, ob die Anordnung Riems auch befolgt worden sei, erwiderte der Angeklagte, daß dies aus technischen Gründen nicht möglich ist, weil das Umbrechen der Seiten für das Görlitzer Blatt wegen der rechtzeitigen Expedition in großer Schnelligkeit geschehen muß; die Redaktion habe alles getan, was zur gewissenhaften Erledigung nötig und möglich war. Die Prüfung des Stoffes sei besonders auch in Rücksicht auf die in Görlitz bestehende größere strafrechtliche Gefährdung erfolgt.

Der Staatsanwalt ließ nunmehr den § 20 des Preßgesetzes fallen und beantragte sechs Monate Gefängnis wegen Vergehens gegen § 21. Das Gericht verurteilte Fleißner zu **drei Monaten Gefängnis. Der § 21 müsse** angewendet werden, da eine Fahrlässigkeit des Angeklagten vorliege. Er habe sich unter allen Umständen vor der Drucklegung des Blattes von dessen Inhalt überzeugen, diesen überwachen müssen. Strafverschärfend kamen die Vorstrafen in Betracht, den Dolus eventualis wandte das Gericht nicht wieder an.

Wie leicht sichs doch vom grünen Tisch aus über interne Dinge der Presse urteilen läßt! Auch Genosse Fleißner ist, wie schon so mancher von uns, ein Opfer der Unbekanntheit preußischer Richter mit den technischen Einrichtungen einer Zeitungsdruckerei.

Die Berliner Genossen über die Budgetbewilligung. Die halbjährige Generalversammlung des Verbandes Sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins, die Sonntag stattfand, beschäftigte sich auch mit der Frage der Budgetbewilligung. Genosse Molkenbuhr hielt das Referat. Er schlug eine Resolution vor, die strikte Ablehnung des Budgets fordert, und am Schlusse besagt, eine Zustimmung wäre nur dann zu billigen, wenn wesentliche Forderungen unseres Programms erfüllt und Garantien gegeben sind, daß sie im demokratischen Sinne durchgeführt werden. Eduard Bernstein beantragte, diesen Schlußsatz wie folgt abzuändern: Eine Zustimmung wäre nur dort zu billigen, wo die Abstimmung die Bedeutung eines Vertrauensvotums nicht hat und das Gesamtbudget gegen das vorjährige wesentliche Fortschritte im Sinne unserer Forderungen enthält. Eine Resolution der Genossen Grunwald, Ströbel und Schulz verlangte die Beseitigung des letzten Absatzes der Lübecker Resolution. Die Diskussion konnte nicht zu Ende geführt werden, die Versammlung wurde auf später vertagt.

Auch in München nahm, wie uns telegraphisch gemeldet wird, eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins zur Budgetfrage Stellung. Gegen vier Stimmen wurde eine Re-

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Streik wegen eines historischen Denkmals. Der Verkauf des Kreuzganges im Katzenwicker in Würzburg, der das Grabmal Walters von der Vogelweide bergen soll, an das preußische Museum in Berlin hat in Würzburg sehr böses Blut gemacht. Es ist darüber schon mehrfach berichtet worden. Nun haben sämtliche Baumeister Würzburgs sich verpflichtet, jeden Auftrag zum Abbruch und Verladen des historischen Denkmals strikte abzulehnen und jeden auswärtigen Unternehmer, der diese Arbeit übernehmen sollte, als Streikbrecher anzusehen und zu behandeln.

Ein Denkmal für Freiligrath. Wie unser Dortmunder Korrespondent meldet, soll Ferdinand Freiligrath bei der hundertjährigen Wiederkehr seines Geburtstages, am 17. Juni 1910, in seiner Vaterstadt Soest ein Denkmal erhalten. Soest ist nach dem Zeugnis der Tochter Freiligraths die Stadt, die ihm „wie keine andre am Herzen lag.“

Der Urmensch kein Vegetarier. Mehrere Forscher wie Sovelaque, Büchner u. a. hatten die Ansicht vertreten, daß die ersten Menschen sich von Pflanzen ernährt haben, also Vegetarier gewesen sind, und daß der Fleischgenuß erst später hinzugetreten sei. Wie die „Umschau“ mitteilt, hat Ortvay diese Frage neuerdings nochmals zum Gegenstand von Untersuchungen gemacht. Er kommt mit Rücksicht auf die Zahnbildung, die Verdauungsorgane des Menschen und die ungünstigen Vegetationsverhältnisse jener Zeit zu einem abweichenden Ergebnisse. Er sieht die in Höhlen, Pfahlbauten und Torfschichten vorgefundenen Küchenabfälle, die Muschelhügel und weiter die Lebensweise der heutigen wilden Völker als Beweis dafür an, daß der Urmensch ein Allesfresser gewesen ist.

Eine originelle Stiftung. Der verstorbene außerordentliche Professor der Kinderheilkunde, Geheimer Medizinalrat Dr. Paul Krabler hat testamentarisch seine Forderungen auf noch ausstehende gestundete Kollegienhonorare im Betrage von 5311 Mk. der Universität Greifswald mit der Bestimmung zugewendet, daß die eingehenden Beträge nebst Zinsen bei der Universitätskasse so lange angesammelt werden, bis ein Kapital von 10.000 Mk. vorhanden sein wird, und daß die Zinsen dieses Kapitals von 10.000 Mk. alsdann dem jeweiligen Leiter der Universitätskinderklinik zur Bewilligung von Freibetten in dieser Klinik zur Verfügung gestellt werden. Der Stiftung wurde die landesherrliche Genehmigung erteilt. Ihr Urheber ist jedenfalls seinen Studenten gegenüber ein sehr langmütiger Lehrer gewesen. Das geht aus der verhältnismäßig großen Summe hervor, die sie ihm im Laufe der Zeit schuldig geblieben sind. Daß er nun mit seinem letzten Willen die starke „Gedächtnisschwäche“ seiner Hörer für die armen kleinen Patienten nutzbar macht, ist wohl ein beredter Beweis für das seltene Talent, Gutmütigkeit mit — Klugheit zu vereinen.

Aus aller Welt.

Zeppelin und sein Vorläufer. Es ist eine bekannte Tatsache, daß fast jeder große Erfinder seine Vorläufer hat. Auch Graf Zeppelin, der Erbauer des ersten starren Aluminiumluftschiffes, ist diesem Schicksal nicht entgangen. Kürzlich hatten die österreichischen Blätter mitgeteilt, daß David Schwarz bereits vor Zeppelin demselben Problem nachgegangen sei, so daß dem Grafen eigentlich wenig zu tun übrig blieb. Graf Zeppelin hatte bisher auf alle derartigen Mitteilungen geschwiegen. Erst jetzt nimmt er im „N. W. T.“ das Wort. Er schreibt:

„Sehr geehrte Redaktion!

In der Nummer 220 Ihres geschätzten Blattes brachten Sie unter der Ueberschrift „Die Eroberung der Luft“ einen Artikel mit folgendem Anfangssatz: „Man darf es wohl als ziemlich bekannt voraussetzen, daß die Arbeiten des Grafen Zeppelin eine Fortsetzung jener Arbeiten sind, die schon seit der Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts der Wiener Kaufmann David Schwarz unternommen hat.“ Ferner: „Graf Zeppelin hat seither mit den bekannten Resultaten an der Ausgestaltung der Schwarzschen Erfindung weiter gearbeitet.“ Hierzu gestatte ich mir, Ihnen nachstehendes mitzuteilen:

Nachdem ich schon im Jahre 1873 mein Luftschiff in seinen Grundzügen ausgedacht hatte, begann ich im Jahre 1892 mit dessen Konstruktion und Bearbeitung und legte im Jahre 1894 meine fertigen Arbeiten einer aus den ersten Fachmännern gebildeten Kommission vor. Daß ich erst im Jahre 1899 den Bau meines Luftschiffes in Angriff nehmen und 1900 den ersten Aufstieg unternehmen konnte, hatte seinen Grund lediglich in der Unmöglichkeit, früher die Mittel zum Bau flüssig zu machen. Aus der Tatsache also, daß ich bereits 1892, also zu einer Zeit, in der ich von dem Schwarzschen Luftschiff noch gar nichts wissen konnte, mit der Konstruktion meines Luftschiffes anfing und dieses 1894 durch eine Kommission begutachten ließ, dürfte zur Genüge hervorgehen, daß meine Arbeiten nicht die Fortsetzung der Schwarzschen Arbeiten sein können, sondern vor diesen vorhanden waren. Außerdem ist der Grundgedanke bei dem Bau der beiden Luftschiffe durchaus verschieden, indem das Schwarzsche Luftschiff einen ungeteilten starren Gasraum aufwies, während meine Luftschiffe siebzehn einzelne unstarre Gaszellen haben. Damit verliert auch der im zweiten Absatz Ihres Artikels gebrauchte Ausdruck: „der Schwarz-Zeppelinsche Ballon“ seine Berechtigung. Da die von Ihnen vertretene Ansicht über die Priorität des Schwarzschen Luftschiffes gegenüber dem meinigen besonders in der österreichischen Presse sehr häufig wiederkehrt, so ersuche ich Sie, meine vorstehend gegebene Erklärung gefälligst veröffentlichen zu wollen.

Hochachtungsvoll Graf Zeppelin.“

Die Cholera in Rußland. Nach einem amtlichen Bulletin sind in der Woche vom 14. bis 20. August 1145 Choleraerkrankungen mit 517 Todesfällen und seit dem 21. Juli, dem Ausbruch der Epidemie, 2024 Erkrankungen mit 900 Todesfällen vorgekommen.

Unwetter in Köln. Aus Köln wird gemeldet: Sonntag Abend ging über Köln und Umgebung ein wütender Sturm hin, der strichweise große Verwüstungen anrichtete. In Köln-Sülz stürzte ein Kinematographentheater ein. Glücklicherweise in dem Augenblick, als gerade eine Vorstellung beendet war und die zahlreichen Zuschauer den großen Zeltbau des Theaters verlassen hatten. Der Besitzer und sein Personal konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. Die Kölner sowie die Sülzer Feuerwehr ist mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt. In Feld und Flur hat der Sturm arg gehaust. Schwere Bäume wurden zerknickt. Unterhalb Stürth kenterte ein mit acht Personen besetztes Boot, aber alle Insassen wurden gerettet.

Unterschlagung einer halben Million. Bei der Mitteldeutschen Kreditbank in Frankfurt a. M. ist ein Betrag von 500.000 Mark unterschlagen worden. Einer der ältesten Beamten der Bank, der seit 24 Jahren in ihren Diensten stehende und seit 16 Jahren als Kuponkassierer beschäftigte, etwa 40 Jahre alte Ludwig Goltermann — nicht Altermann, wie wir gestern irrtümlich meldeten — hat das ihm bewiesene Vertrauen mißbraucht. Er hat in ganz raffinierter Weise die von ihm bearbeiteten Bücher gefälscht und seit einer Reihe von Jahren nach und nach rund 500.000 Mark veruntreut. Goltermann stammt aus einer angesehenen Familie, sein Vater war der erst kürzlich verstorbene Hofkapellmeister Goltermann, seine Frau war die Tochter des Hofrates Finkh aus Reutlingen in Württemberg. Der Kassierer befand sich keineswegs in irgendeiner Notlage. Die Fälschungen hat Goltermann auf folgende Weise verübt: Nach erfolgter Revision fälschte Goltermann die Bücher um die Beträge, um die er die Bank geschädigt hatte. Diese Gelder hat er auf der Londoner Börse verspekuliert. Wie weit die Fälschungen zurückreichen, läßt sich noch nicht absehen. Man kam den Schwindeleien auf die Spur, als Goltermann in den letzten Wochen zum Besuch bei seinem Schwiegervater in Reutlingen sich befand. Die Bank beauftragte einen Frankfurter Privatdetektiv, sich mit der Polizei in Reutlingen in Verbindung zu setzen und die Verhaftung des Mannes vorzunehmen. Der Privatdetektiv und der Kriminalkommissar begaben sich zu Hofrat Finkh und sagten Goltermann die Verunreinigung auf den Kopf zu. Goltermann bat den Kriminalkommissar ihm zu gestatten, sein fünfjähriges Töchterchen mit nach Frankfurt nehmen zu dürfen. Er bestieg den Zug nach Frankfurt mit dem Kriminalkommissar und dem Privatdetektiv, ersuchte aber in Heidelberg seine Begleiter auf einen Augenblick am Bahnhof austreten zu dürfen. Als er nicht zurückkehrte, wurde nachgeforscht und

solution angenommen, welche besagt, die Zustimmung sei die logische Konsequenz der erfolgreichen Arbeit der sozialdemokratischen Abgeordneten Bayerns.

Arbeiterbewegung.

Ein neuer Schurkenstreich Kossuths. Der ungarische Handelsminister Kossuth hat einen Schurkenstreich gegen den Verband der Eisenbahnarbeiter ausgeführt. Er hat Anordnungen erlassen, die zur Zerstörung dieser Organisation führen müssen. Dabei gehört ihr nicht einmal das eigentliche Betriebspersonal an; nur die Werkstätten-, Magazins- und Heizhausarbeiter sind seine Mitglieder. Kossuth erklärt in einem Ukas, daß eine Untersuchung folgendes ergeben habe: 1. Es seien statutenwidrig Mitglieder aufgenommen worden, die nicht Eisenbahnarbeiter, sondern Arbeiter der Staatsbahn-Maschinenfabrik sind. 2. Es seien Personen Funktionäre, ohne Eisenbahnarbeiter zu sein. (Es sind das gemaßregelte Eisenbahner.) 3. Es werde den Mitgliedern das Fachblatt „Der ungarische Eisenbahner" zugeschickt, der sich mit der Richtung identifiziert, die systematisch gegen die Unternehmer hetzt. 4. Es nehmen an den Sitzungen des Verbandes „fremde Elemente" teil, die die Beschlüsse beeinflussen. Kossuth, dem als Handelsminister durch die Dienstpragmatik auch das Vereinsrecht der Eisenbahner unterstellt wurde, hat nun dem Oberinspektorat der Eisenbahnen folgende Weisungen erteilt: Die Sektion der Arbeiter der Staatsbahn-Maschinenfabrik ist aufzulösen und der Verband hat die von den Mitgliedern vom Beginn ihrer Mitgliedschaft an gezahlten Beiträge innerhalb eines Monats bei der Fabriksdirektion zu erlegen. Die Bestellung von Nichteisenbahnern zu Funktionären ist untersagt. Die Vereinbarung mit dem Fachblatt ist aufzulösen und ein Fachblatt herauszugeben, dessen Richtung vom Ministerium streng zu überwachen ist. Binnen zwei Wochen ist ein Verzeichnis sämtlicher Mitglieder vorzulegen. Den Sitzungen dürfen nur Mitglieder beiwohnen. Erscheint ein Nichtmitglied, ist die Sitzung sofort aufzulösen und die Beschlüsse sind ungiltig. Sollten diese Verfügungen nicht pünktlich befolgt werden, wird der Verband aufgelöst. Der Gipfel der Schurkerei ist es, daß die Privatbahnen aufgefordert werden, die Angestellten, die „hetzen", wenn sie definitiv sind, in Disziplinar-Untersuchung zu ziehen, und wenn sie nicht definitiv sind, unverzüglich zu entlassen.

Die Differenzen im Hamburger Hafen. Dem „Berliner Tageblatt" wird aus Hamburg telegraphisch gemeldet: In einer Versammlung der Kontraktschauerleute wurde über die Verhandlungen mit dem Hafenbetriebsverein berichtet. Ueber den neuen Kontrakt entspann sich eine lebhafte Debatte. Der Passus, daß es in Zukunft weder Schauerleute noch Ewerführer, noch Kohlenarbeiter, sondern nur Hafenarbeiter geben würde, die jede ihnen im Hafenbetrieb aufgetragene Arbeit verrichten, denen dagegen ein fester Wochenlohn garantiert wird, wurde für unannehmbar erklärt, da sie dann bei einem Lohnkampf in anderen Branchen den Kollegen in den Rücken fallen müßten. Andererseits wurde auch die Aussichtslosigkeit des Widerstandes betont, da die Unternehmer beschlossen hätten, den Nichtunterzeichnern zum 1. September zu kündigen, weil genügend Ersatzleute vorhanden sind. Schließlich wurde jedem Schauermann freigestellt, ob er den neuen Kontrakt unterschreiben will oder nicht.

Massenkündigungen in der Glasindustrie. In den Glashüttenwerken zu Rinteln a. d. Weser sind in der letzten Zeit umfangreiche Kündigungen vorgenommen worden. Bis 21. August wurden 55 Flaschenmacher und über 30 Hilfsarbeiter entlassen. Weitere Kündigungen sind in Aussicht gestellt. Auch aus der Glasfabrik Büdingen, Oberhessen, wird über Massenkündigungen berichtet. Bis jetzt wurde 48 Glasmachern und 8 Gehilfen gekündigt. Außerdem sind 50 bis 60 Hilfsarbeiter und Tagelöhner in Mitleidenschaft gezogen. Diese umfangreichen Produktionseinschränkungen sind um so bedauerlicher, als es sich in beiden Fällen um Betriebe handelt, in denen die freie Ausübung des Koalitionsrechtes garantiert ist, und infolge dessen durchweg alle Arbeiter organisiert sind.

Weil sie sich christlich organisiert hatten, wurden auf den Thonwerken in Groß-Almerode, in der Provinz Hessen-Kassel, 25 Arbeiter entlassen. Den in Fabrikhäusern wohnenden, verheirateten Arbeitern wurde die Wohnung gekündigt, und ein Anschlag ausgehängt, daß die in den Fabrikhäusern wohnenden Arbeiter keinem Verbande — nicht einmal dem christlichen — angehören dürfen. — Die in Betracht kommenden Arbeiter, unter denen große Erbitterung herrscht, sind nicht bereit, dem Wunsche der Werkleitung gemäß, aus dem christlichen Verbande auszutreten.

Jahrbuch 1907 des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Herausgegeben vom Verbandsvorstand. Selbstverlag des Verbandes, Stuttgart, Adlerstraße 43, Großoktav 362 S. Gebunden 2,50 Mk., broschiert 2 Mk. pro Exemplar.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 25. August.

Geschichtskalender.

26. August.

1813 Theodor Körner fällt im Gefecht bei Gadebusch.
1820 Shakespeareforscher Oechelhäuser in Siegen *.
1860 Der Liederkomponist Friedrich Silcher in Tübingen †.

Eduard Bernstein über Deutschland und England.

Die Redaktion des „Labour Leader" in London hat den Genossen Eduard Bernstein ersucht, sich über die deutsch-englische Kriegshetze und die Mittel zu ihrer Bekämpfung zu äußern. Bernstein tritt in seiner Antwort lebhaft für Freihandel-, Friedens- und Abrüstungsbewegung, für Rüstungseinhalt und Schiedsgerichte ein. Verwerfung des Freihandels führt notwendig zum Imperialismus:

Freier Güteraustausch zwischen den Nationen ist heute mehr denn je zuvor die Forderung der Arbeiter, ebenso wie Friede und gutes Einvernehmen zwischen den Nationen in erster Linie im Interesse der Arbeiterklasse liegt. Je schärfer das ausgesprochen wird, desto besser wird es um die Sicherung des Friedens bestellt sein. Friedensbewegungen, wenn sie von den Arbeitern unterstützt werden, sind heute nicht mehr so utopische Unternehmungen wie in früheren Jahren. Die organisierte Arbeiterschaft zählt jetzt nach Millionen, während sie früher bloß nach Tausenden zählte. Sie ist eine Macht, mit der man rechnen muß und die Herrschenden von heute wissen das. Sie wissen, selbst wenn es möglich wäre, die Arbeiterbewegung für einen Augenblick durch Gewalt und Einschüchterung zum Schweigen zu bringen, ist es doch nicht möglich, sie zu erwürgen, sondern sehr bald würde sie wieder erwachen und sich hörbar und fühlbar machen. Darum schreckt man an höchster und verantwortungsvollster Stelle vor einem Kriege selbst dann zurück, wenn ein ursprüngliches Gefühl für ihn spricht ... Wir können daher nichts Besseres tun, als wieder und wieder für den Frieden zu demonstrieren und die Arbeiter davon überzeugen, daß sie in einem Kriege viel zu verlieren, aber nichts zu gewinnen hätten. Wir müssen unsere Stimme erheben gegen den tollen Wettlauf der Rüstungen, der die zivilisierte Menschheit zu ihrer Schande, zum Sklaven äußerer Umstände macht, deren Herr sie sein sollte. Wir müssen zeigen, daß es keine Lebensfrage zwischen den Nationen gibt, die, guten Willen vorausgesetzt, nicht friedlich erledigt werden könnte.

Der Artikel Bernsteins bildet den Anfang einer Reihe von Artikeln verschiedener Wortführer des Sozialismus zur gleichen Frage. In seiner nächsten Nummer will „Labour Leader" einige Stimmen aus dem Lager des französischen Proletariats zu Wort kommen lassen.

Die Verunglückten im Kampfe um Rente.

(Schiedsgericht für gewerbliche Unfall-Versicherung.)

In der letzten Sitzung wurden 29 Unfallsachen aus verschiedenen Berufsgenossenschaften verhandelt, die meisten aus der schlesisch-posen'schen Bauberufsgenossenschaft. Der Arbeiter Schille in Breslau ist im Jahre 1896 auf einem Bau verunglückt, er erlitt einen Schenkelhalsbruch. Die Berufsgenossenschaft bewilligte dem Verunglückten eine Unfallrente von 23 Prozent. Diese Rente bezieht der Mann seit dem Unfall. Er behauptete, sein Zustand habe sich verschlimmert und darum müsse er eine entsprechend höhere Rente erhalten. Wer in einer Unfallsache die Erhöhung der Rente beantragt, muß die Verschlimmerung durch ein ärztliches Attest nachweisen, erst dann prüft die Berufsgenossenschaft den Fall, der Kläger konnte einen Nachweis über seinen Zustand nicht erbringen, und so wurde er mit seinem Anspruch abgewiesen, die Berufsgenossenschaften legten in den meisten Fällen, wo die Unfälle mehrere Jahre zurückliegen, ärztliche Untersuchungen vornehmen, da handelte es sich aber in der Regel um Herabminderung der Rente.

Der Maurer Giesch hat durch einen Betriebsunfall eine Verletzung erlitten, der Mann war 6 Wochen arbeitsunfähig, dafür verlangt er eine Unterstützung, keine Rente. Der Arzt begutachtet, die Wunde sei zwar noch nicht vollständig geheilt, es liege aber eine Arbeitsbeschränkung nicht vor, der Vertrauensarzt, Sanitätsrat Bogatsch begutachtete, die Narbe liege auf dem Knochen auf und kann leicht wieder aufbrechen, es kann sich womöglich Wundkose lokalisieren. Der Vorsitzende, Geh. Regierungsrat Hauck will dem Manne eine kleine Rente bewilligen, der Vertreter der Berufsgenossenschaft erklärt sich dagegen, weil eine solche gar nicht beantragt sei. Eine Unterstützung für die arbeitslose Zeit zu ge[...] bezw. die Berufsgenossenschaft dazu zu verurteilen, ist das G[...] gericht aber nicht befugt. Es wurde dem Kläger anheim g[...] sich wegen einer Unterstützung an die Berufsgenossenschaft zu [...] eventuell von neuem auf Erteilung einer Rente zu klagen.

Es herrscht leider in Arbeiterkreisen noch zu viel Unkenn[...] Sachen der Arbeiterversicherung!

Der Maurer Vetter ist von einem fünf Meter hohen [...] herabgestürzt und hat sich schwer verletzt. Er hat mehrere [...] im Krankenhause zugebracht. Der Mann ist ein vollständiger K[...] Die Anstalt für Unfallverletzte hat seine Erwerbsbeschränkun[...] 50 Prozent eingeschätzt. Damit ist der Arbeiter nicht einverst[...] Er verlangt 70 Prozent. Dr. Bogatsch hielt 50 Prozent [...] niedrig und plädiert für 60 Prozent. Das Schiedsgericht er[...] demgemäß.

Der Maurer Malize in Brieg hat bei der Arbeit [...] Schädelbruch erlitten. Der Bedauernswerte muß schrecklich [...] gesehen haben; das Kinn und der Mund hing ihm herunter. [...] fänglich erhielt er 50, dann 25 Prozent Rente, jetzt ist sie gan[...] zogen worden. Malize ist in der Anstalt für Unfallverletzte [...] sucht worden, die dortigen Aerzte konstatierten, daß ihm nichts [...] fehle. Der Mund sei zwar noch etwas schief, aber das beeinträ[...] ihn nicht bei der Arbeit. Er wird quasi als Simulant hinge[...] seine Angaben über seinen Zustand bewahrheiteten sich nicht. [...] Mann klagt über Kreuz- und Kopfschmerzen, infolge seines Le[...] verdiene er weniger als vorher. Malize verlangt, noch einmal u[...] sucht zu werden. Der Antrag wird abgelehnt und die Klage [...] wiesen. Es gibt keine Rente mehr.

Ein Verzweifelter ist der Hobler G. in Breslau, er ist im [...] triebe gestürzt. Die Unfallanstalt will eine Arbeitsbehinderung [...] anerkennen, höchstens nur eine Gewöhnungsrente auf kurze Zei[...] fürworten. Der arme Mann klagte bitter, man solle ihm [...] glauben, er verstelle sich nicht, er habe heftige Augen- und K[...] schmerz, Schwindel, das hämmert und sticht im Kopfe, wenn [...] außen auch nichts merkt — er sei durch und durch nervös — [...] dem Unfall sei er kerngesund gewesen. In der Anstalt halte [...] alles für Verstellung, wenn ich tot sein werde, wird man glau[...] ich verstelle mich nur, so sprach der Mann mit verzweifelter Geb[...] — Es wurde ihm bis auf weiteres eine Rente zugesprochen.

Schließlich berichten wir noch über einen seltsamen Fall [...] Kellnerlehrlings. Der Kellner war in einem Hotel in Beleu[...] schäftigt. Eines Tages schickte ihn der Wirt mit Essen zu einem über [...] Straße wohnenden Gast. Der Lehrling trug die Speisen ab, [...] dem Rückwege glitt er aus, fiel und verletzte sich. Der Vater b[...] sprachte für seinen Sohn bei der Lagerei-Berufsgenossenschaft [...] Gewährung von Unfallrente. Der Antrag wurde abgelehnt, [...] mal, weil wohl der Hotelbetrieb, nicht aber der Restaurationsbet[...] versicherungspflichtig sei. Der Sohn sei aber hauptsächlich in [...] Restauration beschäftigt worden, zweitens aber deshalb, weil überha[...] kein Betriebsunfall vorliegt. Der Sohn sei auf dem Rückwege [...] einen Schlitten gesprungen und dabei gestürzt, er habe sich den [...] fall somit selbst zugezogen. — Das Schiedsgericht bestätigte [...] Abweisung. Der Kläger hatte das Aufspringen am Unglücks[...] bestritten.

„Ohne gegenseitige Vergütung."

„Gesucht zu sofort ein besseres Mädchen (katholisch) zur Hilfe im Haushalt. Eventuell ohne gegenseitige Vergütung. Familienanschluß. Mädchen wird gehalten. Frau Direktor Homeyer, Zuckerfabrik, Salzdahlum."

So lautet ein Inserat im Zentralorgan „Germania".

Die Frau Zucker-Direktor ist einfach süß!

Eventuell „ohne gegenseitige Vergütung" sucht sie eine [...] für ihren Haushalt. Soll damit etwa gemeint sein, daß [...] bessere junge Mädchen unter Umständen noch für ihre „Hilfe [...] Haushalt" der Frau Direktor eine Vergütung leisten müßte?

In Familienblättern und Hausfrauen-Zeitschriften kann m[...] derartige Offerten öfter lesen. Das zeigt, wie hoch in [...] besseren Kreisen die häusliche Arbeitskraft bewertet wird. [...] handelt sich hier nämlich in der Regel um „höhere Töchter [...] die am kärglichen Familientisch zuviel sind, oder um solch[...] deren Eltern früh starben. Diese unglücklichen Mädchen sind [...] der traurigsten Lage, die man sich denken kann. Ueberall [...] Wege, überall herumgestoßen, allein und verlassen, mit ein[...] „höheren Schulbildung", die nicht halb und nicht ganz ist, [...] den meisten Fällen wenigstens nicht ausreicht, um den Kam[...] im Erwerbsleben auszufechten, nehmen sich gewitzte Damen ihr[...] an. Die „Wohltäterin" engagiert ein solches verlassenes Wes[...] als Universalhausgeist, der dann die „Wohltat" mit tausen[...] fältigen Diensten belohnt. In den Offerten werden die zu b[...] wältigenden „Hilfeleistungen" gewöhnlich ganz naiv aufgezähl[...] Neben dem Unterrichten der Kinder, Vorlesen, Servieren [...] Musizieren, Hüte garnieren, Häkeln, Sticken, Stricken, oft au[...] Schneidern, ab und zu noch gröbere Arbeiten, das sind einig[...] der Obliegenheiten, die die „Mädchen mit Familienanschluß" z[...] erledigen haben. Der „Familienanschluß" besteht im Verkehr a[...] Tisch und mit den Kindern, im Vorlesen und Musizieren. Ab[...] gelegte Kleider von den Damen des Hauses, ab und zu da[...] Abonnementsbillett zu einem Stück, das die Herrschaft nicht inte[...] essiert, darin kommt die „Güte" der Herrschaft zum Ausdruck [...] Es ist ein bitteres Brot, das so ein Mädchen ißt, und es bleib[...] das fünfte Rad oft fürs ganze Leben.

* **Unverschämte Hausagrarier.** In Rogase[...] haben 45 Hausbesitzer in einer Versammlung folgenden Be[...] schluß gefaßt:

„Jeder neue Mieter einer Wohnung im Preise bis 150 Mar[...] hat dem Vermieter ein Ausweisschreiben von dem früheren [...] Miete darüber vorzulegen, daß er bei demselben die Miete stets reel[...] und pünktlich gezahlt hat, und daß er sowie seine Hausgenossen [...] während der Mietszeit keinerlei Anlaß zu Klagen gegeben haben. [...] Kann Mieter beim Einzug dieses Schreiben nicht aufweisen, so dar[...] ihm der neue Wirt bei 50 Mark Konventionalstrafe, welche an die [...] drei Armenkassen zu zahlen sind, nicht einnehmen."

Nächstens werden die Herren von jedem Mieter auch noch einen Lebenslauf sowie ein polizeiliches Führungsattest verlangen. Daß man die Miete im voraus verlangt, genügt eben noch nicht; am liebsten möchten sie ihre Buden nur an reine Engel vermieten.

* **Der Meister trägt die Schuld und der Lehrling wird bestraft.** Ein Bildhauerlehrling aus Danzig war angeklagt, weil er die städtische Handels- und Gewerbeschule statt um 4 Uhr erst um 6 Uhr Nachmittags besucht habe. Dafür wurde eine Versäumnisstrafe von 1 Mark über ihn verhängt. Der Lehrling beantragte gerichtliche Entscheidung mit der Begründung, daß ihm sein Lehrherr den Besuch der Fortbildungsschule schon von 4 Uhr ab verboten habe. Diese Angabe bestätigte der Lehrherr. Das Gericht verurteilte trotzdem den Lehrling zur Zahlung der über ihn verhängten Strafe und führte aus, das Gericht wäre der Ansicht, daß der Lehrling trotz des Verbotes des Lehrherrn den Unterricht von 4 Uhr ab hätte besuchen müssen.

Diese unhaltbare Entscheidung wird wohl von einer höheren Instanz kassiert werden, denn sonst würden ja die Lehrlinge gerichtlich zum Ungehorsam gegen ihren Lehrherrn mit allen seinen Folgen ermuntert oder veranlaßt, gegen den Willen des Meisters auszukneifen.

---

entdeckt, daß sich Goltermann im Abort erschossen hatte. Das Kind hatte er im Bahnhofsrestaurant zurückgelassen.

Die Feuersbrunst in Konstantinopel. Der Brand in Konstantinopel wütete bis 3 Uhr Nachts. Die Angaben über die Zahl der verbrannten Häuser schwanken zwischen 2000 und **6000.** Unter Häusern sind jedoch vielfach nur Buden zu verstehen. Nur 10 Prozent sind durch Versicherung gedeckt. Einige **Menschen,** darunter Feuerwehrleute, sind **verbrannt.** — Es brannte über dreizehn Stunden. Das Feuer entstand Nachmittags in der Türkenschule am Pferdemarkt zu Stambul, wahrscheinlich durch Brandstiftung, da das Feuer gleichzeitig in sechs Quartieren ausbrach. Es ist der größte Brand in Konstantinopel seit vielen Jahren. Zerstört sind 3000 Türkenhäuser und 2000 Läden. **Viele Tausend Menschen sind obdachlos.** Der Schaden ist sehr groß. Man vermutet, daß die Brandstiftung das Werk freigelassener Verbrecher ist.

Von anderer Seite wird aus Konstantinopel telegraphiert: Der gestrige Brand in Stambul nahm sehr große Dimensionen an. Alle Hügel Stambuls waren in Rauch gehüllt. Das Feuer brach um 2 Uhr Nachmittags aus und dauerte bis 3 Uhr früh. Etwa dreißig türkische Stadtviertel sind gänzlich niedergebrannt. Die Zahl der eingeäscherten Häuser ist unbekannt, die Blätter schätzen sie auf einige Tausend. Die Bazare und mehrere Moscheen sind vernichtet. Mehrere Tausend Familien sind obdachlos. Es heißt, einige Feuerwehrmänner hätten bei dem Brande das Leben eingebüßt.

Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich Sonnabend Abend in der Nähe von Berlin unweit Ravensbrück (bei Granse) Zwei Gespanne der Berliner Brauerei Happold wollten einen Uebergang der Bahn Fürstenberg—Templin passieren und bemerkten nicht, daß ein Personenzug nahte. Dem ersten Wagen gelang es noch, die Gleise zu verlassen. Das zweite Fuhrwerk jedoch, in welchem sich ein Vertreter der Brauerei befand, wurde von der Maschine erfaßt und zertrümmert. Der Kaufmann wurde mit schweren Verletzungen am Kopf und an der Brust am Bahndamm liegend aufgefunden und in das Krankenhaus Granser geschafft. Die Pferde waren unverletzt geblieben.

Zu dem entsetzlichen Sittlichkeitsverbrechen von der italienisch-französischen Grenze wird noch folgendes gemeldet: Nach den von der „Agence Havas" eingezogenen Erkundigungen ist die Meldung von der durch drei Italiener in einem Gehölz in der Nähe des Dorfes Mogenne an der Frau eines angeblich deutschen Zollaufsehers begangenen Freveltat übertrieben. Es handelt sich, wie aus Paris berichtet wird, in Wirklichkeit um die Frau eines französischen Zollbeamten, die von drei Italienern vergewaltigt wurde und infolgedessen vorzeitig niederkam. Die verhafteten Italiener gaben an, daß sie aus Rache gehandelt hätten.

Eine Ehetragödie spielte sich im Norden von Berlin ab. Sonntag Abend gegen 9 Uhr geriet der taubstumme 37 Jahre alte Tischler Erich Firchau in der Trunkenheit in seiner Müllerstraße 129 belegenen Wohnung mit seiner 34 Jahre alten Ehefrau Luise F. in einen heftigen Streit, in dessen Verlauf er auf seine Frau einen Revolverschuß abgab, durch den sie am Unterarm verwundet wurde. Dann schoß er sich selbst eine Kugel in die Brust, sodaß der Tod auf der Stelle eintrat. Frau F. begab sich nach dem nahen Paul-Gerhard-Stift, von wo sie nach Anlegung eines Verbandes wieder entlassen werden konnte.

Schiffsuntergang an der norwegischen Küste. An der norwegischen Küste ist ein Personendampfer untergegangen. Aus Bergen wird uns darüber telegraphiert: Der Dampfer „Folgefonden", der Hardanger Söndhordländischen Dampfergesellschaft gehörend, ist Abends bei Skaanewik auf Grund geraten und binnen drei Minuten gesunken. Es verlautet, daß 85 Passagiere an Bord gewesen seien, von denen 30 ertrunken sein sollen. Bis jetzt sind 15 Leichen geborgen, darunter fünf von der Besatzung.

Ermordet und zerstückelt. Der Italiener Tasso ermordete in Marseille eine 60jährige Frau, bei welcher er Geldschulden hatte. Er schnitt darauf die Leiche in Stücke und wollte sie nach Südamerika schicken. Ein Nachbar, der durch den Leichengeruch aufmerksam gemacht wurde, benachrichtigte die Polizei. Diese hielt eine Haussuchung ab, wobei sie die Leiche fand. Der Mörder wurde verhaftet und war geständig.

Ein Kanonier in Mörderhänden. Ueber die Ermordung eines Kanoniers wird aus Thorn gemeldet: Montag früh wurde auf dem Wege vom Leibitscher Tore zur Kaserne der Bespannungs-Abteilung der Kanonier Toussaint von der 2. Kompagnie des 11. Fußartillerie-Regiments ermordet aufgefunden. Anscheinend ist der Soldat nach heftigem Kampfe mit seinem eigenen Seitengewehr erstochen worden.

Bomben im physikalischen Hörsaal. Ein unangenehmer Fund wurde gestern in Petersburg gemacht. Ein Telegramm meldet: Im physikalischen Kabinett für höhere weibliche Kurse wurden in einem Schrank versteckt sechs gebrauchsfertige Bomben aufgefunden. Sie haben mindestens zwei Jahre im Versteck gelegen und gehören der ersten Revolutionsepoche an.

* **„Ich werde Sie schon dahin bringen, wo Sie hingehören!“** Im Juni wollten vier Droschken mit ihrem Fuhrwerk vor die Bahnhofshalle fahren, um Fahrgäste aufzunehmen. Da die elektrische Straßenbahn gerade gefahren kam, und vor ihnen ein Rollwagen stand, konnte nur einer von ihnen vorbei und die anderen mußten vor der Polizeiwache solange halten, bis Leute aus- und eingestiegen waren und die Elektrische weiter gefahren war. Kaum hatten die Droschken gehalten, kam auch voller Eifer ein Schutzmann angestürzt und forderte das sofortige Weiterfahren. Die Kutscher konnten aber nicht weiterfahren. Der Schutzmann schrie noch ein zweitesmal „weiterfahren!“ und holte gleich das Notizbuch aus der Tasche und wollte die betreffenden Kutscher notieren. Indes war die Bahn frei geworden und die Kutscher gleich zum Bahnhof gefahren. Der ganze Aufenthalt hatte kaum eine Minute gedauert. Der Schutzmann war dann zum Bahnhof gegangen und hatte die Namen festgestellt, dabei hatte er geäußert: „Ich werde Sie schon dahin bringen, wo Sie hingehören. Den Fahrschein werde ich Ihnen abnehmen“.

Die drei Droschkenkutscher hatten nun einen Strafbefehl von 20 Mark erhalten. Hiergegen legten sie Berufung ein, da sie sich nicht schuldig fühlten. Am Montag wurde nun vor dem Schöffengericht gegen den Droschkenkutscher Stephan verhandelt. Vor Gericht widersprach sich der Schutzmann in einigen Punkten, während ihm die Aussage eines unbeteiligten Zeugen bestimmt gegenüberstand. Trotzdem hielt der Staatsanwalt natürlich den Angeklagten für schuldig und beantragte 20 Mark Geldstrafe oder zwei Tage Haft. Das Gericht konnte sich aber von einem Verschulden des Angeklagten nicht überzeugen, und sprach den Angeklagten kostenlos frei. Trotz der eidlichen Aussage des Polizisten, der vernünftigerweise diesmal das Gericht keinen Glauben schenkte. Was aber sagt der Vorgesetzte dieses Polizisten dazu?

* **Die aufgelöste Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Breslau** vom 12. Juni d. J. wird am 10. September den Bezirksausschuß zu Breslau als Verwaltungsgericht beschäftigen. Das Schöffengericht, das am 7. August in der Sache verhandelte, hat bekanntlich den Genossen Neukirch freigesprochen. Staatsanwalt und Richter sahen ohne weiteres ein, daß hier von einer anmeldepflichtigen öffentlichen Versammlung keine Rede sein kann und entschieden sich deshalb für Aufhebung des Strafbefehls, der über 60 Mark lautete. Jetzt hat der Bezirksausschuß das Wort. Nach Lage der Sache wird er nicht umhin können, dem Herrn Polizeipräsidenten ebenfalls klar zu machen, daß er das neue Vereinsgesetz falsch ausgelegt hat.

* **Achtung, Schuhmacher!** Die den Zahlstellen bereits bekannt gegebenen Versammlungen, in welcher der Verbandsvorsitzende Simon referieren sollte, müssen wegen Stattfinden des Parteitages um 14 Tage verlegt werden. Die Tour beginnt mit dem 21. September und endigt mit dem 28. September. Die Zahlstellen-Vorstände werden noch durch Zirkular unterrichtet.

Die Gauverwaltung des Gau 8 Schlesien.

Der 9. Handels- und Gewerbekammertag.

wurde heute Vormittag um 9 Uhr im Kammermusiksaale des Konzerthauses eröffnet. Zunächst folgten die üblichen Ansprachen. Geheimer Ober-Regierungsrat Spielhagen, der in Vertretung des Ministers des Inneren erschienen ist, wies auf den nachweis hin, den er als ein wichtiges gesetzgeberisches Werk bezeichnete. Der Nutzen werde zwar im nächsten Jahre nicht allzu scharf in Erscheinung treten, wohl aber werde er ideelle Erfolge zeitigen. Das „Standesbewußtsein“ und der „korporative Geist“ werde weiter gehoben werden. Weiter lobte er die Handwerker, weil sie in ihren Forderungen stets Maß zu halten verstanden hätten. Aus den übrigen Ansprachen verdient noch die von Bürgermeister Trentin Erwähnung, der die Anwesenden im Namen der Stadt Breslau begrüßte. Aus dem Jahresbericht, den der Geschäftsführer des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages, Dr. Meusch-Hannover, erstattete, klang ein energischer Protest gegen die geplante Gas- und Elektrizitätssteuer heraus. Durch eine solche Steuer würde dem Handwerk alles das wieder genommen werden, was ihm auf der anderen Seite durch die Handwerker-Gesetzgebung gegeben wurde. Die Handwerker müßten deshalb gegen die dahingehenden Steuerpläne den energischsten Protest erheben. Die Handwerker müßten sich auf das Entschiedenste dagegen wenden, daß Gas und Elektrizität vom Staate ausgebeutet würden, sei es durch eine Steuer oder ein Monopol. (Lebhafter Beifall.)

Es folgten dann die Referate über Fabrik und Handwerk, die in nachfolgender Resolution gipfelten:

„Der IX. Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag bedauert lebhaft, daß die Bundesregierungen die Anträge des 2. Kammertages 1901 und des 5. Kammertages 1904 in der Frage Fabrik und Handwerk in keiner Weise beachtet haben. Die seither ergangenen Erlasse und Entscheidungen, besonders der Verwaltungsbehörden, lassen befürchten, daß den Organisationen des Handwerks immer mehr leistungsfähige Betriebe entzogen werden und daß es dadurch den Handwerks- und Gewerbekammern unmöglich gemacht wird, einen ausreichenden und gut ausgebildeten Nachwuchs im Handwerk zu erzielen. Der Kammertag bedauert ferner, daß Gutachten der Handwerks- und Gewerbekammern bei den entscheidenden Behörden vielfach einen außerordentlich geringen Erfolg erzielt haben, wodurch der Förderung des vaterländischen Handwerks nicht gedient worden ist. Der IX. Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag spricht daher die bestimmte Erwartung aus, daß die deutschen Bundesregierungen sobald als möglich versuchen werden, die Frage Fabrik und Handwerk zu lösen.“

---

* **Von der Polizei fleißig besucht** wird der Restaurateur Gottwald, der uns früher in Oswitz sein Lokal zur Verfügung gestellt hatte, auch jetzt in Breslau. Bekanntlich hat er Oswitz infolge kleinlicher Polizeimaßnahmen, denen er ständig ausgesetzt war, verlassen müssen. Jetzt ist er hier seit etwa fünf Wochen Inhaber einer Restauration auf der Groschengasse. In dieser kurzen Zeit ist er in nachfolgender Weise von der Polizei besucht worden. Am zweiten Abend, an dem er das Lokal geöffnet hatte: Besuch eines Wachtmeisters und eines Schutzmanns wegen Uebertretung der Polizeistunde. Resultat: Drei Mark Geldstrafe. Etliche Tage später gewaltsames Eindringen zweier Polizeibeamten Nachts 12½ Uhr wegen Uebertretung der Polizeistunde. Resultat steht noch aus. Wieder nach einigen Tagen Vorladung aufs Kommissariat, wo sich bei der Vernehmung herausstellte, daß der Gastwirt im Verdacht steht, Korn zu schenken. Und wieder etliche Tage später an einem Sonnabend, wo der Gastwirt Eisbeinessen veranstaltete, bekam er Nachts 1 Uhr hohen Besuch im Gesellschaftsanzuge, jedoch fielen auch diese Herren dem Gastwirt sowie den Gästen zur Freude nicht aus. Nach der freundlichsten Begrüßung zwischen dem Gastwirt stellten sich die Herren als Kriminalbeamte vor und auf ihrer Trillerpfeife riefen sie noch schnell einen uniformierten Schutzmann zu ihrer nicht notwendigen Hilfe herbei. Die Ursache von so viel Fürsorge läßt sich zwar nur ahnen, immerhin aber werden unsere Leser ganz gewiß mit ihnen wollen, daß sie auch aus ihren Groschen mitbezahlte Polizei ihr Amt in der geschilderten Weise ausfüllt.

* **Glücksspiel verboten.** Im „Café Wratislawia“ in der Gartenstraße wurde des Abends immer „gemauschelt“. Eines Abends war ein fremder Gast dazu gekommen und hatte mitgespielt und dabei fünf Mark verspielt. Dieses Geld forderte der Betreffende vom Geschäftsführer Otto Wengel, der nicht mitgespielt hatte. W. verweigerte sie natürlich. Darauf gab der Betreffende zu einem Polizisten und erstattete Anzeige. Nun hatte sich nun der Geschäftsführer Otto Wengel vor dem Schöffengericht wegen „Duldens von Glücksspiel“ zu verantworten. Der Angeklagte gab zu, daß „gemauschelt“ worden sei, aber das sei doch kein „Glücksspiel“. Das Gericht war aber der Meinung, daß das doch ein „Glücksspiel“ sei und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von fünfzehn Mark und Tragung der Kosten. Der Staatsanwalt hatte nur drei Mark Geldstrafe beantragt.

* **Wegen Beleidigung des Kardinals Kopp** und versuchter Erpressung war der Agent Wilhelm Weiß am 9. Mai d. J. in geheimer Sitzung zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die Straftat hatte darin bestanden, daß Weiß einen Brief den eine hysterische Frauensperson an den Fürstbischof geschrieben und verloren, als Finder zu erpresserischen Zwecken benutzt hat. Gegen das Urteil hat Weiß Revision eingelegt, der auch vom Reichsgericht stattgegeben wurde. Die Sache ist zur abermaligen Verhandlung an die Strafkammer zurückverwiesen worden. Die erneute Verhandlung, die wieder unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattgefunden hat, endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu drei Jahren neun Monaten Gefängnis, von denen drei Monate durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden.

* **Unglücksfälle.** In das Krankenhaus der barmherzigen Brüder wurden eingeliefert folgende Verletzte: ein Fuhrmann aus Gimpel, der beim Aufsteigen auf den Wagen eingequetscht ward; ein Arbeiter aus Bischwitz, der von zwei Männern durchgeprügelt worden war; ein Arbeiter von hier, dem eine Trottoirplatte auf den Fuß fiel und einen Mittelfußknochenbruch erlitt; ein Arbeiter aus Kleitendorf, dem ein Karren auf den rechten Unterschenkel fiel und ihn brach; ein Schüler aus Wiltschau, der sich die linke Hand in der Mangel eingequetscht; ein Knecht aus Süßwinkel, der vom Pferde geschlagen worden war; ein Kind aus Viehau, das sich in der Treschmaschine die Hand eingequetscht.

† **Ein 18jähriges Mädchen als Opfer des Alkohols.** Am 23. d. M. sprang eine 18jährige Näherin nach einem Streit mit ihrem Stiefvater aus dem Fenster der im zweiten Stock gelegenen Wohnung des Grundstücks Kospothstraße 18. Sie zog sich bei dem Sturz auf das Steinpflaster mehrere Brüche am rechten Oberschenkel und linken Schienbein zu und mußte mittels Krankenwagen in die Klinik gebracht werden. — So meldet der Polizeibericht. Von Augenzeugen des Vorfalles wird uns dazu noch mitgeteilt: Es handelt sich um die Näherin Martha Maier, die leider seit Jahren dem Alkohol verfallen war. Sie beging die Tat, weil ihre Eltern sie verweigerten, ihr 10 Pf. für „Korn“ zu geben. Die Eltern sind ob der Trunksucht ihrer Tochter aufs höchste entsetzt, aber völlig machtlos dagegen.

† **Wieder eine Wasserleiche.** Am 24. d. M., früh gegen 6 Uhr, wurde oberhalb der Fürstenbrücke eine männliche Leiche aus der Oder gelandet. Die bei dem Ertrunkenen vorgefundenen Papiere lauten auf den Namen Heinrich Gerber; er war Hausbiener, zuletzt scheinbar obdachlos und wohnte vorher Karuthstraße 4. Die Leiche ist nach der Anatomie überführt worden.

† **Soldaten-Unfall.** Am 22. d. M. brach ein Füsilier des 51. Infanterieregiments nach einem Uebungsmarsche plötzlich auf der Reichstraße zusammen. Er wurde, da er das Bewußtsein nicht wiedererlangte, mittels Droschke in das Garnisonlazarett überführt.

Agitationsbezirke	Zahl der Gemeinden mit sozialdem. Vertretern: Städte	Zahl der Gemeinden mit sozialdem. Vertretern: Landgemeinden	Zahl der sozialdemokratischen Vertreter in: Städte	Zahl der sozialdemokratischen Vertreter in: Landgemeinden
Uebertrag	239	1349	1116	3967
Thüringen (Weimar)	10	16	28	40
„ (Jena)	7	27	13	104
Sachsen-Altenburg	9	33	32	66
Gotha	1	29	6	108
Oldenburg	6	16	42	47
Braunschweig	5	16	20	41
Sachsen-Meiningen	3	7	3	28
Anhalt	13	17	34	43
Hamburg	—	10	—	30
Bremen	5	22	29	56
Lübeck	—	—	—	—
Elsaß-Lothringen	9	16	37	41
Summa	307	1558 307	1360	4571 1360
Insgesamt		1865		5931

* * *

Maifeier.

Die Maifeier hatte im Berichtsjahre in einigen Distrikten unter der schweren Krise des Wirtschaftsjahres 1908 zu leiden. Aus den meisten Bezirken wird aber über einen durchaus günstigen Verlauf der Feier berichtet, besonders aus Orten, in denen zum 1. Mai Umzüge stattfinden konnten. Wenn infolge der Depression in Handel und Industrie auch nirgends große Fortschritte zu verzeichnen waren, so ist im allgemeinen doch von keinem Rückschritt die Rede.

Für die Maifeier ist der Beschluß des Internationalen Kongresses in Amsterdam maßgebend, nach dem die Arbeitsruhe als die würdigste Art der Feier anzusehen ist. Die deutsche Delegation des Internationalen Kongresses zu Stuttgart trat vor dem Stuttgarter Kongreß zusammen und beschloß, dem Kongreß keinen Antrag, die Maifeier betreffend, zu unterbreiten. Zur besseren Durchführung des Amsterdamer Beschlusses sollte von Partei und Gewerkschaften gemeinsam die Unterstützung der bei der Maifeier Gemaßregelten geregelt werden. Die deutsche Delegation faßte folgenden Beschluß:

„Die deutsche Delegation zum Internationalen Kongreß in Stuttgart empfiehlt, die Feier am 1. Mai in der Form zu begehen, wie es in der Resolution des Mannheimer Parteitages niedergelegt ist. Wo aber die Arbeitsruhe Maßregelungen zur Folge hat, muß den wegen der Maifeier durch Maßregelungen geschädigten Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, auf die die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch erheben können. Zur Regelung ist die deutsche Delegation zum Internationalen Kongreß nicht kompetent; sie erwartet jedoch vom nächsten Parteitag die Regelung auf folgender Grundlage:

Die Unterstützung ist von Partei und Gewerkschaften zu tragen. Die Art, wie Partei und Gewerkschaften die dafür erforderlichen Mittel aufbringen, bleibt der Verständigung der Instanzen, Partei und Gewerkschaften,

verräterische Verhalten der Blockfreisinnigen des Reichstags bei der Beratung des Reichsvereinsgesetzes. Diese Parole scheint aber nicht allenthalben befolgt worden zu sein. Bei der Stichwahl wurden nur 563 Stimmen weniger abgegeben als bei der Hauptwahl und bedeutende Reserven dürften die bürgerlichen Parteien nicht mehr gehabt haben. Der Freisinnige, dessen Sieg durch die Unterstützung des Gros der ausgefallenen 4581 Nationalliberalen sicher war, schlug in der Stichwahl mit 12 687 Stimmen seinen antisemitischen Gegner. Am 30. Juni d. J. fand im 1. Bromberger Wahlkreise (Czarnikau-Filehne), in dem 1907 unsere Stimmenzahl gegen 1903 von 750 auf 1327 gestiegen war, für den verstorbenen Abgeordneten Zindler (kons.) eine Ersatzwahl statt. 1003 Wähler stimmten 1908 für unsere Partei. In der Stichwahl blieb der Kreis den Konservativen erhalten.

* * *

Gemeindewahlen.

Die Stadtverordneten- und Gemeindewahlen verliefen, solange die Sozialdemokratie sich noch nicht an den Wahlen beteiligte, meist sehr idyllisch. Das Eingreifen der Sozialdemokratie belebte die Wahlbewegung allenthalben und förderte so das Interesse der gesamten Bevölkerung an den hochwichtigen Gemeindeangelegenheiten. In dem größten Teile Deutschlands verhindern raffinierte Klassenwahlsysteme, verbunden mit öffentlicher Abstimmung, die Sozialdemokratie die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Einwohner in den Kommunen entscheidend zur Geltung zu bringen. Den Besitzenden und Wohlhabenden ist in der 1. und 2. Klasse die Mehrheit gesichert und ihre Vertreter sind in der Lage, die praktische Mitarbeit der sozialdemokratischen Gemeindevertreter zu hemmen und zu hindern. Je mehr es den sozialdemokratischen Gemeindevertretern einer Gemeinde gelingt, durch unerschrockene Kritik der kommunalen Klassenherrschaft und durch unermüdliches Einbringen von Anträgen, die im Interesse der minderbemittelten Klassen liegen, Einfluß auf die Gemeindetätigkeit zu erlangen, desto enger schließen sich auch in Gemeindeangelegenheiten die bürgerlichen Parteien zusammen. Die besitzenden Klassen fürchten die Sozialdemokratie wegen ihrer positiven Arbeit, deren Durchführung an den Geldbeutel der Besitzenden höhere Ansprüche stellt. Wo aber gar ein freieres Wahlrecht den Minderbemittelten erlaubt, ihre Stimme gebührend zur Geltung zu bringen, da steigert sich die Furcht vor der Sozialdemokratie zu wildem Hasse. Die Steuerscheu der Besitzenden steckt die scheinbar selbständigen, versinkenden Mittelschichten an und die Gmeindewahlkämpfe werden unter großer Beteiligung und so erbittert geführt, wie nur ein heißer Reichstagswahlkampf geführt werden kann. So war es z. B. in Offenbach a. Main, wo von 10 720 eingeschriebenen Gemeindewählern 9188 im November v. J. ihr Wahlrecht ausübten. Die sozialdemokratische Mehrheit hatte einschneidende Reformen durchgeführt: Aufhebung des städtischen Oktrois, Uebernahme der Straßenbahnen in eigener Regie, Unentgeltlichkeit der Lernmittel und der Geburtshülfe. Diese Reformen hatten zu einer Erhöhung der direkten Steuern geführt, was der Fabrikantenklüngel im Wahlkampf ausnützte. Trotz alledem hätten die Gegner die rote Fahne nicht vom Offenbacher Rathause herunterholen können, wenn nicht in letzter Minute infame Wahllügen über angebliche Spekulationen mit städtischen Geldern die Einwohner in Aufregung gesetzt hätten. Andererseits konnten viele Arbeiter wegen Steuerrückständen ihr Wahlrecht nicht ausüben. Trotz alledem erfochten die vereinigten bürgerlichen Gegner nur einen Pyrrhussieg. Die bürgerliche Liste brachte es im Mittel auf 4714, die sozial-

Aus Schlesien und Posen.

Ohlau, 24. August. Feuer. In der Nacht zum Sonntag entstand in dem neugelegenen Rosendahn Feuer auf dem Gehöft des Zimmermeisters Nickel. In kurzer Zeit stand das hölzerne Maschinenhaus des Dampfdreschwerks in Flammen, die infolge des Windes, der das bald nach dem Entstehen des Feuers heraufziehende Gewitter begleitete, auf das benachbarte Gehöft des Stellenbesitzers Eisler übersprangen und die mit Erntevorräten angefüllte Scheune einäscherten. Der Schaden ist bedeutend; die Scheune war nur niedrig versichert, das Maschinenhaus und die Holzvorräte garnicht.

Cosel, 24. August. Leichenfund. Am Mittwoch wurde in dem Hafenbecken die nur mit einem Hemd bekleidete Leiche des Schiffseigners Gre aufgefunden. Allem Anschein nach ist Gre, der magenleidend war, des Nachts aus seiner Kajüte auf Deck gestiegen, ist über Bord gefallen und ertrunken.

Grünberg, 24. August. 3000 Mark gefunden. Der Schlosser Leon Roenz aus Guelen, der hier in der Beuchelschen Waggonfabrik beschäftigt ist, fand auf dem Nachhausewege in der Nacht eine Handtasche mit 3000 Mk. barem Gelde auf der Straße und gab diese auf dem Polizeibureau ab. Die Tasche hatte ein Reisender eines Marmorwerkes in der Nähe des Bahnhofsparkes verloren.

Glogau, 25. August. Soldaten-Selbstmord. Erhängt aufgefunden wurde Montag früh im Barackenlager zu Lerchenberg der Unteroffizier Zimmer von der 4. Kompagnie Infanterie-Regiments Nr. 58. Bestimmtes über die Ursache zur Tat ist bis jetzt noch nicht bekannt.

Liegnitz, 25. August. Zum Schüler-Selbstmord. Vor etwa 14 Tagen brachten wir die Mitteilung von dem Selbstmord des Schulknaben Fischer vermittels Leuchtgas. Am Schluß des Berichts fügten wir hinzu, daß von Schulkameraden des Verstorbenen erzählt wurde, er sei von seinem Klassenlehrer viel geschlagen worden und daß auf Anzeige der Eltern die Leiche des Knaben seziert wurde. Jetzt schreibt uns nun der Klassenlehrer des verstorbenen Fischer, daß er niemals den Knaben gezüchtigt habe und die übrigen Schüler der Klasse können sich auf eine Züchtigung nicht erinnern. Ebenso kann von einer strengen Behandlung des Knaben keine Rede sein. Auch hierfür beruft sich der Klassenlehrer auf das Zeugnis seiner Schüler. Ebensowenig sei es richtig, daß die Leiche des Knaben seziert worden ist.

Liegnitz, 24. August. Ueber das Jagdunglück mit tödlichem Ausgang, das den Landgerichtspräsidenten Geh. Oberjustizrat v. Goldbeck betroffen, meldet das „Liegn. Tagbl." noch folgendes: Herr v. Goldbeck begab sich am Freitag mit seinem Sohne auf die Hühnerjagd nach dem von ihm erpachteten Revier Merschwitz bei Parchwitz. Gegen Abend flog bei einer Buschecke noch ein Volk Hühner auf; um zu ihm zu gelangen, mußte ein Graben überschritten werden. Herr v. Goldbeck kam dabei, mit dem schußbereiten Gewehr in der Hand, zu Falle. Das Gewehr entlud sich und der Schrotschuß fuhr dem unglücklichen Jäger in den linken Oberschenkel, ihm die Hauptschlagader zerreißend. Zur Hilfeleistung wurde sofort Dr. Frank aus Parchwitz nach der Unfallstelle gerufen, der dort einen Notverband anlegte. Darauf wurde der Schwerverletzte in das Schloß Merschwitz in die Wohnung des Mitbesitzers Ritter geschafft, wo er indessen an den Folgen des ungeheuren Blutverlustes kurz nach 7 Uhr verstarb. Die Leiche wurde nach Liegnitz übergeführt. v. Goldbeck genoß in Ausübung seiner richterlichen Tätigkeit die Sympathie weitester Kreise.

Goldberg, 24. August. Feuer. Gestern früh in der vierten Stunde wurde die hiesige Einwohnerschaft durch Feuerlarm aus dem Schlafe geschreckt. Im benachbarten Herwsdorf war ein Schuppen mit der darin befindlichen Waschküche in Brand geraten. Eine Menge Holz und Handwerkzeug ist dabei verbrannt. Es wird angenommen, daß ein Arbeiter, der seit dem Brande verschwunden ist, das Feuer aus Rache angelegt hat. Um 9 Uhr Abends fand erneuter Alarm statt, der Stadtbrand meldete. Die am Bürgerberge gelegene Scholz'sche Besitzung, bestehend aus Wohnhaus, Stall und Scheune, stand über und über in Flammen. Nur das Vieh und einige Möbelstücke konnten gerettet werden. Dagegen sind noch einigen Häuslern ihre Erntevorräte mit verbrannt, die sie dort eingestellt hatten. Es wird auch hier böswillige Brandstiftung angenommen. Damit wären also hier seit einer Woche nicht weniger als vier Brände zu verzeichnen gewesen und es wäre sehr zu wünschen, daß sich die Polizei mit dem gleichen Eifer hinter die Sache legte, den sie sonst indezug auf unsere Versammlungslokale zur Schau trägt.

Greiffenberg, 25. August. Zum Brande der Schulzschen Mühle. Montag Nachmittag ist nach einem Lokaltermin die unter dem Verdacht der Brandstiftung behaftete Frau Schulz wieder aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Zugleich wird mitgeteilt, daß die Behauptung, schon am letzten Mittwoch habe es in der Mühle gebrannt, nicht den Tatsachen entspricht.

Landeshut, 25. August. Tödlicher Unglücksfall. Der Schuhmacher Pohl ist Sonntag Nachmittag gegen 6 Uhr im Bober unweit des Steinbusch, wo das Ufer eine hohe Böschung hat, im Wasser liegend aufgefunden worden. Obgleich der Mann noch schwache Lebenszeichen von sich gab, gelang es nicht, ihn wieder ins Leben zurückzurufen. Die Leiche weist am Kopfe zwei Wunden auf, die anscheinend durch Anschlagen auf Steine entstanden sind. Es ist demnach anzunehmen, daß Pohl, der sehr kurzsichtig und recht gebrechlich war, trotz des vorhandenen Uferschutzes (Drahtseil) die Böschung heruntergestürzt ist.

Görlitz, 25. August. Wahlkreis-Konferenz. Am Sonntag tagte hier eine Kreiskonferenz des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Görlitz-Lauban. Aus dem Geschäftsbericht ist ersichtlich, daß die Zahl der politisch Organisierten im Kreise 2129 beträgt. Der ordentliche Monatsbeitrag wurde von 20 auf 30 Pf. erhöht. An Stelle des bisherigen Reichstagskandidaten H. Müller-Berlin, bei den Genossen es anheimgestellt hatte, von seiner Person Abstand zu nehmen, wurde Genosse Redakteur Paul Taubadel-Görlitz aufgestellt.

Lauban, 24. August. Stinkende und verfaulte Wurst. Eine empfindliche Strafe erlitt der verwitwete Fleischermeister A. Sch. in Lauban wegen wissentlichen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz. Sie hat am 2. Mai d. J. stinkende und in Fäulnis übergegangene Wurst verkauft, die nach dem Befunde des Nahrungsmittel-Untersuchungsamtes in Görlitz ekelerregend war. Das Schöffengericht verurteilte die Angeklagte wegen fahrlässigen Verkaufs verdorbener Nahrungsmittel zu 100 Mk. Geldstrafe oder 20 Tagen Haft, während der Vertreter der Amtsanwaltschaft wegen wissentlichen Verkaufs die gleiche Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis beantragt hatte. — In der bürgerlichen Presse, der wir diese Notiz entnommen haben, ist der vollständige Name der Fleischermeistersfrau leider nicht angegeben. Die Meinung dieser Presse, daß 100 Mark Geldstrafe in dem Falle eine empfindliche Strafe wäre, teilen wir nicht. Es kann gar nicht scharf genug verurteilt werden, wenn faulige und verfaulte Wurst, die höchst gesundheitsschädlich ist, aus purer Profitsucht verkauft wird. Bei den hohen Preisen, die jetzt für Wurst und Fleisch gezahlt werden, haben die Konsumenten doppelt Anspruch darauf, einwandsfreie Ware zu erhalten.

Rauscha, 24. August. Aussperrung? Am Sonnabend ist 48 Flaschenmachern in der Flaschenfabrik „Vetahütte" gekündigt worden. Durch diese Kündigung werden auch einige Hilfsarbeiter in Mitleidenschaft gezogen. Den Gekündigten wurde versichert, sie könnten in vier Wochen wieder eingestellt werden. Als Ursache der Kündigung gab die Betriebsleitung an, es müßte infolge Ueberproduktion eine Produktions-Einschränkung stattfinden. Die Gekündigten glauben aber, daß es sich um eine Aussperrung handelt, die von den Arbeitgebern als Gegenmaßregel geplant, weil die Glasarbeiter über die Siemensschen Glashütten die Sperre verhängt haben und weil auch in einigen Orten gestreikt wird.

Gleiwitz, 24. August. Die viel beschäftigte Polizei. Vorige Woche hatte die hiesige Polizei wieder einmal vollauf zu tun. Verbrecher und sonstiges Gesindel hatten die Arbeit nicht verursacht, wohl aber die von den freien Gewerkschaften für Montag, Dienstag, Mittwoch bezw. Donnerstag nach dem Gewerkschaftslokal von den Metallarbeitern, Maurern und Holzarbeitern einberufenen Gewerkschafts-Versammlungen. Alle wurden von einem mehr oder minder großen Polizeiaufgebot, zeitweise bis zu 7 Polizisten und einem Polizeihunde, überwacht und aufgelöst, weil nach einem oberschlesischen Blatte die Versammlungen nicht angemeldet (!), das Lokal baufällig (?) und nicht mit der Eingangsfront nach dem Hofe zu liegt, sodaß es von der Straße aus polizeilich nicht beobachtet werden kann. (!)

Eine ganz besondere Auffassung von dem neuen Reichs-Vereinsgesetz muß die Gleiwitzer Polizei haben, wenn sie eine auf Grund des alten Gesetzes ergangene Entscheidung noch heute, nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes, aufrecht erhalten kann. Das Gleiwitzer Versammlungslokal wurde bekanntlich vor etwa einem Jahre als zur Abhaltung von Versammlungen für ungeeignet erklärt, weil eine unmittelbare Gefahr für Leben und Gesundheit der Versammlungsbesucher vorhanden sein soll. Im neuen Gesetz steht nun, daß eine Versammlung verboten werden kann, wenn eine unmittelbare Gefahr für Leben und Gesundheit der Versammlungsbesucher vorhanden ist. Und da das Haus noch nicht baufällig ist, und auch sonst, trotz des Eingangs vom Hofe, keine unmittelbare Gefahr für Versammlungsbesucher vorliegt, besteht das Verbot zu unrecht. Unbekannt scheint auch der Gleiwitzer Polizei zu sein, daß gewerkschaftliche Versammlungen keiner Anmeldung bedürfen. Ebenso ist auch eine polizeiliche Ueberwachung nicht statthaft.

Wenn daher in bürgerlichen Blättern geklagt wird, daß die Polizei zu viel beschäftigt sei und der dringenden Unterstützung des Publikums bedürfe, so ist hier die Gelegenheit, wo ihr viel Arbeit abgenommen werden könnte. Die Zeit, die unnötig zur Beaufsichtigung der Gewerkschaftsbewegung verwandt wird, wäre besser angebracht, wenn man sie den Beamten für ein genaues Studium des neuen Reichs-Vereinsgesetzes freigeben würde.

Wie schwer sich die oberschlesische Polizei an das neue Vereinsgesetz gewöhnen kann, beweist eine vom „Oberschlesischen Korrespondenz-Bureau" verbreitete Nachricht von einer am Sonntag in Zabrze abgehaltenen Mitglieder-Versammlung des bürgerlichen Arbeiterwahlvereins:

„Die Versammlung wurde wieder von dem Kriminalinspektor Dr. Weitz überwacht, der dem Vorsitzenden nach Schluß der Versammlung erklärte, daß den Teilnehmern ein Strafmandat blühe, weil unterlassen worden sei, die Versammlung anzumelden. Die Teilnehmer sehen der angedrohten Bestrafung ruhigen Gewissens entgegen; denn tatsächlich war die Versammlung im Ortsblatt angekündigt worden und das genügt nach dem Vereinsgesetz. Die Polizei in Zabrze scheint absolut von sich reden machen zu wollen. Allgemeine Heiterkeit erregten in der Versammlung die Mitteilungen eines Mitgliedes, daß die Zabrzer Polizei am letzten Sonntag in Oberschlesien herumtelephoniert hätte, um die Polizeiorgane auf eine geheime Tagung des Verbandes aufmerksam zu machen, die natürlich garnicht stattgefunden hatte."

Es wird noch viel Zeit vergehen, ehe das Reichs-Vereinsgesetz in Oberschlesien durch die Behörden einigermaßen richtig gehandhabt werden wird.

Beuthen OS., 24. August. Achtuhrladenschluß. Von den hiesigen Kaufleuten hat sich eine Zweidrittelmajorität für den Achtuhrladenschluß ausgesprochen, der nun voraussichtlich auch in den nächsten Monaten zur Einführung kommen wird.

demokratische auf 4474, also auf ganze 240 Stimmen Mehrheit. Ab 1. Januar d. Js. sitzen 23 Bürgerliche neben 13 Genossen im Offenbacher Rathaus.

Ganz ähnlich lagen die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen, wo Ende Juni die Gemeinderatswahlen in den Städten mit einer Niederlage der sozialdemokratischen Partei endigten. Trotzdem die sozialdemokratischen Stimmen in Straßburg um 2000 zunahmen, unterlag die Partei in den vier Wahlbezirken den vereinigten Gegnern und verlor damit 16 Sitze. Ebenso siegte in Mülhausen die Blockliste, während in Colmar ein demokratisch-klerikaler Block über die getrennt marschierenden Liberalen und Sozialdemokraten siegte. Die sozialpolitische Tätigkeit unserer Genossen im Straßburger und Mülhauser Rathause und die Erhöhung der Steuern führten dazu, daß die Gemeindewahlkämpfe des Reichslandes als erbitterter Klassenkampf ausgefochten wurden. Wenn die Sozialdemokratie daneben in Markirch fünf Mandate gewann, weil die dortigen Genossen sich einem Kompromiß aller Parteien angeschlossen hatten, so will das nichts heißen. Solche Mandate können nicht als erobert gelten. Es ist dringend zu wünschen, daß solche Wahlkompromisse allerorts aufhören. Solche Wahlkompromisse erschweren den Wählern das Wählen und hindern die Genossen daran, die Forderungen des auf kommunalem Felde besonders fruchtbaren Sozialismus vor den Wählern energisch zu vertreten. Für unsere elsaß-lothringischen Genossen muß der Ausfall der Wahl eine Mahnung sein, die Organisation auszubauen. Die Organisationsverhältnisse bedürfen dort dringend der Besserung.

Die Verluste in Elsaß-Lothringen und in Offenbach a. M. sind nur vereinzelte Erscheinungen. Im allgemeinen hat die Sozialdemokratie ihre Position in den Gemeinden nicht nur behauptet, sondern manchen schönen Sieg dazu erfochten. Wir verzichten darauf, die Namen einer großen Anzahl von Städten und Landgemeinden, in denen die Sozialdemokratie im Berichtsjahre Gemeindewahlerfolge erzielte, aneinanderzureihen, weil eine solche Liste ja immer unvollständig bleibt. Aus der langen Reihe der Siege wollen wir nur den Sieg in Karlsruhe in Baden hervorheben, wo die Sozialdemokratie die 32 Mandate der dritten Klasse mit 4820 gegen 3566 gegnerische Stimmen eroberte, so daß weitere 18 Sozialdemokraten gewählt sind. Unsere Stimmen sind gegen 1905 um 1400 gestiegen. Die Folge dieses glänzenden Sieges war, daß zwei Sozialdemokraten ihren Einzug in den Stadtrat der badischen Haupt- und Residenzstadt hielten.

In Württemberg trat am 1. Dezember vorigen Jahres die neue Gemeindeordnung in Kraft. Die Erwerbung des Gemeindewahlrechts ist von der Vollendung des 25. Lebensjahres, den Besitz der Staatsangehörigkeit, einer mindestens dreijährigen Ortsansässigkeit, und dem Nachweis einer mindestens dreijährigen Steuerzahlung abhängig. Für die 14 Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern tritt die Verhältniswahl an Stelle der Mehrheitswahlen, so daß auch die Minderheiten auf dem Rathause dieser Städte Vertretung finden können. Bei den württembergischen Gemeinderatswahlen, die im Dezember vorigen Jahres stattfanden, wurden in 56 Gemeinden 86 Gemeinderäte gewählt, davon sind 25 wieder- und 61 neugewählt. Dem bayerischen Landtag ging im Juni dieses Jahres eine Regierungsvorlage zu, nach der für die Gemeinden mit mehr als 4000 Einwohnern die regelmäßigen Wahlen der Gemeindebevollmächtigten, der bürgerlichen Magistratsräte, der nicht berufsmäßigen Adjunkten und Ersatzmänner nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit freien und verbundenen Listen stattfinden sollen. Die Vorlage ist die Folge eines bereits im Herbst 1907 gestellten Antrags der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, der u. a. verlangte, „daß die Wahl zu den Gemeindevertretungen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl erfolgt". Die Regierung hat die Wahlrechtsänderung auf die Gemeinden mit mehr als 4000 Einwohnern beschränkt, weil zurzeit in den bayerischen Kammern nicht mehr durchzusetzen ist. Die Zweite Kammer hat die Vorlage genehmigt. Die Kammer der Reichsräte hat ihre anfänglichen Bedenken zum Teil fallen lassen. Bei Abschluß unseres Berichts sind die Verhandlungen noch nicht beendet. Die Vorlage soll am 1. Oktober 1908 in Kraft treten. Der Staatsminister von Breitreich hat im Landtag ausdrücklich auf die theoretisch und praktisch großen Vorzüge des Verhältniswahlsystems hingewiesen, das sich bei den württembergischen Gemeindewahlen durchaus bewährt habe. So kommt allmählich — wenn auch vorerst nur in Süddeutschland — der Proporz, eine alte sozialdemokratische Programmforderung, bei den Gemeindewahlen zur Geltung.

Zu Anfang des Berichtsjahres konnte die Sozialdemokratie mit 4996 sozialdemokratischen Gemeindevertretern rechnen. Am Schlusse des Berichtsjahres waren es nach den Angaben unserer Kreisorganisationen in 1865 Gemeinden 5931 Vertreter. Diese Zahl verteilte sich auf die einzelnen Agitationsbezirke wie folgt:

Agitationsbezirke	Zahl der Gemeinden mit sozialdem. Vertretern		Zahl der sozialdemokratischen Vertreter in	
	Städte	Landgemeinden	Städte	Landgemeinden
Westpreußen	1	1	8	1
Groß-Berlin	8	54	115	144
Brandenburg	12	41	48	186
Pommern	1	2	11	2
Schlesien (Breslau)	1	17	9	29
„ (Görlitz)	3	23	9	59
„ (Oberlausitz)	1	22	2	41
Pr. Sachsen (Magdeburg)	7	38	20	59
„ „ (Halle)	13	71	24	121
„ „ (Erfurt)	3	13	4	35
Schleswig-Holstein	6	33	12	62
Hannover	—	11	—	27
Westfalen (Bielefeld)	7	20	29	43
„ (Dortmund)	2	58	6	90
Rheinprovinz (Köln)	—	5	—	3
„ (Elberfeld)	15	14	32	27
Hessen-Nassau (Frankfurt a. M.)	8	65	30	160
„ (Kassel)	3	13	15	35
Nordbayern	3	40	36	39
Südbayern	4	3	17	5
Pfalz	9	24	44	37
Dresden	10	260	29	518
Chemnitz	31	146	66	411
Leipzig	9	86	40	158
Zwickau	13	40	31	104
Württemberg	38	94	88	250
Baden	24	79	274	384
Hessen	11	107	33	207
Mecklenburg	3	—	22	—
Summa	259	1840	1116	3967